





# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Sie waren Landsleute

Von Hans-Rüdiger Karutz

In Schwerin wird nicht nur eine Mutter. In Frankfurt an der Oder fragen Kinder nach ihrem Vater. Ein Advent der Trauer in Deutschland, wo immer wir leben mögen. Die Toten im Wald von Bohndorf im Südosten Berlins – nein, sie waren keine „Bundesbürger“, wie oberflächlicher Sprachgebrauch die Deutschen diesseits der Elbe zu nennen pflegt.

Sie waren Landsleute, und als Landsleute trauern wir mit denen, über die Leid und die stummen Fragen nach dem „Warum“ gekommen sind.

Nein, meldeten die westlichen TV-Anstalten an diesem dritten Advent, nein, „Bundesbürger“ seien nicht unter den Opfern des zerschellten „Aeroflot“-Jets. Eine Nuance zu erleichtern. Ein Gran von aufatmendem „Nun ja“ schien anzuklingen; die Mädchen und Jungen aus Mecklenburg, ihre Begleiter, die sowjetische Crew – Deutsche und Russen an Bord, aber niemand aus dem Westen.

Beklagt aber werden die Toten nicht nur in ihrer engeren Heimat. Die Solidarität des Mitgefühls mit dem Unglück im anderen Teil Deutschlands muß uns alle innehalten lassen. Der Bundeskanzler sprach Michail Gorbatschow und Erich Honecker sein Mitgefühl aus. Eberhard Diepgen bot Hilfe an, die dankend zur Kenntnis genommen wurde. Berlins Parlamentarier erhoben sich von den Plätzen, als die dunkle Botschaft eintraf.

Ost-Berlin seinerseits reagierte, anders als bei ähnlichen Gelegenheiten, nicht mit Schweigen oder knappsten Notizen. Man teilte sich mit, aber man zeigte sich der Not gegenüber wenig bewegt: Das gaulende Wochenend-Quizspiel ging programmgemäß über die Ost-Bildschirme.

Uns ist, in vielen Zusammenhängen, die „Unfähigkeit zu trauern“ nachgesagt worden. Am Tage der Begräbnisse drüben aber sollten sich auch hier die Flaggen senken. Und auf dem Urlaubsflug in die Sonne übers Fest möge uns der Gedanke an jene Deutschen, denen Freude versagt bleibt, in den Sinn kommen. Auch dies zielt sich, wenn wir sie wirklich wollen, für die Einheit der Nation.

## Da ist nicht viel zu holen

Von Hans-Jürgen Mahnke

Hilfreich ist das nicht, was der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Richard N. Perle, jetzt in einem Zeitungsinterview zum besten gegeben hat. Um die Ausgaben für Verteidigung, Forschung und Entwicklung erhöhen zu können, sollte die Bundesregierung seiner Meinung nach die Kredite für die „DDR“ kürzen.

Das Fatale an diesem Vorschlag ist, daß die Zusammenhänge schief dargestellt werden, daß die finanziellen Hilfen an die „DDR“ aufgebraucht werden. Zwar ist der Vorschlag so unpräzise, daß es schwerfällt, sich damit auseinanderzusetzen. Nimmt man ihn wörtlich, dann wäre es für die Bundesregierung kein finanzielles Problem, die Verteidigungsausgaben um die Höhe der Kredite an die „DDR“ aufzustocken. Damit wäre aber auch der NATO nicht geholfen. Eine Null-Lösung.

Zwar steht die „DDR“ seit Jahren in der Bundesrepublik mit drei bis vier Milliarden Mark in der Kreide. Das sind jedoch keine Staatskredite, allenfalls sind sie zum Teil verbürgt. Sie haben ihren Grund in der Regel in Handelsbeziehungen mit privaten Firmen. Es bliebe der zinslose Überziehungskredit Swing der Bundesbank mit seinem Rahmen von 850 Millionen Mark, den die „DDR“ im Durchschnitt des ersten Halbjahres mit 100 Millionen in Anspruch genommen hatte – inzwischen dürfte es etwas mehr sein. Weltbewegende Summen sind hier nicht zusammenzubekommen.

Ganz generell zeigt sich hier etwas, was nicht nur für die USA gilt: Die ökonomischen Beziehungen zur „DDR“ und überhaupt zum Ostblock werden überschätzt. In manchen Darstellungen, gerade in den USA, wird der Eindruck erweckt, als bestünde der deutsche Außenhandel nur aus einem Waren- und Dienstleistungsaustausch mit der Sowjetunion, als sei die Bundesrepublik der Technologie-Lieferant des Ostens. Gleichzeitig verbreiten Japaner die Ansicht, die deutsche Wirtschaft müsse den Osthandel forcieren, weil nur dort ihre veraltete Technik absetzbar sei.

Sicher, all das sollte man nicht allzu ernst nehmen. Nur: es bleibt, wie so oft, doch ein falscher Eindruck hängen. Und nichts ist schwerer zu korrigieren als ein gesundes Vorurteil.

## Zeuge Lecki

Von Joachim Neander

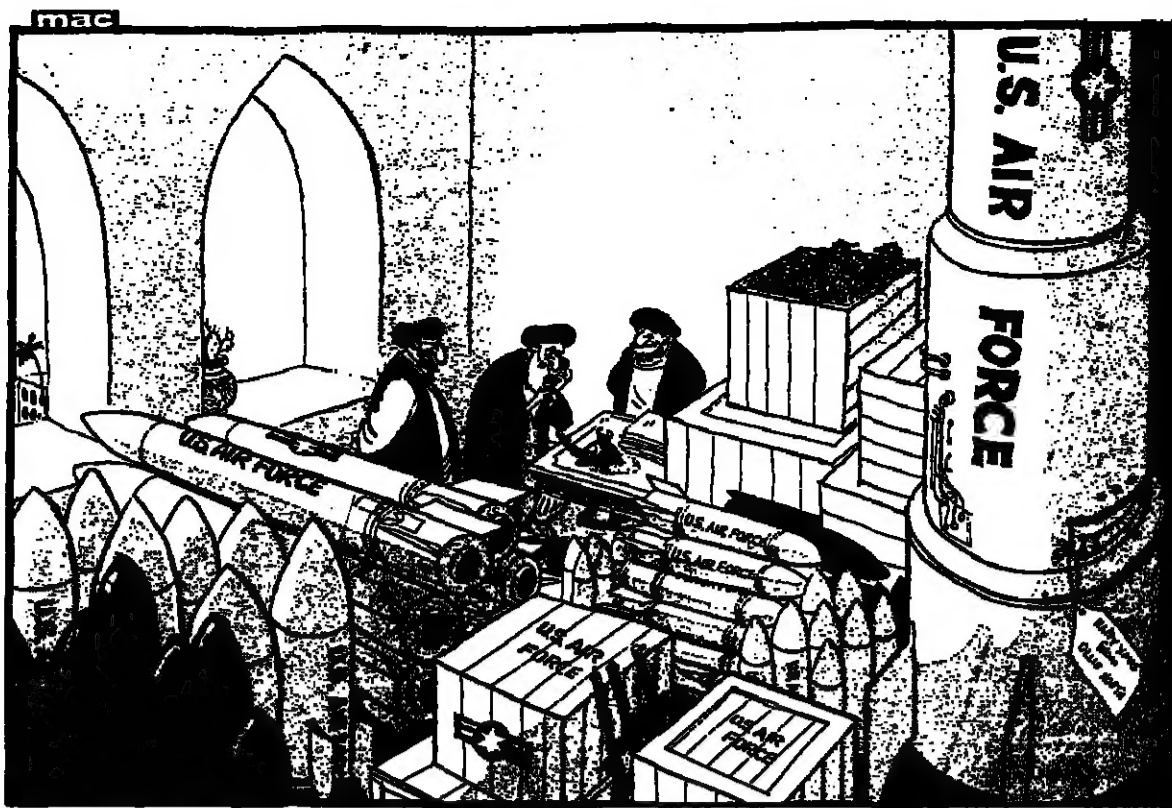
Die meisten Menschen werden die Tatsache, daß der Westdeutsche Rundfunk ein Interview mit einem zum vierten Mal aus der Haft entkommenen, rechtskräftig verurteilten Mörder und Berufsverbrecher verbreitet hat, vermutlich nur unter dem Kriterium des guten Geschmacks bewerten wollen: Sage mir, wem du unter Inkaufnahme von Mitwisserschaft und Begünstigung zu Publizität verhelfst, und ich sage dir...

Aber da ist unter Umständen noch ein Kriterium, das zur Debatte steht: die Intelligenz. Alfred Lecki sei zu intelligent, um in einem Interview Dinge (Isolationshaft, zugemauerte Fenster) zu behaupten, die so leicht widerlegt werden könnten, hat der Leiter der Justizvollzugsanstalt Rheinbach erklärt. Also könne das Interview nicht echt sein.

Er hat sicher nicht unrecht. Niemand dürfte den Mitbürger Lecki so genau kennen wie diejenigen, die ihn seit mehr als zwanzig Jahren in fast regelmäßigen Abständen zu beherbergen hatten. Wenn das Ganze also von Lecki selbst stammt, dann hat er seine Partner auf den Arm genommen.

Aber wie steht es dann mit der Intelligenz derer, die hinter diesem „sensationalen Zeitdokument“ her waren und sich entweder von Lecki selber oder von anderen anschnüren ließen? Auch sie hätten sich vorher der Tatsachen verschließen können. Daß sie es nicht getan haben, deutet darauf hin, daß sie – Echtheit hin oder her – vor allem die Botschaft dieses Interviews mit einem Mörder im Auge hatten: Da sieht man's wieder, diese Gesellschaft und dieser Staat sind unmenschlich.

Eigentlich hätten sie doch merken müssen, daß ein kompliziert wirkendes Interview mit einem Mann wie Lecki bei allem Respekt vor der Würde jedes Einzelmenschen den vernünftigen Bemühungen um einen menschenwürdigen Strafvollzug eher einen Bärendienst erweist. Aber wer über Jahre hinweg vom festbesetzten Sessel herab an allem (außer dem eigenen Gehaltstafel) zu rütteln gewohnt ist, dem verwickelt auf die Dauer das Gesichtsfeld; selbst das Urteil über die Wirkung der eigenen Taten scheint dabei abhandeln zu kommen.



„Hallo, Ronnie – ich wollte nur mal wissen: Was macht ihr eigentlich mit den Atomwaffen, die Kinnock aus England rauschmeißen will?“

## Brüssel und die Forscher

Von Ludwig Kürten

Mit einem fast zwanzig Milliarden Mark schweren Forschungset für die kommenden fünf Jahre will die Europäische Kommission in Brüssel das „Europa der Forscher“ auf den Weg bringen. Die Ziele sind ebenso hochgesteckt wie die finanziellen Forderungen an die Mitgliedsstaaten, natürlich in erster Linie an die Netto-Zähler der Gemeinschaft.

Warum finden die Brüsseler Vorschläge ein so geringes Echo? Die Gründe sind europäisch-viel-schichtig. Der gemeinsame Agrarmarkt ist zu einem Milliarden-Verlust ausgetarnt. Und jetzt kommen diese Überschuss-Manager und wollen jährlich gut vier Milliarden Mark für Forschungsvorhaben, deren Einsatz genauso unkontrollierbar bleibt wie der Verbleib der Agrar-Milliarden.

Die gleichen Manager wollen zu dem alle wichtigen Forschungsgebiete so komplett abdecken, daß in weniger als einem Jahrzehnt die Brüsseler Bürokratie darüber entscheidet, was, wo und wer in Europa erforscht werden soll. Aus Brüssel kamen in den letzten Jahren viele Forschungsinitiativen. Nur ein geringer Teil war erfolgreich. Häufig wurde der große bürokratische Aufwand ebenso beklagt wie die Neugier der EG-Beamten auf betriebliche Details.

Ein Sonderprogramm, Ejob, erntete Lob, weil es europäische Physiker an einen Tisch brachte. Sie erarbeiteten die Grundlagen zum Bau der Optischen Computer gemeinsam. Aber nach zwei Jahren ließ Brüssel die gut kooperierenden Teams allein, weil keine weiteren Finanzmittel bereitgestellt werden konnten. Ein europäischer Forschungsvorposten gegenüber amerikanischen Wissenschaftlern zerschmolz 1984 fast vollständig.

In die Bio- und Gentechnik wurden seit Anfang der achtziger Jahre rund 180 Millionen Mark investiert. Zwar haben davon auch deutsche Wissenschaftler und Unternehmen profitiert, aber den Löwenanteil kassierte Frankreichs Industrie. Sie hat ihre führende Stellung in der Biotechnik damit kräftig ausgebaut.

Allgemein mangelt es an sichtbaren und verständlichen Erfolgsbilanzen der EG-Programme. Einzel-erfolge bei Esprit oder Brita sind nicht so unumwunden gefallen, daß deutsche Industrieunternehmen etwa leuchtende Augen bekommen, wenn ihnen Meldungen

aus Brüssel auf den Tisch flattern. Im Gegenteil, viele der weitgespannten Statusberichte legen offen, daß die Unwissenden quasi kostenlos von den Wissenden profitieren. So ist es kein Wunder, daß deutsche Industrie-Unternehmen sich in und von Brüssel schlecht repräsentiert fühlen. Schlimmer noch, industrieller Sachverstand gilt den Brüsseler Behörden eher als suspekt: Stimme und Entscheidungsrecht zu wichtigen technologischen Projekten wird der Industrie in Brüssel kaum eingeräumt. Wo es um handfeste wirtschaftliche Interessen geht, können sich deutsche Industrieunternehmen kaum vernünftig vertreten lassen.

So ist es kein Wunder, daß in den vergangenen Jahren EG-Forschungsprojekte zumeist nur Anklang in den deutschen staatlichen Forschungsinstituten, kaum aber bei Industrieunternehmen finden konnten. Es kommt noch etwas anderes hinzu: Hierzulande Forschungsmittel aus dem großen BMFT-Topf zu ergattern ist ein unständisches Unterfangen. Es hat dazu geführt, daß kleinere und mittlere Unternehmen es häufig gar nicht erst versuchen.

Selbst die Fachleute in unseren Konzernen tun sich noch schwer, die verwaltungstechnischen Aufgaben bei EG-Projekten zu durchschauen, um nach langem Hin und Her schließlich europäische Fördermittel zu erhalten. Dabei ist der deutsche Bürokratismus noch harmlos gegenüber den Brüsseler Vorschriften. Zudem hat man den



Wie ermutigt man Forscher europaweit? Gentechniker bei der Arbeit

Eindruck, daß niemand so recht weiß, nach welchen Gesichtspunkten in Brüssel über ein Forschungsprojekt entschieden wird.

Ein Problem ist gewiß die unzulängliche Verständigung. Sie beginnt bei der Sprache. Da beklagt man in Brüssel, daß die Bundesrepublik bei der Einrichtung von Übersetzungscomputern nicht so recht mitspielt. Als ob Computer der einzige Lösungsweg sind, sich besser zu verstehen. Was entfallen kann, sind eine Fülle von unklaren Begriffen und umständlichen Worthülsen. Gefragt ist ein klares, einfaches Deutsch. Wer sich durch die übersetzten EG-Veröffentlichungen, seien es Ausschreibungen oder Berichte, durcharbeitet, weiß ein Lied davon zu singen.

Aber deutsche Manager haben häufig das Gefühl, daß nicht nur die Sprache, sondern auch die Nationalität der EG-Beamten eine wichtige Rolle spielt. Daher möchten sie auch ungern über Brüssel ihren Konkurrenten den Einblick in ihre eigenen Karten so leicht machen. Ergebnis: Mißtrauen und Zurückhaltung.

Jedes der industrialisierten EG-Länder hat eine eigene Struktur der Forschungseinrichtungen aufgebaut. So existieren in der Bundesrepublik zwar staatliche Großforschungseinrichtungen, aber die Forschungslandschaft umfaßt weitaus mehr private oder von Stiftungen geleitete Forschungsinstitute als in Frankreich, England oder Italien.

Die Mehrheit der EG-Beamten aber stammt aus diesen Ländern. Sie können sich anscheinend kaum vorstellen, daß hierzulande eine freiere, ungebundene Forschung praktiziert wird. Eine Forschung, die auch bewußt staatliche Einflüsse auf ein Mindestmaß eingeschränkt wissen will, weil sie mit dem Gegenteil leidvolle Erfahrungen in den letzten sieben Jahren gemacht hat.

Das jetzt zur Entscheidung anstehende Super-EG-Programm muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Es öffnet der freien Forschung einen so geringen Freiraum, daß es hierzulande nur wenig Anklang finden kann. Wir brauchen im internationalen Wettbewerb nicht eine straffere Forschungsplanung, sondern mehr kreative Initiative. Und die geht nicht von einem Mehr an Regeln oder geplanten Vorschriften aus.

## IM GESPRÄCH Lawrence Walsh

### Die Iran-Affäre prüfen

Von Walter Sadowsky

Ob Lawrence Walsh, den ein Gremium amerikanischer Bundesrichter für die delicate Aufgabe des Sonderermittlers für die Iran-Affäre ausgewählt und vorgeschlagen hat, auch den Auftrag bekommt – ob er ihn, gegebenenfalls, überhaupt annimmt – steht noch in den Sternen. Der Vierundsiebzigjährige ist zwar ein angesehener Jurist. Und das Kriterium, daß keine Interessenkollision zustande kommen dürfe, wird er wohl erfüllen; es gibt keinen Hinweis darauf, daß Walsh in irgendeiner Beziehung zu den Waffenlieferungen an Iran, zu den Geld-Abzweigungen an die Sandinisten-Gegner in Nicaragua oder zu einer der beteiligten Personen stehen könnte. Überdies ist Walsh auch Mitglied der Demokratischen Partei, die in Opposition zum Präsidenten steht.

Aber noch ehe die Berufung von Walsh bestätigt werden konnte, ist bereits berichtet worden, daß Walsh während der Amtszeit Präsident Nixons als Vorsitzender des Richtprüfungsausschusses der Amerikanischen Anwalts-Vereinigung (American Bar Association) über die Berufung des Bundesrichters Clement Haynsworth zum Mitglied des Obersten Bundesgerichts gutachtlich mit zu befinden hatte. Der Ausschuß empfahl zweimal die Ernennung von Haynsworth, der jedoch am Widerstand der Senatsmehrheit scheiterte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die neue demokratische Senatsmehrheit nun wieder ihre Muskeln zeigen und Walsh erst einmal aus Prinzip wegen mangelnden Urteilsvermögens ablehnen wird.

Was freilich eine sehr politische Entscheidung und eine Ungerechtigkeit gegenüber einem Mann wäre, dessen Integrität in der Juristenwelt nicht bezweifelt wird. Walsh stammt aus Kanada, aus Port Maitland in Nova Scotia. Ende der vierziger Jahre war er Assistent des damaligen Gouverneurs von New York, Thomas Dewey, 1954 bis 1957 war er als Richter am New Yorker Bundesgericht tätig, 1957 bis 1960 diente er in der Eisenho-



Schatten der Haynsworth-Affäre: Walsh

wer-Administration als stellvertretender Justizminister. Internationale Erfahrung erwarb er unter anderem als Angehöriger der amerikanischen Delegation bei den Pariser Vietnam-Verhandlungen.

Ein Mann also, der zweifellos die Erfahrung hat, um die Iran-Affäre auszuloten und rechtlich zu würdigen. Er wäre der bisher siebente unabhängige Sonderermittler nach Maßgabe eines Gesetzes, das nach der Watergate-Affäre verabschiedet wurde. Wobei festzuhalten ist: Bei der Iran-Affäre mögen Gesetze verletzt worden sein oder nicht, sie reicht jedoch nicht an die kriminellen Dimensionen der Watergate-Affäre heran, bei der es von vornherein nicht um eine Unternehmung im – falsch oder richtig verstandenen, das sei dahingestellt – Interesse des Staates ging, sondern um eine Parteiangelegenheit. Dennoch ist die Demokratische Partei verständlicherweise bemüht, aus dieser Affäre genug Stoff herauszuholen, um die beiden letzten Amtsjahre des Präsidenten zu belasten und seinen Einfluß auf den Wahlkampf einzuschränken. Lawrence Walsh weiß, daß es mächtigen Kräften auf beiden Seiten um mehr geht als nur die Wahrheit.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Kieler Nachrichten

Sie finden Hamburger Überlegungen sinnvoll: Hamburg droht seinen Nachbarn Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit seinen Abfallproblemen an den Nerv zu gehen (betrifft die Überlegung, Hafenschlick im Wattenmeer vorübergehend Ausschau halten, wo sie den Hafenschlick künftig unterbringen können, ist logisch. Die Tatsache aber, daß sie ihr Bermuda-Dreieck für „hochkontaminiertes Baggergut“ wohnlich zwischen drei besonders geschützten Zonen anzusiedeln gedenken, zeigt – zurückhaltend gesagt – den Grad ihrer Hilflosigkeit beziehungsweise grenzt – überspitzt formuliert – an blanken Zynismus).

Die Mehrheit der EG-Beamten aber stammt aus diesen Ländern. Sie können sich anscheinend kaum vorstellen, daß hierzulande eine freiere, ungebundene Forschung praktiziert wird. Eine Forschung, die auch bewußt staatliche Einflüsse auf ein Mindestmaß eingeschränkt wissen will, weil sie mit dem Gegenteil leidvolle Erfahrungen in den letzten sieben Jahren gemacht hat.

Das jetzt zur Entscheidung anstehende Super-EG-Programm muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Es öffnet der freien Forschung einen so geringen Freiraum, daß es hierzulande nur wenig Anklang finden kann. Wir brauchen im internationalen Wettbewerb nicht eine straffere Forschungsplanung, sondern mehr kreative Initiative. Und die geht nicht von einem Mehr an Regeln oder geplanten Vorschriften aus.

### Hannoversche Allgemeine

Sie verabschiedet die Abgeordneten der zweiten Legislaturperiode: Es ist allenhalben zu spüren, daß sich die Politiker im Vormarsch befinden, die von Anfang an die Politik

als Beruf gewählt haben. Es fehlt an eckigen und kantigen Figuren, die auch einmal gegen die eigene Partei aufbegehren, die durch neue Ideen aufhorchen lassen, die sich querlegen und dadurch andere zum Umdenken zwingen. Es ist alles ein bißchen zu geschmeidig geworden, zu voraussehbar – zuviel Routine, zu wenig Überraschung. Wird eine große Debatte angestrebt, so weiß man im Voraus, was jede Partei verkünden wird.

### The New York Times

Sie kritisiert die afrikanische Presse: Natürlich wird die Zensur nicht die Rebellion einer schwarzen Mehrheit schwächen, die grundlegende Rechte fordert.

### BERLINER MORGENPOST

Sie hat Fragen nach dem Fliegenabsturz: Warum kam die Linienmaschine vom Typ Tupolew 134 – planmäßige Ankunft in Schönefeld 14.30 Uhr – erst gegen 17.30 Uhr in der Nähe des Flughafens an? Hatte es technische Probleme vor dem Abflug in Minsk gegeben? Oder hatte die Besatzung wegen des zeitweise nebligen Wetters Probleme beim Landeanflug? Die Elektronik in der TU-134 ist nicht auf dem neuesten Stand der Technik... Offenbar hat auch die Alarmanlage von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen nicht sofort funktioniert. Wie wäre es sonst möglich, daß Bewohner von Bohndorf in ihren Privatfahrzeugen Verletzte in das Krankenhaus nach Köpenick gebracht haben?

## Außerlich Einigkeit in der NATO – aber Andreotti warnt

Die einen wollen Sicherheit, die anderen wollen ein Draufsatteln vermeiden / Von Cay Graf Brockdorff

Italien, das gelegentlich – besonders in der Person seines Außenministers Giulio Andreotti – im Verdacht steht, den Sowjets gegenüber nachgiebiger als nötig zu sein, beweist eigentlich immer, wenn es um die Grundlagen der Bedrohung geht, eine realistische Haltung. Auf der Herbsttagung der NATO-Außenminister gab Andreotti als Ehrenpräsident des Nordatlantischen Pakts den Auftakt.

Er sagte: „Eine gründliche Analyse der Auswirkungen nuklearer Waffen ist für die Sicherheit Europas entscheidend. Sollte die Null-Option für Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite sich durchsetzen, darf es der Sowjetunion nicht gestattet werden, ihre Überlegenheit bei den Systemen kürzerer Reichweite zu behalten. Ein Gleichstand bei den Kurzstreckensystemen muß deshalb, wenn er nicht erreicht werden kann, wenigstens in Umrissen sichtbar werden, parallel zu jedem Abkommen über die Reduzierung oder den Abbau der weiter reichen-

den Systeme, damit die Gefahr einer Destabilisierung vermieden wird.“

Andreottis Bemerkung, die inhaltlich der Lagebeurteilung des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Bernard Rogers, ähnelt, offenbart die zwei Denkschulen im Bündnis. Die eine will genau so Abrüstungsschritte wie die andere, doch sie ist vorsichtig und stellt mit der Bedrohungsanalyse die Sicherheit der Allianz sichtbar höher als Rüstungskontrolle. Die andere, angeführt vom Bonner Außenminister Hans-Dietrich Genscher, will den greifbar scheinenden Erfolg nicht durch „Draufsatteln“ neuer Forderungen belasten.

Man kann annehmen, daß Frankreich, dem die Ereignisse von Reykjavik erhebliche Kopfschmerzen bereiten, wie Italien zur Vorsicht gemahnt hat. Durchgesetzt hat sich die Linie der Verweigerung, die über die ihnen als Hindernis zum Durchbruch erscheinende „Draufsattelhürde“ nicht gehen

wollten. Alle Außenminister, auch Andreotti und Washingtons George Shultz, billigten am Ende des Kommuniqué, in dem die Null-Lösung ohne jede Umschweife angestreut wird.

Die Atlantische Allianz wird vom Abrüstungsfeber geschüttelt. Mahnungen zur Behutsamkeit werden eher schon als lästig empfunden, die strategischen Begründungen für die Notwendigkeit der Nachrüstung drohen in Vergessenheit zu geraten. Es gibt Leute, die in solchen Situationen immer Klischees entdecken. Sie haben auch hier eine griffige Formel erfunden: „Die Abschreckung hängt doch nicht von einem Waffensystem ab.“ Aber die strategische Wirklichkeit in Europa läßt sich mit solchen Redewendungen nicht erschöpfend darstellen.

Auch Rogers unterstützt die Null-Lösung. Doch er warnt: Isoliert nur Mittelstreckenwaffen abzubauen, werfe das Bündnis auf das Jahr 1977 zurück. Der General legt den Kern des Problems bloß:

„Die Sowjets arbeiten auf jenen Punkt hin, von dem ab sie uns einschüchtern, uns erpressen können, ohne einen einzigen Schuß abgefeuert zu haben. Wie jemand sagte: Die Früchte des Sieges ernten ohne die Qualen des Krieges. Diese Entwicklung halten wir nur auf, wenn wir die nötigen Schritte einleiten, nicht nur einen Angriff, sondern auch die politische Einschüchterung abzusichern. Dazu bedarf es des Willens und der Entschlossenheit.“

So präsentiert sich die Allianz kurz vor Jahresende 1986 wie immer geschlossen nach außen, aber Zweifel über den richtigen Weg sind mit Sicherheit nicht bei allen Mitgliedern verschwunden. Der eine oder andere tröstet sich – nicht unrealistisch – mit dem Gedanken, daß die mit der Nachrüstung in Europa optimierte Sicherheit nicht über Nacht einem unsicheren Abschreckungssignal weichen wird.

Vor jedem Raketenabbau steht die von allen als fundamental be-

trachtete Forderung nach wirksamen Kontrollen. Wie sie aussehen müssen, hat Richard Perle, Vorsitzender der hochrangigen Gruppe für Nuklearfragen in der NATO, schon umrissen: „Notfalls müssen wir bis in die sowjetischen Fabriken gehen.“ Dabei muß man wissen, daß Perle, einer der Falken in der Washingtoner Administration, nie ein Anhänger der Nachrüstung war.

Die heimliche Weise, mit der die Sowjetunion, deren Generalstab ein Hauptdirektorat für strategische Täuschung besitzt, den SALT-II-Vertrag umgangen hat, hat die Amerikaner sehr nachdenklich gemacht. Vor einer Null-Lösung würden lange Verhandlungen stehen, sehr, sehr lange wahrscheinlich.

Schon jetzt muß davor gewarnt werden, dort Kompromisse auf dem Rücken der Sicherheit zu suchen. Den meisten Mut aber brauchen europäische Politiker, diese Zusammenhänge begrifflich darzustellen.



# Hamburg wartet auf den Januar

Der Parteichef sprach den Genossen gut zu, der Erste Bürgermeister malte eine GAL, wie er sie sich wünscht, und der Innensenator schwieg. Entschlüsse wurden auf dem Parteitag der Hamburger SPD nicht gefasst - zunächst muß die Bundestagswahl im Januar abgewartet werden.

Von UWE BAHNSEN

Am Kopfende einer der langen Tische im großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses saß, wenige Meter vom Rednerpult entfernt, der Genosse Diether Hoffmann. Mit starrer Miene, im Pullover und ohne Krawatte, verfolgte der einstige Top-Manager der Bank für Gemeinwirtschaft und spätere Chef des „Neue Heimat“-Konzerns die Referate der Spitzenorganisationen auf dem SPD-Parteitag, der umgeben von Tabaquas und Erbsensuppe, das Wahldesaster des 9. November aufarbeiten versuchte. Er muß den gescheiterten NS-Sanierer, jedesmal wie ein Stromstoß getroffen, als er Schuldzuweisungen der Parteiprominenz anhören mußte, ohne daß sein Name genannt wurde.

Der Landesvorsitzende Ortwin Runde etwa erkannte in Sachen „Neue Heimat“ einen „Scherbenhaufen von Mißwirtschaft und Größenwahn“.

Und Willy Brandt - wie unersetzlich er noch immer für die SPD ist, war auf diesem Parteitag mit Händen zu greifen - erklärte mit fester Stimme, man habe erwartet, daß in diesem Konzern „gründlich Ordnung geschaffen werde“, und diagnostizierte „eine verfehlte Geschäftspolitik“. Diether Hoffmann schwieg dazu.

Parteichef Willy Brandt, in seinen gemessenen Bewegungen fast schon ein Denkmal seiner selbst, war an diesem Abend für die noch immer rat- und richtungslosen Hamburger Sozialdemokraten halb Wundarzt, halb Psychotherapeut. Er spendete seinen durcheinandergeratenden Genossen Trost, als er ihnen angesichts der tiefen parteiinternen Verunsicherung über die Chancen der Hamburger SPD für den 25. Januar zurief, sie

sollten sich „daran erinnern, daß sich sogar in Wochen viel verändern läßt“.

Der Gast aus Bonn suchte ihren Blick für die grüne Partei zu schärfen, die „in entscheidenden Bereichen eine unverantwortliche Politik betreibt und deshalb für uns nach dem Stand der Dinge jedenfalls auf Bundesebene auch kein Partner sein kann“. Die beiden großen Parteien, so hielt er den Delegierten mahnend vor, „müssen in diesem Staat fähig bleiben oder neu lernen, möglichst vernünftig miteinander umzugehen“.

In den kommenden Jahren, fuhr der Parteivorsitzende fort, gebe es im Bund „mehrere Themen, die objektiv gesehen nach breiten Mehrheiten geradezu rufen“. Er könne „keinen Sinn darin sehen, uns mehr Konfrontation vorordnen zu lassen, als von der Sache her geboten ist“.

Es war ein Auftritt voller Gelassenheit, Verantwortungsbewußtsein und Realismus - selbst die Kritik an Kanzler Kohl, den es „geradezu gereizt hat, in vorhandene Fettnäpfe zu treten“, fiel maßvoll aus. Er selbst, so bekannte Willy Brandt, habe „persönliche Rechnungen mit Herrn Kohl ohnehin nicht zu begleichen“.

Brandts einstiger Bürochef Thomas Mirow, nun als Senatssprecher in den Diensten des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi, hat der

SPD in einer exzellenten Analyse als einen Grund für das Desaster des 9. November die „tief eingeschliffenen, unproduktiven Selbstbespiegelungen in unendlich vielen, langen Gremiensitzungen“ vorgehalten. Auch dieser Parteitag bewies aufs neue, wie zutreffend dieser Befund war und ist.

Die Hamburger SPD, das zeigte nahezu jeder Debattebeitrag, ist durch das vernichtende Wahlergebnis des 9. November in einem Maße aus den Fugen geraten, das früher unvorstellbar gewesen wäre. Zwar verhinderte die Regie des Landesvorstandes, daß der Grundsatzkonflikt zwischen dem linken Flügel, der die Öffnung zur GAL verlangt, und dem in dieser Hinsicht tief skeptischen Mitte-Rechts-Lager in voller Schärfe ausbrach - zur „Ergänzung eines staunenden Publikums“ sollte das, so der Landesvorsitzende Ortwin Runde, „hier heute nicht ausbreiten“.

Doch sogar das von den Delegierten nur mit gemäßigtem Beifall aufgenommene Grundsatzreferat Klaus von Dohnanys zeigte das ganze Ausmaß der Verunsicherung und der Irritationen in der langjährigen hanseatischen „Staatspartei“. Der Regierungschef bemühte sich, seine bisherige scharf ablehnende („Keinen Millimeter, jedenfalls nicht mit mir“) Position zur GAL mit einer Aufzählung

der Gründe zu untermauern, weshalb diese Partei gegenwärtig unfähig zu verantwortlicher Politik sei.

Zugleich aber konditionierte Dohnanyi diese Haltung in einer Weise, die nur als Wink mit dem Zaunpfahl an den „Realo“-Flügel der Hamburger GAListen zu deuten ist und in diesem Spektrum auch prompt so verstanden wurde: Eine Absage der GAL an die Gewalt und ein programmatischer, Hamburg-orientierter Kurs könnten ihn, so bekannte Dohnanyi, zu einer anderen Auffassung bringen. Überhaupt, so ließ der Bürgermeister wissen, „verbringe ich meine Arbeit lieber mit Otto Schily als mit Alfred Dregger“.

Mit welchen Empfindungen der „Hardliner“ des Mitte-Rechts-Lagers, der Dohnanyi-Stellvertreter und Innensenator Alfons Pawelczyk, derlei Bekenntnisse zur Kenntnis genommen hat, darüber ließ er den Parteitag im unklaren, denn sein Name fehlte auf der Rednerliste. Dabei hätte Pawelczyk Veranlassung genug gehabt, „anzutreten“ und zum Beispiel den oft kundigen an seine Adresse gerichteten Hinweis des Landesvorsitzenden Runde zu hinterfragen, in der St. Pauli Hafenstraße „da wohnen auch Menschen, und nicht: Da hausen die Chaoten, sondern da wohnen Menschen“. Der Chef der Innenbehörde hat das bislang, wie jeder Genosse weiß, etwas anders gesehen.

Aber nicht erst auf diesem Parteitag zeigte sich, daß der einstige Berufsoffizier Pawelczyk es offenbar in der derzeitigen Lage seiner Partei für besser hält, die politische Deckung nicht zu verlassen, um nicht Wunden davonzutragen, die er für absolut überflüssig hält.

In einem Frontabschnitt allerdings hat Pawelczyk die Deckung verlassen: Er will nun endgültig die Leitung der Innenbehörde abgeben - „aus persönlichen, familiären Gründen“, wie Fraktionschef Henning Voscherau die Delegierten wissen ließ.

Ein neuer Innensenator, das ist sicher, wird nicht „ausgesucht“, sondern „mit dem vorgehaltenen Revolver der Parteiführung dienstverpflichtet“, wie ein stürmischer Spitzen-genosse inmitten des Andrangs zu den Suppentöpfen im Foyer des Gewerkschaftshauses erkannte.

## LANDESPARTEITAG



Es darf gelacht werden: Hamburgs SPD-Chef Ortwin Runde, Parteichef Willy Brandt und Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (v.l.) FOTO: AP

## Ein Begräbnis brachte den politischen Tod

Waren es bisher vorwiegend die Albanen in Kosovo, die Belgrad Kopfzerbrechen machten, so sind es nun auch die nationalistischen Albanen in der Teilrepublik Mazedonien.

Von C. G. STRÖHM

Die Schläfen der Kränze auf dem Grab feiern den Verstorbenen als albanischen Helden und Patrioten - obwohl oder weil er mehrere Jahre als politischer Häftling in jugoslawischen Gefängnissen zubringen mußte. Ort der Handlung: ein Friedhof in der Nähe der mazedonischen Stadt Tetovo. Das war ärgerlich für die jugoslawische KP, peinlich aber war, daß führende Mitglieder der kommunistischen Parteiführung an diesem „nationalistischen“ Leichenbegängnis teilgenommen hatten.

Das ließ sich die Partei nicht gefallen, und sie beschloß wegen dieser albanisch-nationalistischen Manifestation den politischen Tod mehrerer kommunistischer Spitzenfunktionäre. So wurde zum Beispiel Milam Fezi, Mitglied des Parteipräsidiums und des ZK der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien, aller seiner Ämter enthoben. Mit trübsaler Stimme rechtfertigte sich der Parteifunktionär vor dem ZK Mazedoniens, daß er während des Begräbnisses „nichts gemerkt“ habe und daß er nur seine Frau abholen wollte, die mit dem Verstorbenen verschwägert gewesen sei.

Damit aber enthüllte der Gestürzte den fast unlöslichen Kern des Problems: Viele albanische Funktionäre der jugoslawischen KP sind mit den albanischen „Nationalisten“, die sie bekämpfen sollen, verschwägert und verwandt. Und da bei den Albanern

immer noch die Familienbande mehr zählen als die Politik, stecken diese albanischen Tito-Kommunisten selber oft mitten in einem tiefen Dilemma.

Ein zweites Opfer der politischen Beerdigung von Tetovo wurde Asem Zulfiqari, bisher Abgeordneter des jugoslawischen Bundestages und ehemaliger jugoslawischer Botschafter in Burma. Zulfiqari - der Nationalist nach gleichfalls ein Albaner - verlor alle Parteiamter und dürfte wohl auch als Abgeordneter von der Bühne verschwinden. Insgesamt wurden 21 Teilnehmer und Organisatoren der Beerdigung aus der Partei ausgeschlossen.

### Nationalistische Töne bei Familienfeiern

Seit sechs Jahren gärt der albanische Nationalismus in der zu Serbien gehörenden jugoslawischen autonomen Provinz Kosovo. Jetzt gerät auch die südlichste Teilrepublik Jugoslawiens - das zwischen Bulgarien im Osten, Griechenland im Süden und Albanien im Westen „eingeklemmte“ Mazedonien - unter wachsenden Druck seiner albanischen Volksgruppe. Die Albanen in Mazedonien dürften inzwischen 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie siedeln hauptsächlich im Westen, also in den Gebieten unweit der Grenze zum Staat Albanien. Durch ihre Geburtenfreudigkeit und ihren starken nationalen Zusammenhalt drängen aber die Albaner jetzt auch in jene Gebiete Mazedoniens vor, in denen die slawisch-mazedonische Bevölkerung bisher unbestritten in der Mehrheit war.

Da die Albanen in Mazedonien „strenger“ gehalten werden als in Ko-

sovo, konzentrieren sich albanisch-nationalistische Manifestationen auf Familienfeiern - auf Beerdigungen und Hochzeiten. Da zeigen sie dann die albanische Fahne und singen albanische patriotische Lieder. Im Dorf Strimnica unweit der Stadt Tetovo zählten Gäste auf einer großen albanischen Hochzeitstafel den gleichfalls albanischen - aus der benachbarten Provinz Kosovo - angereisten Musikanten 1000 Mark Trinkgeld (und zwar in deutschen Banknoten), falls diese die in Jugoslawien verbotenen albanischen Lieder spielten. So berichtet es die Belgrader Parteizeitung „Borba“ - und fügt hinzu, als einige Kinder während der Feiern ein Lied auf Marschall Tito sangen wollten, seien sie von den Anwesenden ausgebuht worden.

Die „nationalistischen“ albanischen Hochzeitsgäste von Strimnica seien, wie das Belgrader KP-Blatt weiter berichtet, in wahre Begeisterungstürme ausgebrochen, als die Musikanten das (in Jugoslawien gleichfalls verbotene) Lied vom zweiköpfigen albanischen Adler vortrugen, der so große Flügel habe und so hoch fliege, daß niemand ihm etwas anhaben könne. Dann hätten die Gäste ihre weißen Köpfe - die typischen albanischen Nationalmützen - in die Luft geschleudert und ihre Hände in Richtung Albanien erhoben. Einige hätten sogar ihre Pistolen gezogen und in die Luft geschossen. Aufgrund dieser einen „separatistischen“ Hochzeit - so die „Borba“ - seien zehn Personen aus der KP ausgeschlossen und weitere 50 letztendlich streng verwandt worden.

Die jugoslawisch-mazedonischen Landesbehörden müssen jetzt zugeben, daß der albanische Nationalismus in ihrem Machtbereich immer weiter vordringt und daß die Bezie-

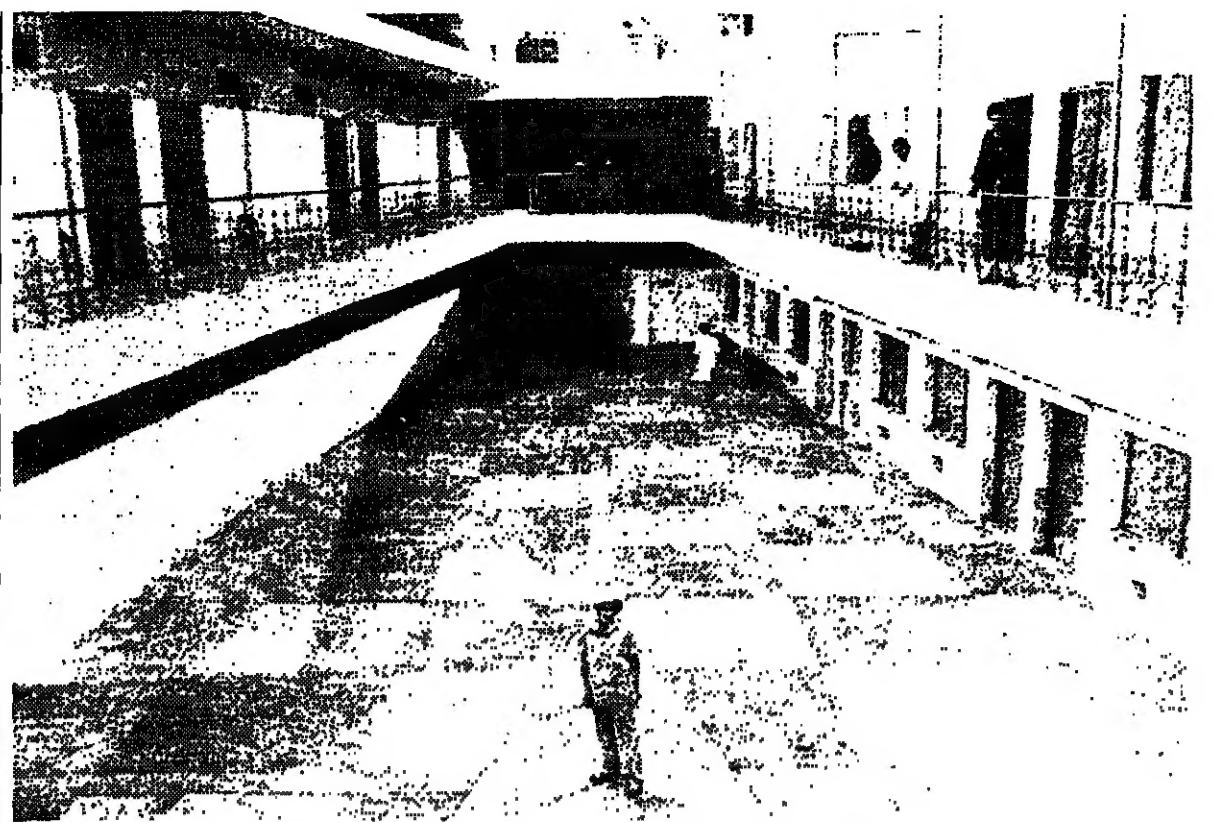
hungen zwischen den einzelnen im Lande lebenden Nationen und Nationalitäten so angespannt sind wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Der jugoslawische General Tihomir Sarevski behauptete gar auf der jüngsten ZK-Sitzung in Skopje, unter den Albanern in Mazedonien gebe es eine Geheimorganisation, die nach dem Vorbild der „Balli Kombetar“ organisiert sei - der albanisch-nationalistischen und antikommunistischen Kampfgruppen während des Zweiten Weltkriegs, die teils mit den Deutschen, teils mit den Westalliierten sympathisierten.

Es bestehe kein Zweifel, so formulierte der General, daß hinter dieser albanischen Geheimorganisation in Mazedonien „gewaltige materielle Mittel“ stünden. Die Mitglieder der Organisation betrieben faktisch ungestört einen Devisen-, Gold- und Rauschgifthandel. Sie erhielten beträchtliche finanzielle Unterstützung aus dem Ausland.

### Erinnerungen an ein Groß-Albanien

Im Bezirk Tetovo befanden sich bis heute Personen in politischen Schlüsselpositionen, die aus „ballistischen Familien“ stammten - also deren Verwandte und Vorfahren während des Zweiten Weltkriegs auf der groß-albanischen Seite standen.

Für das jugoslawische Mazedonien, das sich im Osten gegen bulgarische Aspirationen wehren muß, wird die albanische Frage damit zu einem Existenzproblem, zumal die vitale Kraft der nicht-slawischen Albaner weitaus stärker zu sein scheint als jene der slawischen mazedonischen Mehrheitsbevölkerung.



Das Werk von Arielle Calmejane: Ein Hospital für verwundete Afghanen

## In der muslimischen Männerwelt strahlt ein französischer Engel

Die sowjetischen Invasoren beschimpfen sie als „Hure von Massoud“, für die afghanischen Widerstandskämpfer aber ist sie ein Engel: Die Ärztin Arielle Calmejane, die in ihrem Hospital im pakistanischen Peshawar Afghanen zur medizinischen Selbsthilfe ausbildet.

Von WALTER H. RUEB

Das Bild hat symbolischen Charakter: Ganz allein steht die zierliche Französin Arielle Calmejane im Innenhof ihres Hospitals am Stadtrand von Peshawar. Rechts und links, vor und hinter ihr Mauern, Fenster, Balkone, Galerien, Kranke, Ärzte. Sie lächelt, blickt unsicher in die Kamera des Fotografen, stummt hörbar und sagt: „Im Innern Afghanistans habe ich erkannt, daß es an Menschen fehlt, die anderen medizinisch helfen, sie retten können. Deshalb habe ich beschlossen, etwas zu tun.“

Was Arielle tut, ist einzigartig: In einem muslimischen Land und damit einer reinen Männerwelt eröffnete die Krankenschwester und Anästhesistin ein Hospital für verletzte und verwundete Afghanen - ganz allein, mittellos, besetzt nur vom Willen, Menschen zu helfen und andere mit dem chirurgischen Handwerk so weit vertraut zu machen, damit sie im Innern ihrer besetzten Heimat Verletzte und Verwundete vor dem Tod bewahren können.

Die kleine Französin war durch das Stahldach des Krieges in Afghanistan gegangen. Für eine französische Ärzteorganisation hatte sie bereits 1983 im Pandschir-Tal gearbeitet, den legendären Guerilla-Führer und „Löwen vom Pandschir“ oft gesehen und sich auch nicht durch die sowjetische Beschimpfung als „Hure von

Massoud“ schrecken lassen. 1984 er- und überlebte sie im Pandschir-Tal die berühmte, letztlich gescheiterte siebente sowjetische Offensive gegen Massoud und seine Mudschahedin.

„Anschließend benötigte ich eine Atempause“, erzählt sie, nimmt einen tiefen Zug aus einer filterlosen Zigarette, streicht eine Strähne ihres dunklen Haars aus dem Gesicht. „Ich kehrte nach Peshawar zurück und arbeitete anderthalb Jahre für das Schwedische Afghanistan-Komitee. Diese Zeit vergesse ich nie.“

Umgeben von einem Meer von Not und Leid, von Blut und Tod warf die damals 28jährige Arielle das Steuer herum und gab den Vorsitz auf, in das heimatische Toulouse zurückzu- kehren. „Ich mietete dieses Haus und schloß einen Kontrakt auf zwei Jahre ab“, erzählt Arielle. „Es war als Hotel gebaut worden, hatte aber den afghanischen Widerstandsparteien als Hauptquartier gedient.“

In wenigen Wochen wurde das gelbgestrichene Gebäude an der Straße nach Islamabad völlig umgerüstet, mit Wasser, Gas und Strom ausgestattet. Eine Küche und Wäscherei wurden installiert, ein Anbau für Operationsräume erstellt, die Krankenzimmer mit insgesamt 20 Betten eingerichtet.

„Es gibt sogar sechs Betten für Frauen“, verrät Arielle. „Unterstützt haben mich anfänglich die American Foundation und ein französischer Orden. Heute bekomme ich finanzielle Zuwendungen auch von humanitären Organisationen aus Norwegen, Schweden, Belgien und Holland. Das Deutsche Afghanistan-Komitee trägt Sach- und Personalkosten für die hier eingerichtete kleine Zahnklinik.“

Die gebürtige Tschechoslowakin und heutige Schweizerin Tamara Cierny hat darin ihr Tätigkeitsfeld. „Das medizinische Zentrum liegt zu weit außerhalb der Stadt und ist noch zu wenig bekannt“, klagt die Zahn-

ärztin. „Pro Tag kommen im Durchschnitt nur etwa zehn Patienten. Allerdings ist nicht die Behandlung von afghanischen Flüchtlingen und Freiheitskämpfern der Hauptzweck, sondern die Ausbildung von Zahnärzten, Helfern in Erster Hilfe. Damit sie später im Innern Afghanistans Zähne ziehen können, müssen sie es aber an Patienten lernen und üben. Zur Zeit habe ich zwei Kursteilnehmer, aber kaum Patienten.“

Arielles Hospital ist im pakistanischen Peshawar eine kleine französische Insel. Außer Chefin und Zahnärztin parlieren auch die Physiotherapeutin Jeanne Robin, die Operationschwester Micheline Brigrand und der Chirurg französisch.

Maurice Brigrand ist im Regime der Frauen der einzige Mann. Aber was für einer: Brigrand verbrachte fast sein ganzes Leben als Militärarzt in Frankreichs afrikanischen Kolonien, ging 1984 mit 33 Dienstjahren als Colonel ab, fühlt sich im Ruhestand jedoch leer und unausgefüllt. „Von Zeit zu Zeit übernehme ich deshalb irgendeine nützliche Mission - um zu leben, statt nur zu überleben“, sagt der Unermüdliche. „Deshalb bin ich zusammen mit meiner Frau für ein paar Monate hergekommen. Hier kann man mich bei der Ausbildung von Afghanen in Kriegschirurgie brauchen. Kommen Sie mit, schauen Sie bei einer Operation zu. Ein junger Afghane hat sie übernommen.“

Im Operationssaal nährt der junge afghanische Arzt Mir Afte einem Landsmann gerade den Bauch zu. „Eine leichte Blinddarm-Operation“, erläutert der Colonel mit lauter Stimme, überhört die Bitte seiner Frau, ruhig zu sein und die Besucher mit Mundschutz und Haube auszustatten, lätschelt schließlich dem lächelnden Frischoperierten die Wangen. Auf fragende Blicke erklärt er: „Für so harmlose Operationen begnügen wir uns mit Lokalanästhesie.“

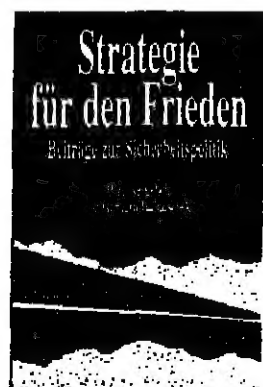
Die Chefin des Hospitals verrichtet ihre Arbeit als Anästhesistin konzentriert und schweigend, doch sichtlich müde und abgelenkt. Auf die Frage, wie lange ihr Tag jeweils sei, antwortet sie ausweichend: „Lange, lange...“ Haben Sie noch ein privates Leben? „Was ist das?“ seufzt die Neunundzwanzigjährige. Erst die nächste Frage läßt sie wieder lebhafter werden: „Ich habe als Frau in der muslimischen Gesellschaft keine besonderen Probleme. Ich werde anerkannt und respektiert.“



Arielle Calmejane: „Die Welt ist so groß und es gibt noch viel zu tun.“ FOTOS: SVEN SIMON

## BUSSESEEWALD

### Sachbuch-Auswahl



Gerhard Hubatschek (Hrsg.)  
Strategie für den Frieden  
Beiträge zur Sicherheitspolitik  
Eine Darstellung der sicherheitspolitischen Entwicklung und der strategischen Überlegungen der Bundesregierung  
4900 Herford · Postfach 1344



Robert Jastrow  
SDI  
So werden Atomkraftwerke  
Gefahren für die Menschheit  
4900 Herford · Postfach 1344



Gerhart Bieder  
Waffen-Schmuggel  
Die Geschichte der Waffen- und Drogenhandelswege  
4900 Herford · Postfach 1344



Heinz Viehau  
FALKLAND  
Der Krieg um den Farn der Antarktis  
4900 Herford · Postfach 1344



Paul Eddy/Magnus Linklater/Peter Gillman  
Unbesiegt  
Der Krieg um den Farn der Antarktis  
4900 Herford · Postfach 1344



Fitzroy Maclean  
Unbesiegt  
Der Krieg um den Farn der Antarktis  
4900 Herford · Postfach 1344



Karl-Heinz Wegel  
Unbesiegt  
Der Krieg um den Farn der Antarktis  
4900 Herford · Postfach 1344



## Berlin setzt die Abschiebung in Libanon aus

Der „aktuellen Sicherheitslage“ in Beirut wegen stellt der Berliner Senat seine seit Wochen laufenden Abschiebungen von rechtskräftig abgelehnten palästinensischen Asylanten vorerst ein. Dabei handele es sich jedoch nicht um einen „Abschiebungsstopp“, sagte Berlins Innensenator Wilhelm Kewenig. „Die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung... bedeute auch keine Abkehr von dem Grundsatz, daß rechtskräftige Ablehnungsentscheidungen in Asylverfahren nicht nur theoretische Bedeutung haben dürfen. Sie sind im Regelfall zu vollstrecken. Nur bei Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes kann das außerordentlich großzügige Asylrecht der Bundesrepublik vor Überbeanspruchung und den

Arbeitlose und Jugendliche hoffen auf das „schnelle Geld“, wenn sie sich von Fluchthilfeorganisationen anheften lassen. Doch dabei gehen sie ein hohes Wagnis ein, an dessen Ende häufig mehrjährige Haft in der „DDR“ steht. Der SED-Staat ist über zahlreiche Fluchthilfeaktionen im voraus gut informiert.



FOTO: HOFF

## „Auf Sie haben wir schon gewartet“

Senator Scholz macht auf Risiken bei Fluchthilfe aufmerksam

Auf das „hohe Risiko“, das Fluchthilfe einbringen, hat der Justizsenator des Landes Berlin, Rupert Scholz (CDU), aufmerksam gemacht. Bis zum 31. Oktober 1986 sind allein im Transitverkehr neun Personen wegen Fluchthilfe – im „DDR“-Jargon „staatsfeindlicher Menschenhandel“ genannt – festgenommen worden. Unter den festgenommenen Personen befinden sich zunehmend auch Jugendliche und Arbeitslose, deren Unzufriedenheit und finanzielle Notlage nach Einschätzung von Scholz ausgenutzt werden, um sie an einem Unternehmen zu beteiligen, über dessen Risiken sie oft getäuscht werden. Statt des erhofften schnellen Geldes drohten mehrjährige Haftstrafen unter den Bedingungen des harten Strafvollzugs der „DDR“.

Senator Scholz sagte auf Anfrage der WELT, die Zahl „gewerblicher Fluchthilfeorganisationen“ sei nicht bekannt, da diese in „ständig wechselnder personeller Besetzung operieren, sich auflösen und in anderer Besetzung wieder auftreten“. Aber er bestätigte vorliegende Informationen, wonach die „DDR“ über derartige Gruppen gut informiert ist, oft sogar von Spitzeln in den Organisationen.

Dies ergibt sich unter anderem daraus, daß Fluchthelfer bisweilen mit den Worten „Auf Sie haben wir schon gewartet...“ von „DDR“-Stellen empfangen und verhaftet werden. Nach WELT-Informationen haben sich aber auch „DDR“-Vertreter innerhalb der gemeinsamen Transitkommission sehr detailliert über

Fluchthilfsvorbereitungen geäußert. So wurden in der Kommission konkrete Vorbereitungen genannt, Daten von entsprechenden Zeitungsanzeigen, mit denen Fluchthelfer angeworben werden sollen, Hausnummern, in denen Autos zur Fluchthilfe präpariert werden, ausgehandelte Honorare für gelungene Aktionen und Namen von Hintermännern. Dazu wollte sich Scholz nicht äußern, aber er widersprach diesen Informationen nicht.

Ihm liege daran, so betonte Scholz, auf die Risiken aufmerksam zu machen, die mit solchen Aktionen verbunden seien, wobei er allerdings auch unmißverständlich klarstellte, daß „Fluchthilfe nach unserem Rechtsverständnis keinen Straftatbestand für sich darstellt, da dieses dem Prinzip der Freizügigkeit innerhalb Deutschlands widersprechen würde“. Dementsprechend könne in der Bundesrepublik Deutschland niemand wegen Fluchthilfe bestraft werden. Strafen seien allerdings Delikte, die immer wieder in Zusammenhang mit der Fluchthilfe begangen würden, so vor allem Veruntreuung, Betrug, Dokumentenbetrug oder Urkundenfälschung. Die Urteile der Strafgerichte der „DDR“ in solchen Fällen, widersprechen in grober Weise rechtsstaatlichen Grundsätzen. Außerdem würden sie gegen den Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen verstoßen, der auch von der „DDR“ ratifiziert worden sei und jedem Menschen das Recht zugesichert, „ein Land, auch sein eigenes, freiwillig zu verlassen“.

## Hamburger SPD setzt auf wechselnde Mehrheiten. Dohnanyis Absage an GAL

Auf Landesparteitag Anträge des linken Flügels abgelehnt / Brandt sorgt sich um Frauen-Stimmen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg  
Hamburgs SPD will ihren Weg weiterhin allein gehen, der Minderheitsrat soll versuchen, mit wechselnden Mehrheiten die politischen Vorstellungen des Wahlverlierers vom 9. November 1986 durchzusetzen. „Auch wenn wir schwarz-grün verprügelt werden“, wie Fraktionschef Henning Voscherau beim SPD-Landesparteitag realitätsbewußt den schwierigen Kurs von Senat und Bürgerschaftsfraktion beschrieb. Er warnte ebenso vor einer Großen Koalition mit der CDU wie vor einer Tolerierungsvereinbarung mit der GAL – wer ein solches Abkommen schließe, ruiniere die Glaubwürdigkeit der Partei. Der streitbare Jurist fügte hinzu, GAL-Politiker wie Trumpert und Ebermann wollen die SPD zerstören – das sind ihre wahren Ziele.

### „Millimeter“-Ablehnung

Der Landesvorstand setzte sich nicht zuletzt dank Voscheraus vehementer Rede – mit großer Mehrheit gegenüber Vorständen des linken Parteiflügels durch, die auf Tolerierungsgespräche oder sogar ein förmliches

Koalitionsabkommen mit den Grünen abzielten. Ihr Sprecher, der Altonaer Kreisvorsitzende Walter Zuckerr, sagte an die Adresse von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: „Es geht nicht um Millimeter, es geht um Mehrheiten.“ In einer Koalition müsse die GAL beweisen, ob sie bereit sei, „Faktor in der Politik der Bundesrepublik zu sein“.

Doch Dohnanyi blieb bei seiner „Millimeter“-Ablehnung der Grünen. Einmal, weil die GAL die Bundesrepublik nicht als „ihren Staat“ betrachte; zum zweiten, weil die Partei sich lebensnotwendigen Entscheidungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Hansestadt versage. Der Bürgermeister stellte fest: „Wenn die GAL diesen Staat als ihren Staat sieht, sich von jeder Gewalt lossagt und in Fragen der Wirtschaft einen programmatisch orientierten Kurs einschlägt, dann erst dann kann sie ein Partner für die Gestaltung der Zukunft unserer Stadt sein.“

Bei ihm hätten – so sagte SPD-Vorsitzender Willy Brandt – bei seinem ersten Hamburger Parteitag auftritt sei mehr als fünf Jahren – ob des GAL-Wahlerfolgs „die Alarmglocken geschallt“. Ausgelöst vor allem durch

das veränderte Wahlverhalten der jungen Frauen, denen die SPD in den sechziger und siebziger Jahren ihren bundesweiten Aufstieg verdankt habe. Daß der Zuwachs bei den Grünen vor allem durch diese Wählergruppe ausgelöst worden sei, stimme ihn besorgt.

### „Aus dem Tal heraus“

Erleichtert fügte Brandt hinzu: „Ein entsprechender Trend im Bundesparlament ist für uns nicht erkennbar.“ Der Parteichef forderte die Delegierten auf, sich mit den Grünen inhaltlich stärker auseinanderzusetzen. Auf Bundesebene könne die Partei wegen ihrer „unverantwortlichen Politik“ kein Partner sein. Brandt begründete das mit den Worten: „Wer unser Land aus dem westlichen Bündnis herauslösen will, der mindert den Einfluß der Bundesrepublik in West und Ost und der schafft nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für die Menschen.“ Den deprimierten hanseatischen Genossen sprach der Bonner Gast für den zweiten Wahltag am 25. Januar 1987 Mut zu, als er sagte: „Ich denke, wir sind schon aus dem Tal heraus.“

## Kohl erinnert DGB an das Gesamtwohl

„Interessenvertretung eingebunden in Interesse des Ganzen“ / Veranstaltung der Sozialausschüsse

GÜNTHER BADING, Bonn  
Bundeskanzler Helmut Kohl hofft auf eine „Normalisierung“ des Verhältnisses zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nach der Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Bei einer Wahlkampfveranstaltung der Sozialausschüsse (CDA) in Stuttgart sagte der Kanzler am Wochenende: „Nach dem 25. Januar, wenn die Wahl vorbei ist und der Rauch der Schlichtungen des Wahlkampfes abgezogen ist, hoffe ich, daß wir zur Normalität im Umgang miteinander zurückkehren.“

Der Kanzler erinnerte den DGB an seine Verantwortung für das Gesamtwohl unseres Landes. Interessenvertretung habe er für eine legitime Sache. Sie müsse aber stets „eingebunden sein in das Interesse des Ganzen“. Indirekt warf der Regierungschef dem DGB vor, dieses Gesamtinteresse aus den Augen verloren zu haben. Kohl erinnerte an die Anfangsjahre des DGB nach dem Krieg, als Christdemokraten wie Sozialdemokraten gleichermaßen tonange-

bend im Gewerkschaftsbund gewesen waren. Er sei sich bewußt, daß er für die Mehrheit der Personen in der Führung des DGB „nicht der Kanzler der ersten Wahl“ sei. Das liege nun einmal daran, daß die Mehrzahl der Funktionäre Zeit ihres politischen Lebens auch Mitglieder der SPD seien. „Das respektiere ich auch“, sagte Kohl. „Was ich aber nicht respektiere, ist, wenn Teile der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes so tun, als stünden sie anstelle des Staates, des Parlamentes und der Regierung.“ Das „politische Sagen“ habe in unserer Republik der Wähler als oberster Souverän. So wichtig Interessengruppen auch seien, so müsse doch die politische Entscheidung bei Parlament und Regierung bleiben. Aufmärsche und Kundgebungen der Gewerkschaften auf Straßen und Plätzen dürften sich diese Rolle nicht anmaßen.

Kohl nahm mit Blick auf die zahlreichen jetzt beginnenden Tarifverhandlungen für 1987 grundsätzlich zur Tarif-

autonomie Stellung. In der Vergangenheit hätten DGB-Funktionäre dem Kanzler wegen seiner Gegnerschaft zur 35-Stunden-Woche ein gestörtes Verhältnis zur Verhandlungsfreiheit der Tarifpartner vorgeworfen. Unmißverständlich sprach sich der Kanzler in Stuttgart für einen staatsfreien Raum bei der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Tarifpartnern aus. Dieses System habe sich „in den vergangenen Jahrzehnten in großartiger Weise bewährt als tragende Säule der sozialen Marktwirtschaft“.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm betonte auf derselben Veranstaltung, für die Arbeitnehmer gäbe es „nichts Schlimmeres“ als ein rotes „X“ in der Bilanz. Es sei zu hoffen, daß die SPD nicht diesem „Chaotenhaufen“ in die Hände falle. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sprach sich für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP nach der Bundestagswahl aus, auch wenn sie keine „Liebeskoalition“ sei.

## Bei Grünen „Widerspruch zum Christentum“

dpa, Bad Segeberg

Ein „Grundwiderspruch zum christlichen Menschenbild“ ist den Grünen in der Frage des Schutzes des Lebens auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Nordelbien in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) vorgehalten worden. Siegfried Scharrer, Studienleiter der Akademie, warf gestern bei der abschließenden Podiumsdiskussion der Tagung „Grüne und Religion“ der Partei zunächst einen „zentralen inneren Widerspruch im Programm“ vor: „Einerseits wird der Schutz des Lebens behauptet, andererseits die ersatzlose Streichung von Paragraph 218 des Strafgesetzbuches gefordert“. Scharrer sieht in dem Eintreten für das Recht einer Frau zum Töten ungeborenen Lebens auch einen Widerspruch zu dem „Grundsatz der Gewaltfreiheit“.

Verschärft sind für den Theologen diese Widersprüche noch dadurch, daß die Grünen – zu recht, wie er betonte – das völlige Verbot von Experimenten an Embryonen fordern. „Einerseits wird eine rechtliche Verschärfung des Schutzes von Embryonen gefordert, andererseits eine rechtliche Freigabe, die nicht nur Experimente, sondern „Töten“ impliziert“, sagte Scharrer. Zu dem von ihm festgestellten „Grundwiderspruch zum christlichen Menschenbild“ nannte er als das „Hauptproblem“ den Begriff der „Selbstbestimmung“. Christlich sei die freiwillige Bindung an ein Menschenbild, das den Schutz gerade der Schwachen und Unmündigen einschließe. „Kein ungeborenes Kind darf als Mittel zum Zweck auf dem Weg der Selbstbestimmung geopfert werden“, fügte er hinzu.

Ein Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Christen bei den Grünen“, Peter Jensen (Holsbittel/Schleswig-Holstein), hielt dem entgegen, daß es „einen anderen Weg“ zum Schutz des ungeborenen Lebens als den Paragraphen 218 geben müsse. Die Christen sollten das Strafrecht überflüssig machen. Es gelte, ein „soziales Klima zu schaffen, um Kinder aufzuwachsen zu lassen“, sagte Jensen.

Pastor Winfried Holfeld (Kiel), Beauftragter für Umweltfragen der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, antwortete auf die Podiumsfrage „Sind die Grünen für Christen unwählbar?“, daß diese Partei für Christen ebenso wählbar sei wie die anderen Parteien. Die Kirche müsse sich parteipolitisch neutral verhalten.

## „Wir sind Opfer enormen Zeitdrucks geworden“

Gerster zieht kritische Bilanz der Arbeit des NH-Ausschusses

DIETHART GOOS, Bonn  
Schwere Anschuldigungen gegen das Management der Neuen Heimat und der Finanzholding BGAG hat der Obmann von CDU und CSU im Untersuchungsausschuß, Johannes Gerster, erhoben. In einem Gespräch mit der WELT zog der Unionspolitiker eine kritische Bilanz der mehrmonatigen parlamentarischen Ermittlungen, die kurz vor dem Abschluß stehen.

So hat sich nach Darstellung Gersters die immer wieder von Gewerkschaftsseite vorgebrachte Behauptung als unwahr erwiesen, nur die frühere Geschäftsleitung der Neuen Heimat und der BGAG sei für den Niedergang des Wohnungsbaukonzerns verantwortlich und habe jahrelang den mit höchsten Gewerkschaftsfunktionären besetzten BGAG-Aufsichtsrat hinter das Licht geführt. „Die Gewerkschaftsführer, das haben unsere Untersuchungen bewiesen, waren in das Geschehen um die Neue Heimat voll einbezogen und haben alle Entscheidungen mitgetragen.“ Auch nach Aufdeckung des Neue Heimat-Skandals Anfang 1982 sei nichts zur Gesundung des schwer angeschlagenen Wohnungsbauimperiums getan worden. Vielmehr habe die Neue Heimat auch weiterhin als „finanzieller Reservetank“ im Verbund der gemeinwirtschaftlichen DGB-Unternehmen erhalten müssen.

Zudem habe die Gewerkschaft das Interesse, die Neue Heimat wirklich zu sanieren, voll auf die privatwirtschaftlich organisierte Neue Heimat-Städtebau mit ihrem weltweiten Engagement konzentriert. Die gemeinwirtschaftliche Neue Heimat mit ih-

ren fast zwei Millionen Sozial Mietern sei dagegen finanziell ausgebeutet und als unnötiger Ballast schließlich dem Konkurs preisgegeben worden.

Auch die eigene Tätigkeit des Untersuchungsausschusses sieht der CDU-Politiker Gerster durchaus kritisch. Zwar habe man aus der Ermittlungstätigkeit genügend Erkenntnisse sammeln können, um dem Bundestag auftragsgemäß Vorschläge zur Novellierung wichtiger wohnungspolitischer Gesetze machen zu können. Gerster fügte hinzu: „Uns ist aber die volle Ausleuchtung des Skandals um die Neue Heimat nicht gelungen, weil wir Opfer des gewaltigen Zeitdrucks geworden sind, rechtzeitig vor der Bundestagswahl unseren Abschlußbericht vorlegen zu müssen.“

Die strengen Auflagen des Bundesverfassungsgerichts haben die Arbeit des Untersuchungsausschusses, wie Gerster meint, nicht erleichtert. „Was wegen der von Karlsruhe auferlegten Geheimhaltungspflicht nicht öffentlich aufgedeckt werden kann, sind die überaus aufschlußreichen Transaktionen der BGAG mit dem gewerkschaftseigenen Versicherungskonzern Volksfürsorge und dem Beamten-Heimstättenwerk, das je zur Hälfte dem DGB und dem Deutschen Beamtenbund gehört.“

Morgen wird der DGB-Vorsitzende Ernst Breit zum drittenmal als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen. Auf der Sitzung geht es unter anderem, wie Gerster sagte, um den Fragenkomplex der Veräußerung der Neuen Heimat, ihren Rückkauf und die finanziellen Transaktionen zwischen BGAG, Volksfürsorge und Beamten-Heimstättenwerk.“

## Bürgermeister von Kalkar verläßt SPD

dpa, Kalkar

Der stellvertretende Bürgermeister der durch den Schnellen Brüter bundesweit bekannt gewordenen kleinen niederrheinischen Stadt Kalkar, Helmut Runge, ist aus der SPD ausgetreten. Zugleich legte er sein Mandat und Bürgermeisteramt nieder. Der SPD-Politiker begründete seinen Schritt mit der veränderten Energiepolitik seiner Partei. Einer ideologischen Funktionärskaste „sei es immer mehr gelungen, von den bewährten Grundsätzen und Zielen abzuweichen, die die SPD als große demokratische Volkspartei prägen“, erklärte er.

## Bonn: Sportvereine müssen umdenken

dpa, Bergisch Gladbach

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, hat die fast 63 000 Sportvereine aufgefordert, sich auf neue sportliche Trends wie Bodybuilding und Fitnesstraining einzustellen. Der zunehmende „Wunsch nach Wohlbefinden, Spaß und Bodystyling“ könne inzwischen losgelöst von traditionellen Sportlebens verknüpft werden, sagte Waffenschmidt auf einem sportpolitischen Kongreß der nordrhein-westfälischen CDU in Bergisch-Gladbach. Die Sportvereine müßten die neue Entwicklung auffangen.

## Kein Wahlfieber bei Deutschen im Ausland

FRANZ KADELL, Bonn

Deutsche Staatsbürger im Ausland dürfen erstmals an einer Bundestagswahl teilnehmen – aber sie wollen offenbar nicht so recht. Nur etwa zehn Prozent der rund 500 000 im Ausland lebenden Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland haben bisher ihre Wahlunterlagen beantragt. Dabei drängt die Zeit. Bis zum 4. Januar, wenn hierzulande die „heiße Phase“ des Wahlkampfes erst beginnt, müssen ihre Stimmzettel bei der früheren Heimatgemeinde bereits eingegangen sein.

Jeder, der nach Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai 1949) mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik oder in West-Berlin gelebt hat und nicht schon länger als zehn Jahre im Ausland lebt, darf wählen. Allerdings können sich unerwartete Schwierigkeiten einstellen. Die Schweiz, Musterland der Demokratie, erlaubt keine Stimmabgabe von ihrem Territorium aus, weil sie darin die Ausübung von Hoheitsrechten eines anderen Staates sieht. Deutsche in der Schweiz müssen über die Grenze fahren und ihren Wahlbrief in einen deutschen Postkasten werfen – oder sie schlagen den Eidgenossen ein Schnippen und stecken die Wahlunterlagen einfach in einen neutralen Umschlag.

Solch kleine Tricks nützen den 12 000 Deutschen, die mit einem Paß der Bundesrepublik in die „DDR“ leben, freilich nicht viel. Es handelt sich bei ihnen zumeist um ältere Menschen, die zu Angehörigen in der „DDR“ gezogen sind, aber drüben doch gern ihre „West-Rente“ weiterbezahlen möchten.

Unmöglich ist die Wahrnehmung des Wahlrechts für Inhaber einer doppelten Staatsbürgerschaft, wenn ein Paß von einem kommunistischen Staat ausgestellt ist. So darf jemand, der sowohl die deutsche als auch die rumänische oder jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzt, nicht wählen. Wer dagegen sowohl die deutsche als auch italienische Staatsbürgerschaft besitzt und in Rumänien wohnt, darf mitstimmen.

In Bulgarien gibt es ganze 35 wahlberechtigte Deutsche; in Rumänien sind es 500, in Jugoslawien immerhin 2400. Das Gros entfällt auf die westeuropäischen Staaten, voran Frankreich mit 48 000 Wahlberechtigten, gefolgt von der Schweiz mit 41 000, Italien und Belgien mit je 38 000 und Großbritannien mit 31 000. In den USA dürfen 31 000 Deutsche wählen.

Das Auswärtige Amt möchte den Wahlberechtigten im Ausland in den verbleibenden Tagen noch auf die Sprünge helfen. Faltblätter des Bundespressamtes liegen in Goethe-Instituten, Bibliotheken, deutschen Firmen und Schulen aus. Anzeigen werden in großen Tageszeitungen und deutschsprachigen Publikationen veröffentlicht. Außerdem schickt die Deutsche Welle Wahlendungen über den Äther. In Kanada, wo es ein deutsches Fernsehprogramm gibt, werden Videofilme übertragen, in denen das Wahlverfahren erläutert wird.

## „DDR“ erschwert Zugang am Berliner Grenzübergang

hdk, Berlin  
Nach möglichst unauffälligen nächtlichen Bauarbeiten hat Ost-Berlin jetzt den Zugang zu den Abfertigungsanlagen am Ausländer-Übergang „Checkpoint Charlie“ mitten in der Stadt erschwert. Offenbar als Reaktion auf einen Kieslaster-Durchbruch am 29. August und nach Protestaktionen Dutzender westlicher Demonstranten, die am 13. August 1981 bis auf Ost-Berliner Gebiet vorzudringen konnten, werden nun zusätzliche Schranken montiert.

Bisher lag zwischen dem weißen Grenzstreifen zwischen Ost und West, auf dem Ronald Reagan 1982 stand, und den eigentlichen Zugangstoren ein rund 50 Meter langes „Niemandland“. Jetzt werden die Zugänge nach Ost-Berlin wesentlich näher an die eigentliche Demarkationslinie gerückt.

Zöllner berichteten der WELT, die andere Seite habe Sockel für neue Schlagbäume in beiden Fahrtrichtungen einbetoniert. Außerdem wurden neue Fußgänger-Schleusen aus verzinkt angeordneten Stahlbügeln angebracht, die Passanten zu einem Zick-Zack-Kurs zwingen.

Die neuen Sperranlagen verengen die Einfahrt zur Ost-Berliner Kontrollstelle und stellen für etwaige Flüchtlinge ein bislang nicht vorhandenes letztes Hindernis – zwei Meter vor dem Grenzstreich – dar. Die Fahrsperren für den Ein- und Ausreiseverkehr können getrennt geschlossen oder geöffnet werden.

Fußgänger sind gezwungen, in einer bestimmten Richtung auf die Kontrollbaracken zuzugehen. Durch die neuen Anlagen wird außerdem verhindert, daß West-Berliner auf Ost-Berliner Gebiet laufen und dort, wie am 25. Jahrestag des 13. August geschehen, einen Fahnenmast mit der Hammer-und-Zirkel-Fahne niederreißen. Die Senatskanzlei konnte auf Anfrage keinerlei Einzelheiten der Arbeiten nennen. Ein Sprecher betonte, der Zugang zum Kontrollpunkt werde nicht behindert.

# Frieden und Freiheit gehören zusammen.

Wirklichen Frieden gibt es nicht ohne Freiheit und Achtung der Menschenrechte. Dazu brauchen wir das Bündnis. Wir haben es wieder gefestigt: Mit der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses. Ohne diese klare Politik gäbe es keine neuen Abrüstungsverhandlungen, hätten die beiden Gipfeltreffen von Genf und Reykjavik nicht stattgefunden. Wir wollen, daß die Gespräche über die Abrüstung fortgesetzt werden und zu einer deutlichen Verringerung aller Waffensysteme auf beiden Seiten führen.

Informieren Sie sich über unsere Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik. Postkarte genügt. Wir antworten sofort. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1





n Wahlfieber  
Deutschen  
Ausland

## Vietnam auf der Suche nach mehr Pragmatismus

Vor dem Parteitag in Hanoi / Isolation und Selbstkritik

**JOCHEN HEHN, Hongkong**  
Nach Beendigung des Krieges vor elf Jahren genöß Vietnam großes Ansehen bei seinen Freunden und Respekt bei seinen Feinden. Heute steht das Land vor einem wirtschaftlichen Chaos. Seine herrschende kommunistische Partei ist gespalten und außenpolitisch findet es sich weitestgehend isoliert.

Dem VI. Parteikongreß der am heutigen Montag in Hanoi beginnt, sind damit die Themen eigentlich schon vorgegeben. In der außergewöhnlich langen Vorbereitungsphase auf den Kongreß zeichneten sich tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei darüber ab, auf welche Weise die Krisen bewältigt werden können und sollen.

Kompliziert wurde die innerparteiliche Diskussion noch durch den Tod von Parteichef Le Duan im Juli dieses Jahres. Als Troung Chinh, der 79 Jahre alte Parteideologe dann die Parteiführung antrat, war die Auseinandersetzung zwischen dem pragmatischen Reformflügel und den orthodoxen Parteipolitikern gerade in voller Schärfe entbrannt.

In den letzten Wochen nun waren deutliche Anzeichen dafür erkennbar, daß die pragmatische Richtung auf dem Kongreß sowohl in sachlichen als auch in personellen Fragen die Oberhand gewinnen wird.

### Den Privatsektor fördern

Troung Chinh selbst hatte im Oktober in einer schonungslosen Selbstkritik den ersten konkreten Hinweis darauf gegeben, als er freimütig die Niederlage der Parteiführung in ihrem Kampf gegen die galoppierende Inflation, die wachsende Korruption und den chronischen Mangel an Versorgungsgütern eingestand. „Wir haben es nicht geschafft, effektive Maßnahmen zu treffen“, zog Troung Chinh nüchtern Bilanz und erklärte, daß ein Ausweg aus der verfahrenen Situation nur durch eine wirkliche Erneuerung des Denkens und Handelns gefunden werden könne.

Troung Chinh nahm damit eindeutig für die Pragmatiker in der Partei Stellung, die eine Gesundung des maulen Wirtschaftssystems vor allem in einer Dezentralisierung des Managements, in Gewinnanreizen für die Arbeitnehmer und in einem größeren

Spielraum für den Privatsektor sehen. Als Wortführer des reformistischen Flügels gelten das Politbüro-Mitglied Nguyen Van Linh, Vizeministerpräsident Vo Chi Cong und der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission Vo Van Kiet.

Lin, der auch als aussichtsreicher Anwärter für die Nachfolge von Troung Chinh gilt, erklärte kürzlich, daß die Partei sich nicht länger in politischer Rhetorik üben dürfe, sondern umgehend konkrete Reformen beschließen müsse, wolle sie das Vertrauen der unzufriedenen Bevölkerung nicht vollends verlieren.

### Hundert Prozent Inflation

Das 70-Millionen-Volk leidet vor allem unter der hohen Inflationsrate, die derzeit über hundert Prozent beträgt. Das Magazin „Dai Doan Ket“ schrieb dazu, daß angesichts der tagtäglich steigenden Preise für wichtige Versorgungsgüter die meisten der städtischen Einwohner gezwungen seien, zwei oder gar drei Berufen nachzugehen. Am härtesten betroffen sind die öffentlichen Bediensteten, die monatlich nur 400 Dong (etwa 10 Mark) verdienen, die auf dem blühenden Schwarzmarkt aber gerade noch zwei Mark wert sind.

Ein zentrales Thema auf dem Parteikongreß wird auch die Außenpolitik sein. Vietnam führt seit acht Jahren Krieg in Kambodscha und ist dadurch sowohl vom Westen als auch von seinem mächtigen Nachbarn China isoliert.

Auf der anderen Seite ist Hanoi in eine starke wirtschaftliche und militärisch-außenpolitische Abhängigkeit von Moskau geraten, das jährlich über zwei Milliarden Mark an Finanzhilfe nach Vietnam pumpet. Die westlichen Staaten wie auch China machen ein wirtschaftliches Engagement in Vietnam von einem vollständigen Rückzug der rund 140 000 in Kambodscha stationierten vietnamesischen Soldaten abhängig.

Die Annäherung zwischen Moskau und Peking wird deshalb in Hanoi durchaus nicht nur mit Mißtrauen gesehen. Ein Teil der vietnamesischen Führung um den „pro-chinesischen“ Troung Chinh verbindet damit Hoffnungen auf eine Versöhnungspolitik mit der Volksrepublik China.

## Asylanten-Ströme verlagern sich

Mehr Bewerber denn je / Europäische Lösung nicht in Sicht / Fremden-Furcht in der Schweiz

ALFRED ZÄNKER, Genf

Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik zur Bewältigung des Asylantenproblems ist noch nicht in Sicht. Dazu gehen die nationalen Interessen zu weit auseinander, auch wenn alle betroffenen Länder sich heute um eine engere Zusammenarbeit durch vermehrten Austausch von Informationen und eine gewisse Abstimmung ihrer Politik bemühen. Zu diesem Schluß kommt Peter Arbenz, der im Schweizer Justiz- und Polizeidepartement zuständige „Delegierte für Flüchtlingsfragen“.

Bei den jüngsten internationalen Gesprächen in Genf hat sich, so Arbenz, wieder gezeigt, daß alle europäischen Länder vor den gleichen Schwierigkeiten stehen. Alle klagen über die übermäßige Belastung ihrer Behörden durch den massiven Zustrom von „Wirtschaftsflüchtlings“ aus der Dritten Welt, die gar kein politisches Asyl beanspruchen können und über die steigenden Kosten. In diesem Jahr dürften fast 200 000 Asylanten nach Westeuropa kommen, mehr denn je.

Inzwischen haben auch alle Staaten „defensive“ oder „abschreckende“ Maßnahmen ergriffen, von der Visumpflicht bis zur Abweisung an der Grenze. Das führt, wie Arbenz betont, aber nur dazu, daß man seine eigenen Probleme in die Nachbarländer „exportiert“. So verschiebt sich der Flüchtlingsstrom von den restriktiven in die noch relativ liberalen Länder.

Die wohlorganisierten Schlepperorganisationen und ihre „Anwälte“ in den Gaststaaten finden auch immer wieder Mittel und Wege, um Restriktionen zu unterlaufen. So haben jetzt die neuen Bestimmungen für Transitzentren über Ost-Berlin, die nur noch Ausländern mit Sichtvermerken für die Bundesrepublik und andere Zielländer die Durchreise gestatten, die drastischen Maßnahmen Dänemarks und die zunehmend restriktive Haltung Schwedens zu einem Wiederanstieg des Flüchtlingsstroms in der Schweiz geführt, obwohl auch hier der Zuzug von Asylanten erschwert wird.

Im ersten Halbjahr waren die neuen Asylantenbesuche in der Schweiz um rund ein Drittel gesunken. Nach starker Zunahme in den letzten Monaten wird nun für 1986 jedoch nur mit einem Rückgang um 10 bis 15 Prozent auf 8000 bis 9000 gerechnet. 90 Prozent kommen immer noch illegal, unter ihnen jetzt vor allem mehr Türken. Viele benutzen die Fähre von Iznir nach Venedig und kommen dann mit Schlepperhilfe über die „grüne Grenze“ in die Schweiz.

Immer noch stauen sich 19 000 unentschiedene Fälle auf. Dabei haben in der Schweiz in letzter Zeit nur 12 Prozent aller Ankömmlinge Asyl erhalten. Die höchste Anerkennungsquote von 75 Prozent wird bei den

Afghanen ausgewiesen. Bei den Osteuropäern erreicht sie 30 bis 35, bei den Türken nur 10, den Tamilen fünf und bei den Flüchtlingen aus Zaire nur ein Prozent. Vielen der abgewiesenen Asylanten wird allerdings ein Aufschub gewährt.

Insgesamt zählt die Schweiz heute 33 000 anerkannte Flüchtlinge. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesem Land bereits 950 000 Ausländer leben. Das sind 14,5 Prozent der Wohnbevölkerung, weit mehr als in der Bundesrepublik. Die Furcht vor „Überfremdung“ räumt daher wieder zu und droht fremdenfeindlichen Gruppen neuen Auftrieb zu geben. „Staatspolitisches Hauptziel“ muß es sein, die Ausländerzahl zu stabilisieren und zu verhindern, daß diese Bemühungen durch einen anhaltenden Zustrom von schwer zu integrierenden Asylanten aus der Dritten Welt unterlaufen wird, heißt es in Bern.

Regierung und Parlament haben deshalb beschlossen, das bisher noch relativ liberale Asylgesetz zu verschärfen. Um Schleppern die Arbeit zu erschweren, sollen Asylbewerber künftig nur noch an sechs Aufnahmestellen – sogenannten „Grenzorten“ – ihre Anträge stellen können und bis zum Entscheid zunächst ohne Arbeitsbewilligung in Lagern untergebracht werden. Die Bundesregierung wird auch ermächtigt, bei plötzlichem Answellen des Zustroms drastische Notmaßnahmen zu ergreifen.

## Den Haag erlaubt U-Boot-Bau für Riad

Exportgenehmigung für Rotterdamer Werft / Es geht um einen Drei-Milliarden-Auftrag

HELMUT HETZEL, Den Haag

Die Rotterdamer Werft RDM erhielt von der christlich-liberalen Haager Regierungskoalition am Wochenende eine Exportgenehmigung und damit grünes Licht für die mögliche Lieferung von sechs bis acht U-Booten der „Walrus-Klasse“ an Saudi-Arabien. Mit dieser frühzeitigen und positiven Entscheidung manövrierten sich die Niederlande gegenüber den um diesen Auftrag mitkonkurrierenden anderen europäischen Ländern in eine günstige Ausgangsposition für die noch zu plzierende saudische U-Boot-Order.

Bei dem U-Boot-Geschäft geht es um ein Volumen von rund 3,7 Milliarden Gulden (etwa 3,3 Milliarden Mark) sowie um zahlreiche Folgeaufträge zur Modernisierung saudischer

Hafenanlagen. „Bei diesem Projekt“, so hieß es in Holland, „können 2000 Facharbeiter acht Jahre lang beschäftigt werden.“

Der christdemokratische Premierminister Ruud Lubbers sagte in einem Fernseh-Interview, er sehe die Sicherheitsinteressen Israels „keineswegs gefährdet“, wenn die U-Boote an Riad geliefert werden sollten. Auch sei das Kabinett der Meinung, daß Saudi-Arabien im Nahen Osten eine „Ordnungsfunktion“ erfülle und daher „eher einen stabilisierenden Einfluß“ in der Region ausübe. Lubbers zeigte sich überzeugt davon, daß – sollte Holland den Auftrag aus Riad erhalten – das Verhältnis zu Israel dadurch keineswegs getrübt werde.

„Sicher wird man in Jerusalem nicht jubeln. Aber ansonsten befürchte ich keinerlei Konsequenzen.“

Als Hauptkonkurrenten bei diesem U-Boot-Geschäft sehen die Niederländer in erster Linie deutsche und französische Werften an. Aber auch britische und italienische Schiffsbauer signalisierten bereits großes Interesse an dem saudischen Auftrag.

Da die Rotterdamer RDM nun heute den Saudis ihr Angebot unterbreiten will und bereits als erste Werft über die entsprechende Exportgenehmigung der Regierung verfügt, hofft man in Rotterdam, nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ den Milliardenauftrag auch definitiv ergattern zu können.

## In Managua ist die Lage eher ruhig und entspannt

WERNER THOMAS, Managua

Eine Woche nach dem bisher schwersten Grenzkonflikt zwischen Nicaragua und Honduras wirkt Managua ruhig. Die sandinistische Volksarmee (EPS) ließ nicht, wie bei ähnlichen Anlässen der Vergangenheit, Panzer auffahren. Die Bevölkerung mußte keine Schützengraben ausheben. Präsident Ortega verbreitete keine Invasionspanik, obgleich er der Reagan-Regierung weiterhin Einmarschabsichten unterstellt. Jetzt soll erst mal ein Manöver stattfinden.

### Folge von „Contra-gate“

Die Sandinisten haben bis heute nicht die honduranischen Vorwürfe einer Grenzverletzung mit mehr als 2000 Soldaten bestätigt. Sie prangerten lediglich Luftangriffe auf die Gemeinde Wiwili und die Region Las Congoja an, für die sie die Vereinigten Staaten verantwortlich machten. Am Freitag wurde jedoch zum ersten Mal eine andere Version in den beiden einzigen Zeitungen der Nation veröffentlicht, der „Barricada“ und dem „Nuevo Diario“. Sie stammte vom honduranischen Botschafter. Das Kommuniqué konzedierte den Einsatz der Luftwaffen, betonte aber, es hätten keine Bombardements nicaraguanischen Gebietes stattgefunden. „Honduras verlangt lediglich den Rückzug von honduranischem Territorium. Wenn das nicht freiwillig geschieht, ist Gewalt notwendig.“ Die „Barricada“ vertrat in einem Vorwort die Meinung, der Text unterschläge Fakten.

Diplomatische Analytiker führen die im Vergleich zu anderen Krisen relativ gelassene Reaktion der sandinistischen Regierung auf die turbulenten Ereignisse in Washington zurück. Die Iran-Affäre, die auch das Schicksal der Contra-Rebellen (der „Nuevo Diario“ spricht von „Contra-gate“) entscheiden kann, habe einen Stimmungsumschwung bewirkt. Kaum jemand glaube noch an eine militärische Intervention der USA. „Da die Contras diesen Krieg nicht gewinnen werden, bleiben die Sandinisten an der Macht“, erklärt einer dieser Beobachter.

Die veränderte Atmosphäre ist spürbar. Selbst Regimegegner stellen sich auf die neue Situation ein. „Nun muß ich wohl verschwinden“, sagt ein Unternehmer. Es wird darüber getratscht, ob die Comandantes nun den Revolutionsprozeß verschärfen

oder die Zügel lockern. Niemand weiß eine Antwort.

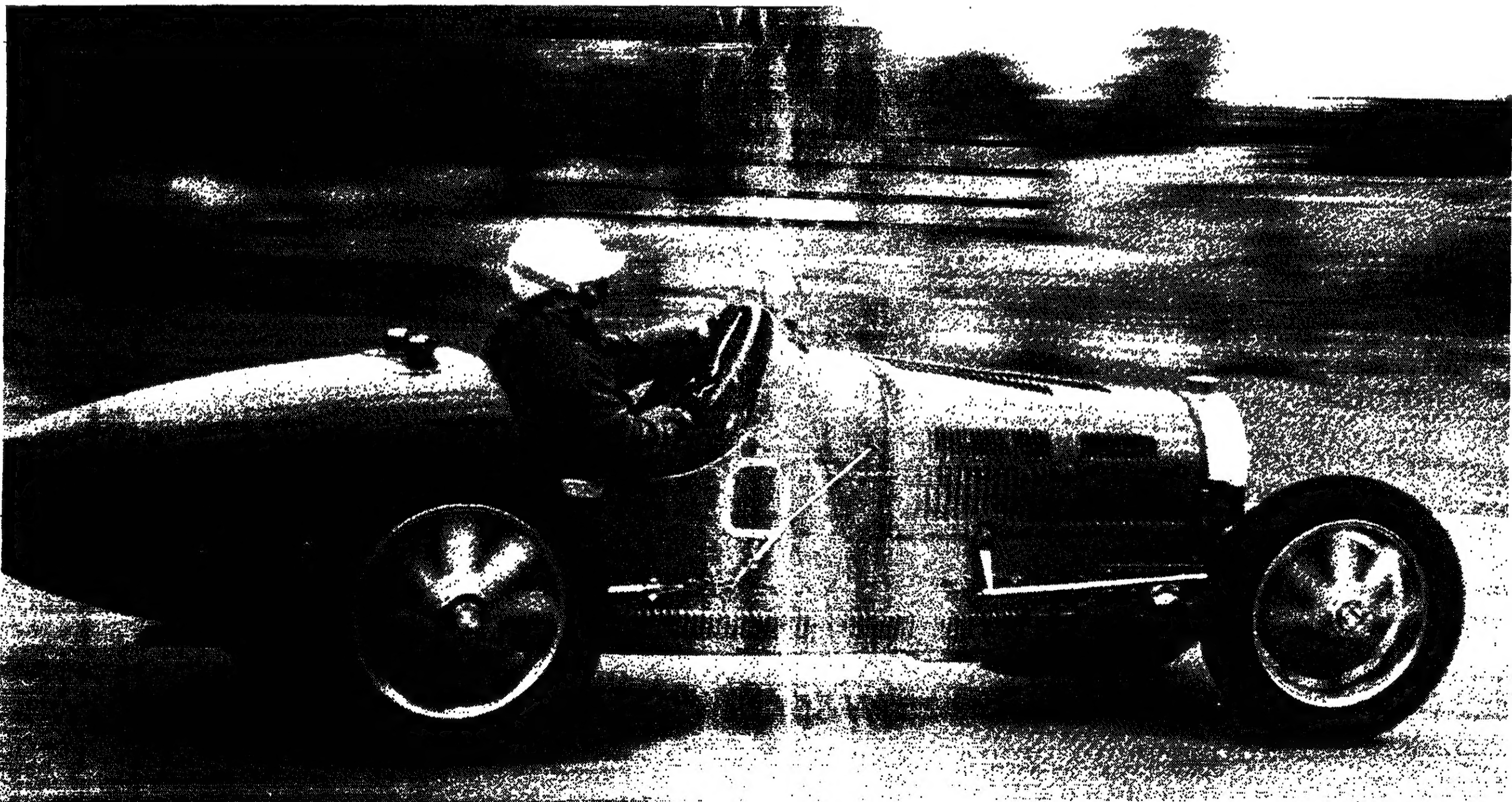
Selbst das Straßenbild wirkt friedlicher. Es sind nicht mehr so viele Militärfahrzeuge und Uniformträger zu sehen. Nur noch wenige Transparente zeigen trotzige Soldaten. Der Slogan „No pasaran“ (sie werden nicht durchkommen, die Kontenrevolutionäre) ist nahezu verschwunden. Die Lösungen zum 25. Geburtstag der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront“ (FSLN) und zehnten Todestag Carlos Fonsecas, dem „Chefkommandanten“ der Revolution, dominieren die Poster.

Der vierjährige Guerrilla-Konflikt, der nach sandinistischen Angaben mehr als 13 000 Todesopfer forderte, hat Managua freilich kaum berührt. Keine Gefechte, keine Bombenanschläge. Die Regierung verhängte wohl den Ausnahmezustand. Die Straßenkontrollen blieben jedoch locker. Das Leben geht weiter.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen beschäftigten die Menschen weit mehr als die Aktivitäten der Contras. Auch letzte Woche, als die sandinistischen Medien die alarmierenden Meldungen über die Grenzzwischenfälle verbreiteten, hatte das Volk andere Sorgen. Zunächst stiegen die Milchpreise um 150 Prozent. Dann folgte das Spielzeug-Drama. Die Verteilung der „Juguetes“ zum Weihnachtsfest beherrscht die Gespräche in Managua, weil diese Operation die bisher längsten Schlangen und Wartezeiten verursachte. Vor dem „Supermercado del Pueblo“ (Supermarkt des Volkes) an der südlichen Ausfallstraße stauten sich die Leute kilometerweit. Die ersten standen bereits in der Nacht.

### Warten auf Spielzeug

Manche warteten bis zu zwölf Stunden in sengender Sonne, die sandinistische Volkspolizei sorgte für Ruhe und Ordnung. Die Geduldigen durften dann zwei Plastikspielzeuge aus Taiwan und Hongkong kaufen. Die „Barricada“ erinnert daran, daß viele Kinder leer ausgehen. Der „Nuevo Diario“ tröstet mit einem Blick in die Vergangenheit: Zu Somozas Zeiten hätten nur die reichen Eltern „Juguetes“ schenken können. Eine junge Frau fragt einen Fotografen, der sich als Deutscher aus der Bundesrepublik identifiziert: „Ist das bei euch auch so?“



WestLB-Festverzinsliche kann man jederzeit zu einem Bugatti machen.

Auch lukrativ für alle, die eigentlich mit ihrem Geld etwas anderes vorhaben: die Festverzinslichen der WestLB.  
Sie sind gut angelegtes Geld mit gesicherten Erträgen über die gesamte Laufzeit hinweg. Aber das ist nicht

alles. Ein anderer Vorteil: die kurzfristige Verfügbarkeit.  
In dem Moment, wo Sie Bargeld benötigen, können Sie unsere Papiere jederzeit zu einem marktgerechten Preis veräußern und den Bugatti kaufen.

Ein Beispiel, das für viele steht.  
Bis dahin jedoch empfiehlt sich Ihnen das breitgefächerte Angebot an Festverzinslichen, das wir als Landesbank von Nordrhein-Westfalen und Daueremittent zu bieten haben: Pfand-

briefe, Kommunalobligationen, Bankschuldverschreibungen, Zerobonds sowie Schuttscheine und Namensschuldverschreibungen.  
Mit unterschiedlichen Laufzeiten. Für Ihre ganz individuelle Anlage.

**WestLB**  
Die Bank Ihrer Initiativen.

Vierdeutsche Landesbank Girozentrale Düsseldorf, Münster  
Bilfeld, Dortmund, Essen, Köln, Frankfurt



Die Wahl in Hamburg, so sieht es der hessische Ministerpräsident Holger Börner, sei ein „heilsamer Schock“ für die Wähler der SPD gewesen. Deshalb hält er es „für denkbar“, daß die SPD

in Bonn aus der Bundestagswahl am 25. Januar als stärkste politische Kraft hervorgeht. Ein rot-grünes Bündnis wie es in Hessen mit dem Umweltminister Fischer praktiziert, schließt Bör-

ner für Bonn jedoch aus. Anders als in Hessen versuchten die Grünen auf Bundesebene Utopien nachzulaufen. Mit Holger Börner sprachen Manfred Schell und Dankwart Guratzsch.

## Börner: Hessen ist kein Modell für Bonn

Sie sind jetzt zehn Jahre Chef des Landes Hessen. Wenn Sie einmal Bilanz ziehen, was ist gelungen, was steht noch aus?

**Börner:** Wir haben es erreicht, die Rahmenbedingungen unseres Landes so zu gestalten, daß Hessen eines der wirtschaftsstärksten Länder der Bundesrepublik geworden ist, und die Schlüsselentscheidung meiner Amtszeit für diesen Weg war der Ausbau des Frankfurter Flughafens, den ich gegen härtesten Widerstand habe durchsetzen müssen. Wir haben darüber hinaus um bemüht, das Sozialstaatsrecht stärker in den Vordergrund zu stellen als andere Länder. Unsere Antwort zum Beispiel auf die Berufung der Jugend vor einigen Jahren war ein Programm zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen, was uns bis heute 250 Millionen Mark gekostet hat und was Tausende von Lehrstellen zusätzlich geschaffen hat.

Was steht noch aus?

**Börner:** Die Versöhnung zwischen Arbeit und Umwelt. Hessen ist ein Industrieland und soll es bleiben, und die wichtigste Industrie unseres Landes ist die chemische Industrie. Ich möchte sie nicht in ihren Wachstumschancen einschränken, aber ich glaube, daß sie sich stärker der Verantwortung für die Umwelt stellen muß, als das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Unsere Politik zielt in die Richtung, durch stärkere Auflagen, aber auch durch Veränderung von Gesetzen die Lehren aus Sandoz und ähnlichen Ereignissen zu ziehen.

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von stärkeren Auflagen. Es gab ja auch mal Änderungen, daß die Chemie in anderen Ländern einen Standort sucht.

**Börner:** Ich habe das für sehr töricht gehalten. Eine Standortentscheidung

**Herr Fischer hat eine sehr realistische Haltung zu den Dingen, um die es geht. Mit fundamentalistischen Sprüchen sind die Probleme der Industriegesellschaft nicht zu lösen.**

ist eine Entscheidung für Jahrzehnte und nicht abhängig von irgendeiner Regierungsumsetzung in einer Legislaturperiode. Ich kann die Industrie nur warnen, solche Gedanken weiter zu verfolgen, und ich sage auch, es war ja nicht „die“ Industrie, es waren einige, die hier so schrille Töne gehabt haben, und mittlerweile ist die Diskussion sehr weit verschieben.

Trotzdem stellt sich natürlich die Frage, worin unterscheidet sich die Politik des Ministers Fischer von der seiner sozialdemokratischen Amtsvorgänger? Ist das eine Kontinuität?

**Börner:** Richtig ist, daß Herr Fischer es zur Zeit mit Problemen zu tun hat, die nicht in dem Jahr seiner Tätigkeit entstanden sind. Herr Fischer verwaltet heute das Erbe, das ihm die chemische Industrie unseres Landes hinterlassen hat.

Aber doch auch die sozialdemokratischen Amtsvorgänger.

**Börner:** Nein, ich würde es nicht so sehen. Es ist weder ein parteipolitisches Problem noch ein Problem eines bestimmten Ministers, sondern es ist eine Erblast aus einer Zeit, wo man geglaubt hat, Gewinne sind für die Aktionäre da, und den Müll wird der Staat schon irgendwo beseitigen.

Trotzdem haben Sie ja in einem konkreten Fall schon einmal eingegriffen, als die Biotonne zur Rückgewinnung ihres Hatten Sie die Umweltpolitik Ihres Ministers Fischer für überzogen?

**Börner:** Es war eine gute Idee, den organischen Müll zu trennen und zu kompostieren. Ich habe nicht eingegriffen, sondern weil der Bundesumweltminister ein Gesetz gemacht hat, das den Ländern keinen Spielraum mehr für solche eigenen Wege gestattet. Ich bedaure das. Herr Wallmann hat hier eine Bringschuld an die Gemeinden, möglichst bald zu sagen, wie er sich die Abfallverwertung vorstellt und wieweit die Bundesregierung hier auch in die Haftung für ihre eigenen politischen Wege geht.

Als Ministerpräsident bestimmen Sie die Richtlinien der Politik, das heißt, Sie sind auch politisch verantwortlich für das, was ein Minister tut oder was er nicht tut. Ein Vorwurf lautet: Dieser Minister hat politisch nichts zustande gebracht.

**Börner:** Der Vorwurf ist falsch. Herr Fischer hat eine richtige Konzeption, über die ich eben schon gesprochen habe, möglichst viel Wiederverwertung von Müll, der ja wertvolle Roh-

stoffe enthält. Er ist zur Zeit durch Gerichtsurteile gehindert, zum Beispiel eine Industriemülldeponie weiterzubauen, in die wir schon 40 bis 50 Millionen Mark investiert haben, zusammen mit der hessischen Wirtschaft.

Bei alledem könnte man annehmen, daß Sie mit der Politik von Fischer voll einig gehen. Ist Joschka Fischer Ihr Wunschpartner als grüner Minister?

**Börner:** Mit Joschka Fischer konnten wir Sozialdemokraten diesen Weg verabreden, mit Frau Dittfurth nicht, um es mal klar mit Adresse zu sagen. Das heißt, die Koalition ist die Probe aufs Exempel, ob die Grünen im Rahmen unserer Rechtsordnung in der Lage und gewillt sind, Reformpolitik zum Beispiel im Umweltschutz voranzutreiben, oder ob sie nur Parolen formulieren wollen. Herr Fischer hat eine sehr realistische Haltung zu den Dingen, um die es geht. Mit fundamentalistischen Sprüchen sind die Probleme der Industriegesellschaft nicht zu ändern oder zu lösen.

Herr Ministerpräsident, wann ist entschieden, ob das eine oder andere gelungen ist?

**Börner:** Darüber wird der Wähler im

wird mit Blick auf die Grünen. Sie seien umgefallen?

**Börner:** Politik ist eine Wahrung der Interessen, und ich habe in dem konkreten Falle meine sehr pointierten persönlichen Bedenken zurückgestellt angesichts der Lage, die der Wähler geschaffen hatte. Wir hatten keine absolute Mehrheit, mit der ich gerechnet hatte. Es wäre sonst nur die Große Koalition übriggeblieben. Das hätte Verrat an den Interessen unserer Wähler bedeutet.

Verrat an den Wählern? Können Sie das begründen?

**Börner:** Aber selbstverständlich. Wir haben in Bonn heute eine konservative Koalition. Und wir in Hessen fühlen uns in unserer Politik, getreu unserer Verfassung, dem Sozialstaat verpflichtet. Die heutige CDU ist nicht die, mit der ich einmal in der Großen Koalition zusammengearbeitet habe. Wenn Sie zusammenziehen die Vorstellungen von Herrn Dreger, von Herrn Zimmermann und von Herrn Geißler, dann ist das, gesetzt nicht die, die drei hätten die Möglichkeit, das ohne Kompromiß zu verwirklichen...

... Sie wissen, daß das nicht mög-

Bundesparteitag in Hannover jeden Gedanken an eine Zusammenarbeit mit ihnen zunichte gemacht.

Heißt das, Hessen ist kein Modell für Bonn?

**Börner:** Das ist kein Modell für Bonn, und das hängt damit zusammen, daß die Grünen auf Bundesebene nicht, wie Herr Fischer in Hessen, versucht haben, eine realistische Reformpolitik zu machen, sondern daß sie Utopien nachlaufen. Und für Utopien ist die Arbeiterbewegung zu schade.

Dann bleibt immer noch die Frage, wie die SPD die absolute Mehrheit erringen kann.

**Börner:** Ich gehe davon aus, daß eine Mobilisierung aller Wähler und die Gefahr, daß eine weitere Verschärfung der konservativen Entwicklung in der Gesellschaft bevorsteht, der SPD die Möglichkeit geben wird, so stark zu werden, daß ohne sie in Bonn nicht regiert werden kann.

Aber das heißt ja nicht absolute Mehrheit. Mit wem, wenn nicht mit den Grünen, sehen Sie Möglichkeiten einer Kooperation? Halten Sie Verhandlungen mit der CDU für denkbar?

**Börner:** Ich halte es für denkbar, daß die SPD die stärkste politische Kraft

Ausgerechnet er, der die Grünen für „politikunfähig“ hielt und auch sonst mit seinem Verhältnis zu den Grünen spektakulär von sich reden machte, holte sie ins Wiesbadener Landeskabinett: Hessens unkonventioneller Ministerpräsident Holger Börner. Ein Grund mehr für den Sozialdemokraten, Bilanz zu ziehen. Zehn Jahre ist der ehemalige Betonfacharbeiter bereits an der Spitze der Landesregierung in Wiesbaden. Hessen ist und bleibt für ihn „die stärkste Herausforderung meines Lebens“.

So will er im Herbst-Wahlkampf 1987 die absolute Mehrheit für seine Landespartei erzielen. Von Amtsmüdigkeit ist da keine Rede. Holger Börner: „Ich ziehe den Karren gerne, wenn der Karren es will...“

das ist die sozialdemokratische Position. Und das haben die Grünen gewußt, als sie mit uns in die Koalition gegangen sind.

Das heißt, Sie würden die Koalition durchaus an einer ultimativen Forderung nach Ausstieg zerbrechen lassen?

**Börner:** Ich habe überhaupt kein Ultimatum bisher angenommen. Auf dem Tisch gekommen ist mir keines. Aber ich meine das bitter ernst, wenn ich sage, ohne die SPD geht überhaupt nichts.

Sie sagen, Wackersdorf aus heutiger Sicht: nein?

**Börner:** Ja, ich halte den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft aufgrund der Sicherheitsprobleme, die damit verbunden sind, jahrtausendlang Bewachung und so weiter, für verfehlt und ich habe auch gelernt, daß die Angaben der Energiewirtschaft in den achtziger Jahren, als ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, nämlich daß angeblich Uran so knapp und so schwierig zu beschaffen ist, daß alle nicht stimmen. Und wenn mir einmal jemand so eine Halbwahrheit aufs Auge bindet, dann bin ich eben für den Rest des Lebens sehr mißtrauisch gegenüber der gleichen Branche.

Vielleicht noch ein Wort von Ihnen, Herr Ministerpräsident, zum Verhältnis der Grünen zum Recht und zur Gewalt.

**Börner:** In der Frage der Durchsetzung von politischen Forderungen mit Gewalt gibt es für Sozialdemokraten aber auch nicht einen Fußbreit Kompromiß. Ich habe ja Anlaß gehabt in den letzten Tagen, darauf hinzuweisen, daß jemand, der sich gegen ein beschlossenes Bundesgesetz öffentlich wendet, seiner Verpflichtung als politischer Mandatsträger nicht gerecht wird. Ich kann mir nicht die Gesetze aussuchen, die ich gerne befolgen möchte, sondern das gehört zur Demokratie, daß auch solche Gesetze, die gegen einen zustande gekommen sind, ausgeführt werden müssen. Das gilt übrigens nicht nur für die Volkszählung, sondern für das Einkommensteuergesetz zum Beispiel. Das ist ja auch für viele Leute lästig.

Herr Ministerpräsident, nochmal zurück zu der Frage, die wir schon am Anfang gestellt haben: Unterstellt, die Partei ruft Sie nach Bonn, was tun Sie dann? Es könnte doch sein, daß nach dem Wahltermin neue Leute in Bonn gebraucht werden.

**Börner:** Warum? Die haben doch neue Leute! Wie Sie wissen, bin ich kein Enkel, sondern Großvater.



Zugang zu mehr als 1700 Dokumenten: Margret Höke

FOTO: TEUTOPRESS

## Von BND-Meldungen bis zu Personalakten

Umfangreiche Verrats-Liste im Bonner Spionagefall Höke

ms. Bonn

Der Spionagefall um die über viele Jahre im Bundespräsidialamt beschäftigte Verwaltungsangestellte Margret Höke (51) dürfte zu den schwerwiegendsten Verratsfällen der deutschen Nachkriegsgeschichte gehören. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus den Beweisen, die das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft zusammengetragen haben, einschließlich eines umfangreichen Teilgeständnisses von Frau Höke. Die Angestellte soll seit dem Jahre 1971 bis zu ihrer Verhaftung am 24. August 1985 für den sowjetischen Geheimdienst KGB spioniert haben.

Die BILD-Zeitung hat über Einzelheiten der Ermittlungsergebnisse ausführlich berichtet. Die Anwerbung von Frau Höke lief nach bekanntem Drehbuch ab. Unter dem Namen eines früheren in der Bundesrepublik wohnhaften, dann in die „DDR“ übersiedelten „Franz Becker“ meldete sich der KGB-Führungsoffizier im März 1966 beim Einwohnermeldeamt in Detmold an, zog nach Bonn um und belegte 1967 ein Studium an der Pädagogischen Hochschule. Im Sommer 1968 hatte „Franz“ dann „zufällig“ Frau Höke an einer Telefonzelle in Bonn kennengelernt. Aus der Sicht von Frau Höke entwickelte sich eine Liebesbeziehung.

Der Verratsumfang, der in Rede steht, wird schon anhand weniger Zahlen deutlich. Das Bundeskriminalamt hat ermittelt, daß Frau Höke von Oktober 1972 bis zu ihrer Festnahme Zugang zu 1717 Dokumenten hatte, von denen 253 als „VS-vertraulich“ und 1464 als „VS-Geheim“ und höher eingestuft waren. Die ermittelnden Behörden gehen davon aus, daß Frau Höke insgesamt 33 000 Mark vom KGB als Agentenlohn bekommen hat. Dazu kamen ein Goldbarren, Schmuckstücke, Münzen und eine Uhr. Auch Urlaubsaufenthalte und Reisekosten zu Treffs unter anderem mit „Franz“ in der Schweiz wurden vom KGB finanziert. Die ermittelnden Behörden unterstellen, daß Frau Höke Teile des Zivilen Alarmplanes, der die Umstellung der Arbeit der Bundesministerien im Verteidigungsfall regelt, an das KGB verraten hat. Dazu gehören Maßnahmen zur Verhütung von Sabotageakten und der in einer solchen Situation geregelte Umzug des Bundespräsidenten in den Elfbunker in Marienthal.

### Die Geheimschutzakten im Bundespräsidialamt geführt

Frau Höke hat außerdem während ihrer Zeit im Bundespräsidialamt eine besondere Telefonanlage bedient, die im Verteidigungsfall wichtige Funktionen erfüllt und die in gewissen Abständen überprüft wird. Zu den geheimen Dokumenten, die in ihre Hände gelangt sind, gehörten außerdem Aufzeichnungen über die Kapazitäten von Hilfskrankenhäusern und über die Funktion des Telefonverkehrs der Bundesbehörden im Raum Bonn im Verteidigungsfall.

Sie hatte außerdem Zugang zu Unterlagen für die geheime NATO-Übung Wintex und zu einem Protokoll über die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses, in der er sich mit der Versorgung der Bevölkerung im Krisenfall befaßt hatte. Kenntnis hatte Frau Höke auch von einer Ausarbeitung für den Bundessicherheitsrat über Vorbereitungen für den Fall eines militärischen Angriffs.

Die geheimen Unterlagen, die Frau Höke in den Händen hatte und zumindest teilweise mit einer Kamera ablichtete, stammten vorwiegend aus dem Auswärtigen Amt, dem Bundes-

kanzleramt, dem Innenministerium, aber auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Bundesnachrichtendienst (BND). Als besonders gravierend wird angesehen, daß sie über Jahre hindurch die Sicherheits- und Geheimschutzakten im Bundespräsidialamt führte. Es gehörte zu ihrer Aufgabe, die Sicherheitsüberprüfungen sämtlicher Bediensteter des Bundespräsidialamtes einzuleiten. Bei Verratsungen forderte Frau Höke die Sicherheitsakten bei den anderen Behörden an. Sie hielt Verbindung zum Verfassungsschutz und zu den Sicherheitsbeauftragten der anderen Bundesbehörden.

Nach den Ermittlungen handelte es sich bei den Verschlüssen aus dem Bereich des Auswärtigen Amtes im wesentlichen um Drahtberichte der Botschaften. Dazu gehörten Fernschreiben über die sowjetische Strategie, über Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, über traditionelle Vierer-Treffen der Außenminister zu Berlin und Deutschlandfragen am Vorabend von NATO-Ministerratstagen.

### Schwere Nachteile für die Sicherheit des Staates

In diesen Berichten an die Zentrale des Auswärtigen Amtes in Bonn wurden auch „Persönlichkeitsprofile“ des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und anderer Politiker sowie Einschätzungen des Gesundheitszustandes führender sowjetischer Politiker übermittelt. Frau Höke bekam außerdem zahlreiche BND-Meldungen zu Gesicht, in denen über Vorgänge im Bereich des Warschauer Paktes berichtet wurde.

Aus dem Bundeskanzleramt waren Frau Höke Kabinettsprotokolle und Aufzeichnungen über Tagungen des Bundessicherheitsrates zugänglich. Dazu gehörten auch Protokolle über Kabinettsitzungen, bei denen über mögliche Reaktionen der Bundesrepublik auf die Erhöhung des Zwangsumsatzes durch Ost-Berlin und das Erdgas-Röhrengeschäft mit der Sowjetunion beraten wurde. Zugänglich waren der Angestellten aufgrund ihrer Position im Vorzimmer von Abteilungsleitern und des Staatssekretärs, zuweilen auch als Sekretärin des Bundespräsidenten, außerdem militärische Lageberichte des Bundesverteidigungsministeriums. Auch Ausarbeitungen des BfV gehörten dazu, ebenso Protokolle über Gespräche, die der Bundespräsident mit Politikern und Botschaftern führte.

Einblicke in weitere interne Vorgänge erhielt Frau Höke, als sie von Ministerialdirektor Osterheid beauftragt wurde, für den Bundespräsidenten vertrauliche Vermerke über außenpolitische Lagebeurteilungen zu schreiben. Diese Papiere sollten nicht zu den Akten des Bundespräsidialamtes genommen werden, sondern nach der Lektüre durch den Bundespräsidenten vernichtet werden. Zu diesen „Osterheid-Papieren“, wie sie genannt wurden, gehörte die Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Bundesaußenminister Genscher und dem chinesischen Außenminister Hua aus dem Jahr 1982, der dabei angedeutet habe, China wolle die Taiwan-Frage noch in diesem Jahrzehnt lösen. Es ging dabei auch um Aufzeichnungen über Gespräche mit dem jugoslawischen Außenminister, mit US-Außenminister Shultz und über personelle und programmatische Absichten der sowjetischen Führung. Die Bundesanwaltschaft kommt zu dem Ergebnis, daß Frau Höke durch ihren Verrat schwere Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik herbeigeführt hat.



FOTO: HELMUT FRICKE/AP

nächsten Herbst in Hessen zu urteilen haben.

Es gibt Spekulationen über Ihre persönliche und politische Zukunft, und es heißt, Sie wollten Vorsitzender der Ebert-Stiftung werden.

**Börner:** Ich kann niemanden am Spekulieren hindern. Ich bin schon seit einer ganzen Reihe von Jahren stellvertretender Vorsitzender der Ebert-Stiftung, und das ist so etwas wie eine Freizeitbeschäftigung. Es gibt ja bei den Ministerpräsidenten verschiedene Hobbys. Herr Strauß hat seit vielen Jahren das Hobby Airbus, das ihm zur Zeit Sorgen in der Größenordnung mindestens der Neuen Heimat bereitet. Ich habe nun eben das Hobby politische Bildung und Hilfe für die Dritte Welt im Rahmen der Ebert-Stiftung. Aber das ist ein Ehrenamt, das hat mit dem Ministerpräsidentenamt überhaupt nichts zu tun.

Daß heißt, Sie treten im Herbst 1987 wieder an, um Ministerpräsident zu werden?

**Börner:** Ich habe das so formuliert: Ich ziehe den Karren gerne, wenn der Karren es will. Im Gedächtnis an meinen alten Freund Herbert Wehner.

Dazu gehört aber auch Ihr persönlicher Entschluß?

**Börner:** Auch das will ich Ihnen beantworten. Hessen ist und bleibt die stärkste Herausforderung meines Lebens.

Ziel '87 ist die absolute Mehrheit?

**Börner:** Wir haben bei der Landtagswahl 1983 unter ungünstigsten Voraussetzungen, denn es war ja sechs Monate nach der Bundestagswahl, 46,2 Prozent der Stimmen als SPD erhalten, und wir trauen uns zu, von einer solchen Vertrauensbasis aus die absolute Mehrheit zu erhalten.

Wie nehmen Sie es eigentlich hin, wenn Ihnen der Vorwurf gemacht

lich ist und daß das nur ein Spektrum der Union ist...

**Börner:** ... Ich sage, gemessen an den Äußerungen dieser drei Herren, und nehmen wir Franz Josef Strauß mit dazu, ist das dann am Ende eine andere Republik als die, die in den entsprechenden Artikeln des Grundgesetzes unter Mitwirkung auch der SPD damals festgeschrieben wurde.

Nun hat die Union aber die größten Chancen, wieder die Wahlen zu gewinnen.

**Börner:** Über die Chancen gehen die Meinungen der Journalisten sehr auseinander. Wenn Sie mich fragen, 1972 habe ich den Wahlkampf für Willy Brandt geführt. Sechs Wochen vor

am 26. Januar ist, und dann reden wir weiter. Dann biete ich Ihnen ein neues Interview an.

Eine Frage noch zu Ihren hessischen Erfahrungen. Sie haben ja auch damals sehr prononciert vor der Wahl gesagt, ein Bündnis mit den Grünen käme nicht in Frage. Dann aber haben Sie doch mit dieser Partei eine Koalition gemacht.

**Börner:** Ich habe das in Hessen erst gemacht, nachdem ich diese Partei und ihre führenden Persönlichkeiten näher kannte, nämlich durch die Phase der Tolerierung.

Halten Sie das hessische Tolerierungsmodell als Einstieg in eine Koalition für ein Modell in Bonn?

**Börner:** Nein, nein, für Bonn habe ich ja vorher ausgeschlossen, aufgrund der Festlegungen von Hannover, daß es zu so etwas kommt.

Aber müssen Sie sich nicht aufgrund Ihrer Erfahrungen in Hessen gegenüber den Grünen korrigieren? Wir haben hier aus dem Jahre 1982 das Zitat von Ihnen: „Ich bedauere, daß es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen eins in die Presse zu haufen.“

**Börner:** Das war nicht gegen die Grünen, sondern gegen die Chaoten von damals gerichtet. Was ich damit meinte, war ganz klar: Einen Angriff auf meine Person auf dem Bau – ich war ja Betonfacharbeiter – hätte ich vor dreißig Jahren so beantwortet. Ich kann mich heute nicht mehr von meinen Gefühlen leiten lassen. Ich muß den öffentlichen Frieden voranstellen.

Herr Ministerpräsident, wie ist Ihre Einstellung zur Kernenergie? Ist die Aussage richtig von '86, daß Sie persönlich ein Anhänger sind?

**Börner:** Nein, ich habe im Landtag gesagt, Tschernobyl hat die Welt verändert. Durch Tschernobyl ist eine solche Dimension des Risikos dieser Energienutzung deutlich geworden.

**Wir hatten keine absolute Mehrheit, mit der ich gerechnet hätte. Es wäre sonst nur die große Koalition übrig geblieben und das hätte Verrat an den Interessen unserer Wähler bedeutet.**

der Wahl – wir sind ja sechs Wochen vor der Wahl – waren wir auch unter 40 Prozent. Und im November '72 hat Willy Brandt einen großen Wahlsieg errungen. Das heißt, Hamburg war ein heilsamer Schock für die SPD-Wähler. Man sieht, daß jeder, der nicht wählt, praktisch eine Stimme für die konservative Koalition in Bonn abgibt. Das ist die Lage.

Damals hatten Sie aber einen Koalitionspartner in Bonn...

**Börner:** ... Wir haben mit der FDP damals gut zusammengearbeitet. ... Koalitionspartner haben Sie, wie es jetzt aussieht, '87 nicht.

**Börner:** Das ist richtig. Die Grünen haben durch ihre Beschlüsse auf dem

دولة اسرائيل



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

## Probleme der Steuersenkung

„Kann es sein, dass die CDU/CSU die Investitionsrücklage?“ WELT vom 1. Dezember

Die in der Meldung enthaltene Behauptung, „die CDU/Finanzpolitik“ lehnte die Investitionsrücklage ab, ist unrichtig. In der Finanzarbeitsgruppe der CDU/CSU im Deutschen Bundestag gibt es auch Anhänger der steuernden Investitionsrücklage. Diese misstrauen der These, daß der mittelständischen Wirtschaft mit einer allgemeinen Tarifierung am besten geholfen werden könne.

Die allgemeine Tarifierung bei der Einkommen- und Lohnsteuer, an deren Notwendigkeit niemand zweifelt, hat neben vielen positiven Wirkungen auch eine negative: Da die ESt nicht zwischen den verschiedenen Einkunftsarten differenziert, begünstigt sie nicht die volkswirtschaftlich wichtigste Einkunftsart, nämlich die Einkünfte aus betrieblichen Gewinnen. Wer also sein Geld statt in riskante in betrieblichen Beteiligungen anzulegen, in zinsbringenden Kapital- oder Geldvermögen anlegt, hat von einer solchen Steuersenkung den gleichen Vorteil bei oft wesentlich geringerem Risiko.

Insofern wirken derartige Steuersenkungen in gewisser Weise gegen die Investitionsbereitschaft der Betriebe. Dies gilt vor allem in mittelständischen Betrieben mit schwacher Eigenkapitaldecke. Gerade die Förderung der Investitionsbereitschaft in unseren Betrieben, die ja auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient, ist aber das erklärte Ziel der Steuerreform. Die CDU/CSU und FDP für die nächste Legislaturperiode planen.

Viel ist in diesem Zusammenhang schon über den sogenannten gespaltenen Einkommensteuertarif nachgedacht worden, der die Einkünfte aus betrieblichen Gewinnen mit einem niedrigeren Steuersatz belegt als andere Einkunftsarten. Die steuernde Investitionsrücklage ist nicht der Form nach, wohl aber im steuerlichen Ergebnis ein Unterfall hiervon. Sie vermeidet aber die schweren Probleme, die ein gespalten Tarif mit sich brächte, etwa im Hinblick auf die Körperschaftsteuer oder wegen der hohen Mitnahmeeffekte bei Großbetrieben.

Eine betragsmäßig nach oben begrenzte Investitionsrücklage würde

solche Mängel vermeiden. Sie würde Personengesellschaften oder Einzelunternehmern ebenso helfen wie Körperschaften. Wenn man sich etwa noch überlegen würde, eine zusätzliche Obergrenze durch die Summe der durchschnittlichen Jahres-Inve-



Claus Jäger, MdB, CDU

stitutionen aus den letzten drei Jahren einzuführen, könnten auch solche Betriebe ausgeschlossen werden, die gar nicht ans Investieren denken, sondern einen billigen Steuerstundungseffekt „mitnehmen“ wollen.

Claus Jäger, MdB, CDU  
Mitglied des Finanzausschusses  
des Deutschen Bundestages

## Fremdes Land?

„Wie weit bis Karaganda?“ WELT vom 25. November

Hans Krump berichtet von einer Tagung des West-Ost-Kulturwerks in Bonn. Tagungsgegenstand war das erschreckende bundesweite Bildungsdefizit, welches darin besteht, daß praktisch keinerlei Kenntnisse über Deutschland östlich der Elbe an unseren Schulen vermittelt werden.

Auch der zitierte Ostkunderlaß der Kultusministerkonferenz vom Jahre 1986, der immerhin 17 Jahre gültig war, hatte keine nennenswer-

## Wort des Tages

„Es gibt Leute, die unterhalten in ihren Köpfen Fremdenzimmer für die Meinung anderer Leute.“

Joseph Joubert, französischer Autor (1754-1834)

ten positiven Auswirkungen in der Schulwirklichkeit jener Jahre! Wohl entstanden in dieser Zeit, zuerst in Nordrhein-Westfalen, dann in den anderen Bundesländern, die ostkundlichen Schülerwettbewerbe. Aber deren Existenz beruht auf dem Nichtvorhandensein von regulärem ostkundlichen Unterricht an unseren Schulen. Ihre Initiatoren hofften, durch sie zu erreichen, daß wenigstens ein Minimum an ostkundlichem Wissen vermittelt werden könnte.

Tatsache ist, daß der Lehrer in jedem Bundesland durch Erlasse abgesichert ist, wenn er ostkundliche Themen in seinen Unterricht einbringt. Daß es dennoch nicht geschieht, muß viele Gründe haben. Ein ganz wichtiger Grund ist der, daß er selbst in aller Regel – nicht zuletzt durch die Art seiner Ausbildung an deutschen Universitäten – das erforderliche Fachwissen nicht besitzt. Das könnte man sich allerdings jederzeit aneignen, wenn Wille und Interesse vorhanden sind.

Hans Baumgart,  
Studiendirektor, Bielefeld 1

## Provokation

„Wieder einmal Nordelbien?“ WELT vom 2. Dezember

Den Beschluß der Nordelbischen Synode, den Ausstieg aus der Kernenergie zu verlangen, empfinde ich als Mitglied der Evangelisch-Lutherischen Kirche als ungeheuerliche Provokation.

Das betrifft nicht die Frage „Kernenergie ja oder nein?“ Kein verantwortungsbewußter Bürger kann sich ihr verschließen.

Was verletzt, ist die theologische Annahme, daß ökologische Gleichgewichte der Erde nicht nur durch die Kernenergie, sondern auch durch andere menschliche Verhaltensweisen gleichermaßen oder sogar noch mehr gefährdet, wie zum Beispiel durch Kohlekraftwerke. Auch solche Techniken widersprechen auf Dauer dem Auftrag Gottes zur Bewahrung der Schöpfung. Warum hat die Synode nicht zugleich deren Abschaffung verlangt?

Der Beschluß wiegt schwer, denn er stammt nicht von irgendjemandem, sondern von den jedenfalls nach der Synodalverfassung berufenen Vertretern des Kirchenvolkes. Einer Zeitungsmeldung zufolge sollen Synodalen bei der Diskussion Tränen vergossen oder mit Austritten gedroht ha-

ben. Offenbar haben sie hierbei nicht die – allerdings stillen – Tränen derer bedacht, die ein Leben lang ihrer Kirche treu geblieben sind, in der gegenwärtigen Amtskirche die heilige christliche Kirche des Lutherischen Glaubensbekenntnisses aber nicht mehr erkennen können. Man kann es den für den Beschluß verantwortlichen Synodalen auch ganz profan sagen: Es wird viele, vor allem ältere Kirchenmitglieder geben, die eine in eine ganz bestimmte Richtung politisch agierende Kirche künftig nicht mehr finanzieren wollen. Stärkung im Glauben werden sie allein dort suchen, wo sie ihn finden.

Dr. Henning Kießig,  
Raisdorf

## Nicht souverän

Report: „Chokei, 3. Jahrestag der Unabhängigkeit“ WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrter Herr Holzheimer, in Ihrem Beitrag „Warum bestraft man die Menschen (die 1,5 Mill. Einwohner der Republik Ciskei) mit einer Differenz?“ stellen Sie die Frage: „Warum also die Nichtachtung?“ nachdem vorher vermerkt wurde, daß das Staatsgebilde Ciskei („ein Outcast“) völkerrechtlich kaum beachtet wird.

Die Antwort gibt – wie ich meine – das Urteil vom 22. 7. 1986 des englischen Appellationsgerichtshofes (Court of Appeal). Hierin wird nämlich festgestellt, daß in Wirklichkeit die staatliche Autorität von der Republik Südafrika ausgeht. In diesem Zusammenhang weist das nach dem britischen Oberhaus höchste Revisionsgericht auf den Parallelismus der DDR hin: Auch die DDR konnte nach dem sogenannten Carl-Zeiss-Urteil von 1967 (des House of Lords) nicht als souveräner Staat behandelt werden, weil ihre „effektiven Gesetzgebungsbefugnisse“ (effective legislative powers) als solche zu verstehen sind, die von einem untergeordneten Organ der Sowjetunion erlassen werden (on the footing that its legislative acts were those of a subordinate body set up by the USSR to act on its behalf).

Insofern – so der Court of Appeal – kann weder die DDR noch die Republik Ciskei als unabhängiger, souveräner Staat anerkannt werden.

Mit freundlichen Grüßen  
M. Lehmann,  
Essen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntunentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Personen

## GEBURTSTAG

Der Kieler Ingenieur Dr. Rudolf Hell, der zu den Pionieren der Nachrichtentechnik gehört, wird am Freitag 85 Jahre. Durch zahlreiche Erfindungen beeinflusste der Forscher und Unternehmer die weltweite Entwicklung der graphischen Industrie. Er schuf entscheidende Grundlagen zur Mechanisierung, Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der modernen Medientechnik. Seine Generalidee war es, Texte und Bilder – in Punkten und Linien aufgelöst – elektronisch umzusetzen, damit sie für eine maschinelle Verarbeitung geeignet sind. Zu den bahnbrechenden Entwicklungen des Ingenieurs zählen die Bildzerlegung für das Fernsehen, der Hell-Schreiber für Nachrichtendienste, Klescho- und Chromagraphen, Telebildgeräte und der digitale Lichtsatz. Der im bayerischen Eggenfeld geborene und mit vielen Auszeichnungen geehrte Erfinder gründete Firmen in Berlin und Kiel. Die Dr. Ing. Rudolf Hell GmbH (Kiel) hat jetzt etwa 2800 Mitarbeiter und gehört zum Siemens-Konzern.

## EHRUNGEN

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einen Pionier der deutsch-französischen Freundschaft und Verständigung ausgezeichnet. Er verlieh Joseph Rovay, bis 1986 Professor für deutsche Geschichte und Politik an der Sorbonne in Paris, das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler Helmut Kohl hat Rovay die Auszeichnung überreicht. Professor Rovay ist heute in Paris Präsident des „Bureau International de Liaison et Documentation“ (BILD). Joseph Rovay ist 1918 in München geboren. Er floh vor den Nationalsozialisten und emigrierte 1933 nach Frankreich. Von 1941 bis 1944 gehörte Rovay dem französischen Widerstand an, in ihn die Nazis verhafteten und in das KZ nach Dachau verschleppten. Von 1947 bis 1951 hat Rovay dem damaligen französischen Hochkommissar François Poncet beratend zur Seite gestanden. Er leitete in Mainz das Büro für Erwachsenenbildung. Von 1963 bis 1969 gehörte Rovay dem Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerkes an. Professor Rovay, der seit 1968 an der Sorbonne lehrte,

griff immer wieder zur Feder, um über Deutschland zu schreiben. 1978 erschien sein Werk über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Jahre zuvor hatte er sein Buch über den politischen Katholizismus in Deutschland veröffentlicht. Sein letztes Werk 1986 trägt den Titel „Zwei Völker, eine Zukunft“. Auch seiner ursprünglichen Heimat Bayern widmete er 1981 das Buch „La Bavière“.

Jean Lenica, Professor für Graphik und Design an der Hochschule der Künste in Berlin, erhält den New-York-Preis der Alfred-Jurys-Stiftung. Der mit 5000 Dollar dotierte Preis wird jährlich an

von Mendelssohn-Bartholdy, Rachmaninoff und Bach vor. Und viel Applaus gab es von den 190 Damen, unter denen sich die Frau des britischen Botschafters Lady Margaret Bullard, die Frau des französischen Botschafters Francine Baldevalx und die Frau des sowjetischen Botschafters Inga Mikhailovna Kwinskaja befanden. Clara Rinn, 1984 Preisträgerin des Deutschen Tonkünstlerverbandes und zweite Preisträgerin beim Internationalen Steinway-Wettbewerb, wird heute im Rahmen der Hochbegabten-Förderung auf der Freiburger Musikhochschule von Professor Vitalij Margulis ausgebildet. Aus diesem Grunde lebt sie nicht in ihrem Elternhaus in Gießen, sondern bei ihrem Onkel, dem Freiburger Philosophen Professor Friedrich-Wilhelm von Herrmann.

## AUSWÄRTIGES AMT

Außenminister Hans-Dietrich Genscher wird Dr. Helmut Matthias als neuen Botschafter nach Rumänien schicken. Der Diplomat war zuletzt Botschafter in Indonesien. Helmut Matthias wurde 1923 in Weimar geboren. Der Volkswirtschaftler kam 1952 in den auswärtigen Dienst. Zu seinen Auslandsposten gehörten Karatschi, Lissabon, Paris und Washington. Das Auswärtige Amt entsandte ihn drei Jahre als Sonderberater des Generalsekretärs der Welthandelskonferenz nach Genf. Von 1977 bis 1983 leitete er im Auswärtigen Amt eine Unterabteilung der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration. 1983 ging er nach Djakarta. Sein Vorgänger in Bukarest, Botschafter Hartmut Schulze-Boyens, geht in Pension.

## UNIVERSITÄT

Dr. Gerhard Bringmann, Privatdozent am Organisch-Chemischen Institut der Universität Münster, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Organische Chemie mit besonderer Beachtung der Biologie an der Universität Wien erhalten.

Professor Dr. Jörg Baetge von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin erhalten.



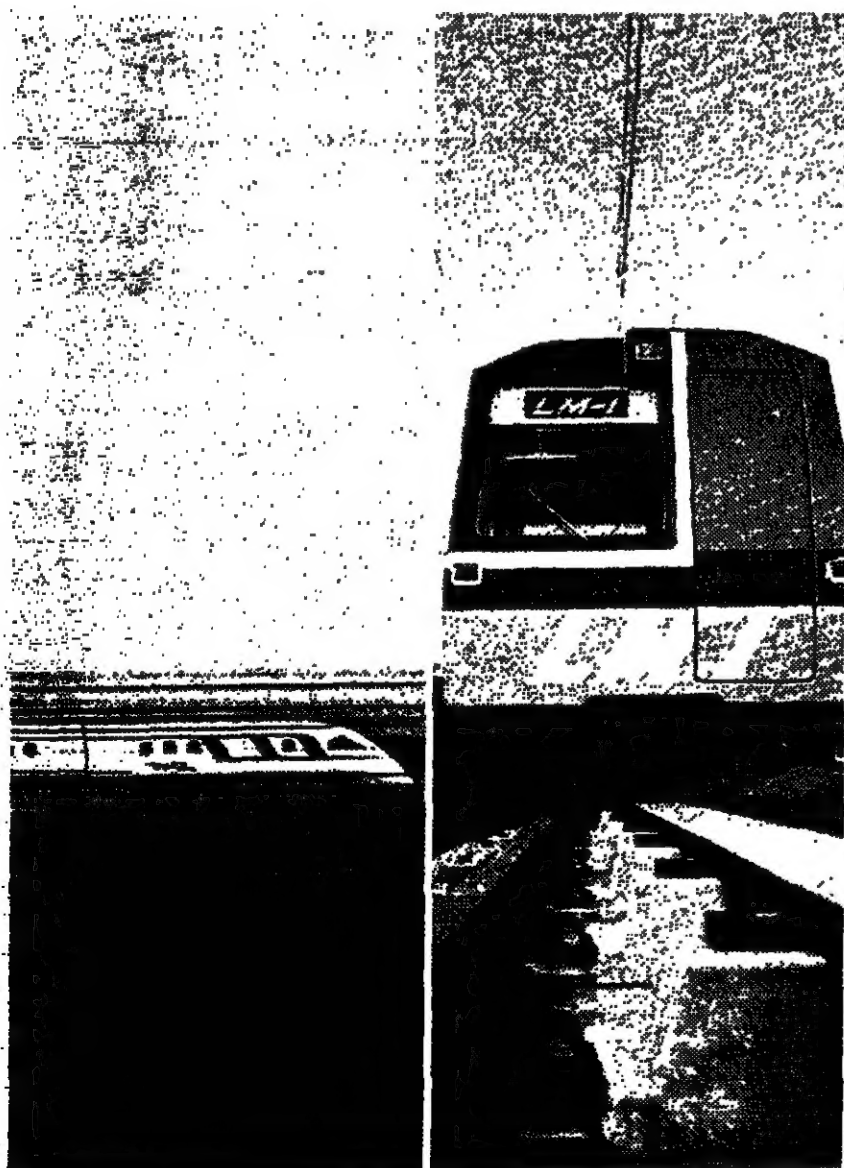
Jean Lenica

Wissenschaftler, Autoren und Künstler des polnischen Kulturkreises vergeben – unabhängig von ihrem Wohnsitz und ihrer Staatsangehörigkeit. Lenica, der als einer der bedeutendsten Vertreter der polnischen Plakatkunst gilt, wird den Preis am 30. Januar 1987 in der Kosciuszko-Foundation in New York entgegennehmen.

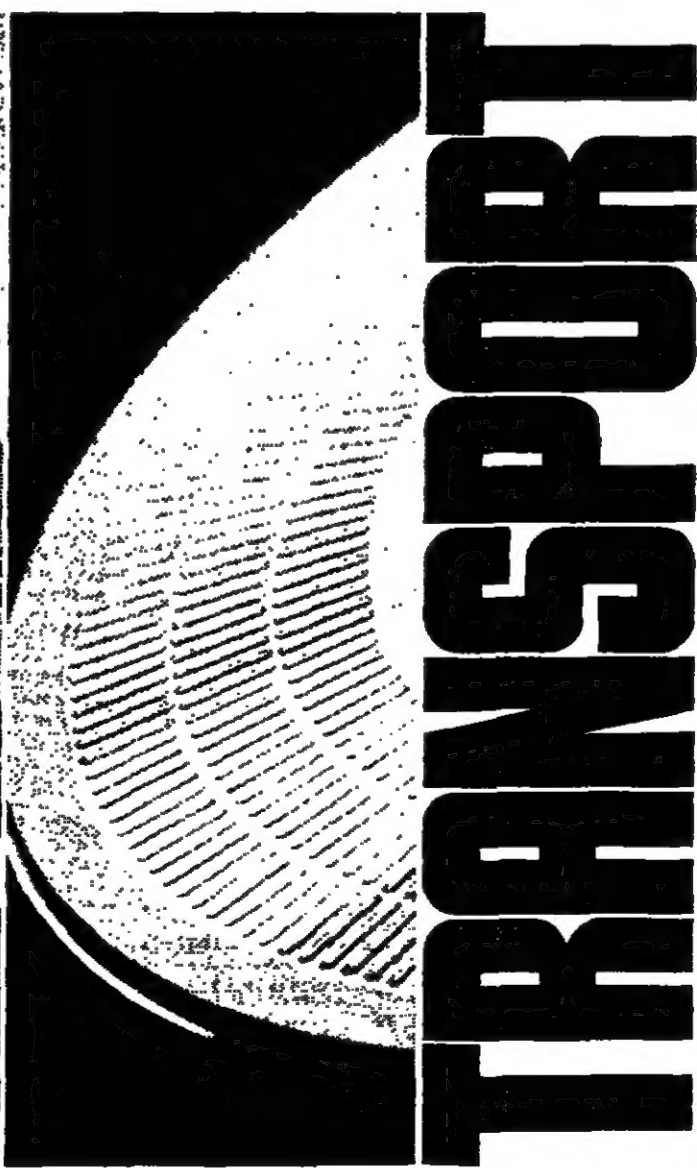
## VERANSTALTUNG

Die großen Talente in unserem Land werden immer jünger. Ein beeindruckendes Beispiel hierfür ist die 14jährige Pianistin Clara Rinn. Auf Einladung von Barbara Genscher spielte sie beim traditionellen Weihnachtstreffen des Auswärtigen Amtes in der Bad Godesberger Redoute für die Ehefrauen der in Bonn tätigen Botschafter aus aller Welt. Clara Rinn stellte sich mit Werken

Transport bedeutet mehr als die effiziente Beförderung von Gütern und Personen von einem Ort zum anderen. Dazu gehören auch Sicherheit, Komfort und ein durchdachtes System.



Hitachi hat in Zusammenarbeit mit der Japanischen Staatsbahn einen Linearmotorzug mit einer potentiellen Geschwindigkeit von 500 km/h, einen glatt laufenden, geräuscharmen Linearmotorzug, effiziente Thyristoren sowie einen Einschienenwagen entwickelt.



In aller Welt wachsen und gedeihen die Stadtgebiete, und parallel dazu wächst das globale Interesse an effizienten Bahnsystemen, die zuverlässig, sicher und bequem sind – und keine Bedrohung für die Umwelt darstellen.

Hitachi Wissenschaftler und Ingenieure erzielen rasche Fortschritte in Richtung auf Systeme, die kostengünstig alle diese Anforderungen erfüllen. Gegenwärtig testen wir Züge, die von einem neuentwickelten, kompakten, leistungsstarken Linearmotor angetrieben werden. Dieses Schienenfahrzeug gewährleistet glatte, geräuscharme Fahrt in engen Kurven und auf steilen Steigungen. Schwingen und Schwanken sind weitaus geringer, und das von konventionellen Zügen her gewohnte Kreischen ist praktisch eliminiert. Der Linearmotorzug ist außerdem sehr kompakt, was beträchtliche Kosteneinsparungen ermöglicht. Beispielsweise genügt für U-Bahntunnel das halbe Querprofil von gewöhnlichen Tunneln.

Hitachi produziert elektronische Schlüssелеlemente, darunter leistungsstarke Thyristoren, die den Energiebedarf wesentlich reduzieren, und Chips für großintegrierte Schaltkreise (LSI), die für automatische Steuer- und Betriebssysteme von Zügen eingesetzt werden. Wir entwickeln auch Hardware und Software für ein integriertes computerisiertes System, das den gesamten Bahnbetrieb regelt – angefangen von der Fahrkartenausgabe bis zur Fahrplanerstellung und dem eigentlichen Fahrbetrieb. Außerdem bauen wir ultraleichte Züge, Einschienenbahnen und Supereexpresszüge.

Wir verknüpfen Technologie mit menschlichen Bedürfnissen. Wir glauben, daß Hitachi fortschrittliche Technologien zu Systemen führen, die den Bedürfnissen der Menschen auf mannigfaltige Weise dienen werden – durch mehr praktischen Nutzen und Komfort, geringere Kosten und umweltfreundliches Design. Unsere Zielsetzung im Transportwesen – wie auch in den Bereichen Kommunikation, Energie und Medizin – ist die Entwicklung und Erstellung von Systemen, die überall in der Welt die Lebensqualität verbessern.

**HITACHI**  
Hitachi, Ltd. Tokyo, Japan



## Madrid bleibt im Kampf gegen die ETA hart

Antiterror-Gesetz wird beibehalten / Separatisten üben Druck aus

ROLF GÖRTZ, Madrid  
Die sozialistische Regierung in Madrid zeigt sich entschlossen, die nationale Einheit Spaniens, wie sie die Verfassung festlegt, gegen den Separatismus im Baskenland zu verteidigen. Am Wochenende gab das Kabinett Gonzalez seinen Entschluß bekannt, das Antiterror-Gesetz in seinen entscheidenden Punkten zu erhalten.

Der Regierungsbeschluss kurz nach den Landtagswahlen im Baskenland muß als eine klare Antwort auf Spekulationen baskischer Nationalisten gewertet werden, die mit Zugeständnissen der sozialistischen Partei rechnen, die aus diesen Wahlen als Sieger hervorgegangen waren. Da ihre 19 Sitze von insgesamt 75 Sitzen im Landtag zur Bildung einer neuen Landesregierung jedoch nicht ausreichen, sind die Sozialisten auf eine Koalition mit mindestens einer der nationalistischen Parteien angewiesen.

Der Demonstration ihrer festen Haltung ging eine Entführung voraus, mit der die linksradikale Terrororganisation ETA zum ersten Mal direkt in das politische Geschehen eingriff. Ein ETA-Kommando entführte am Mittwoch bei San Sebastian den 24 Jahre alten Besitzer einer Papierfabrik, Jaime Caballero, offensichtlich um Lösegeld zu erpressen. Der entführte Bask ist ein enger Freund von Javier Arzallus, Vorsitzender der baskischen Nationalistischen Partei des Baskenlandes PNV, um deren Koalition sich die Sozialisten für das Zustandekommen der neuen Landesregierung bemühen.

Gegen diese „spanisch-baskische Koalition“ machte vor allem die radikal-marxistische „Herri Batasuna“-Partei (HB) Front. Sie gilt als der politische Arm der ETA. Noch in der Wahlkampfzeit hatten Sprecher der „Herri Batasuna“ verkündet, daß sie „alles daransetzen werden, um eine derartige Koalition zu verhindern“. Die Entführung soll offensichtlich eine politische Entscheidung einer rein nationalistischen Zusammensetzung der Landesregierung erpressen. Im neuen Landtag stehen sich zwei bürgerliche und zwei linke Parteien gegenüber. „Herri Batasuna“ als die radikalste der separatistischen Parteien strebt eine „Volksrepublik Baskenland“ an.

Bis vor wenigen Monaten hatten ETA und „Herri Batasuna“ trotz ihrer marxistischen Einstellung die bürgerliche Nationalistische Partei PNV von Terroraktionen verschont. Seit die französische Regierung die Kommandostruktur der ETA im baskischen Südfunkbereich durch Verhaftungen dezimiert hat, wird keine Rücksicht mehr auf die PNV genommen. Auch ohne Rücksicht auf „zufällige“ tote Passanten oder Familienangehörige sowie Kinder der Opfer schickten die jüngsten Anschläge die Basken zunehmend ein. Der Stimmenzuwachs der „Herri Batasuna“-Partei bei den Landtagswahlen muß als Triumph der Angst gewertet werden.

## „Rhein-Tribunal“ erhebt Anklage

AP, Augen  
Die Jury eines sogenannten „Rhein-Tribunals“ von Umweltschutzverbänden aus der Bundesrepublik und dem Ausland hat Chemiekonzernunternehmen und Regierungen für schuldig befunden, den Rhein durch die jüngsten Chemieunfälle zum Schaden der Natur und der Menschen vergiftet oder aber diese Umweltverschmutzungen geduldet zu haben. In dem gestern im badischen Augen gefällten „Urteil“ wird den Firmen ferner vorgeworfen, den Rhein, seine Nebenflüsse und damit auch die Nordsee täglich durch Gifteinleitungen zu schädigen.

## „Privatinitiative“ wird unterdrückt

dpa, Düsseldorf  
Die in dieser Woche geplante Verabschiedung eines Landesrundfunkgesetzes in Nordrhein-Westfalen hat die Zeitungen zu einem direkten Appell veranlaßt, in dem sie auf die schwerwiegenden Folgen für die Presse hinweisen. In der von einer Mitgliederversammlung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger verabschiedeten Erklärung heißt es, kein anderes Mediengesetz in der Bundesrepublik drücke mit solch bürokratischer Gängelung die Privatinitiative im Rundfunkbereich. Die wirtschaftliche Leistungskraft der Zeitungen werde beeinträchtigt.

## Strauß: Wir werden nie mehr Atomwaffen los

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat seine Ablehnung einer Null-Lösung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa erneuert. Wenn es zu einem entsprechenden Abkommen mit der Sowjetunion kommen sollte, dann müsse dieses in jedem Fall auch den Abbau sowjetischer Kurzstreckenraketen einschließen, forderte Strauß vor der Landesversammlung der CSU-nahen Schüler Union in Starnberg.

Die Sowjetunion habe die Zeit seit der Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses zur Aufstellung neuer Kurzstreckenraketen, die auf Mitteleuropa gerichtet seien, genutzt. In diesem Punkt stehe er „mehr auf Seiten des Herrn Wörner als des Herrn Genscher“, sagte Strauß, „wenn das noch erlaubt ist zu sagen“. Generell erklärte Strauß zum Problem der Atomwaffen: „Wir werden die Atomwaffen nie mehr loswerden.“ Ihre Bedeutung könne zwar relativiert werden; solange Menschen jedoch Atomwaffen konstruieren könnten, werde es auch welche geben.

Die FDP wies die Attacken des CSU-Vorsitzenden auf die Freien Demokraten zurück und bekräftigte zugleich ihren Anspruch, auch nach der Bundestagswahl das Auswärtige Amt zu führen. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und hessische Parteichef Gerhardt sagte auf dem FDP-Landesparteitag in Friedberg, die Fortsetzung der Außenpolitik unter der Verantwortung der FDP sei mehr als eine Personalfrage. Die deutsche Außenpolitik sei unter liberalen Außenministern für die Verbündeten und den Ostblock berechenbar geworden.

Unter Hinweis auf die Aussage von Strauß, die FDP sei wegen ihrer Haltung zur Kronzeugenregelung mitverantwortlich für zukünftige Terroristenaktionen, sagte Gerhardt, wer die Auseinandersetzung um die richtige Antwort des Gesetzgebers auf den Terrorismus derart diffundiere, „hat die Grenzen des noch Vertretbaren überschritten“. Wer sich selbst so wenig im Griff hat wie Franz Josef Strauß, darf Deutschland nach außen nicht vertreten“, sagte Gerhardt. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Mischke, sagte, die FDP solle auf die Vorwürfe aus München nüchtern und gelassen reagieren und deutlich machen: „Wir sind die Garanten der Koalition, nicht die CSU.“

## USA wollen „flexible“ Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus

Sonderbotschafter Bremer mahnt zur Wachsamkeit / Austausch von Bedrohungsanalysen

GÜNTHER BADING, Bonn  
Der Koordinator der US-Regierung für die Bekämpfung des Terrorismus, Sonderbotschafter Paul Bremer, hat sich für eine „flexible Zusammenarbeit“ mit den Europäern ausgesprochen. Bremer, der heute zu Gesprächen im Bundeskanzleramt, Bundesinnen- und Außenministerium in Bonn ist, erklärte in einem WELT-Gespräch, das Hauptaugenmerk der USA richte sich derzeit auf Syrien, aber auch nach wie vor auf Libyen. „Wir glauben, daß die Syrer den internationalen Terrorismus seit Jahren ständig unterstützt haben“, sagte Botschafter Bremer.

Die Gerichtsverfahren in London und in West-Berlin hätten klare Beweise für eine syrische Verstrickung gebracht. „Wir schätzen, daß es im nächsten halben Jahr weitere ähnliche Gerichtsverfahren in Europa geben wird.“ So laufe derzeit in Ankara ein Prozeß, in dem die Anklage davon ausgehe, daß ein syrischer Diplomat an der Ermordung eines Jordaniers beteiligt gewesen sei.

Man dürfe nicht vergessen, mahnte

Bremer, „daß auch Libyen nach wie vor den Terrorismus fördert. Wir haben Erkenntnisse, daß nach unserem Angriff vom April die durch Libyen unterstützten Gruppen sich einige Monate ziemlich still hielten.“

Allerdings lagen Ende August erste Erkenntnisse über neue Aktivitäten der von Libyen unterstützten Terroristengruppen vor. Seither gebe es im Material der Geheimdienste immer wieder Hinweise für ein Wiedererstarken dieser Gruppen. „Dies macht uns natürlich besorgt und erinnert uns – Europäer wie Amerikaner –, daß wir in unserem Druck auf Herrn Khadhafi nicht nachlassen dürfen, um ihn von der Unterstützung des Terrorismus abzuhalten.“ Anschläge dieser libysch unterstützten Gruppen seien nach den Geheimdienstberichten sowohl in den USA als auch in Westeuropa zu suchen.

Botschafter Bremer hatte auch an der Sitzung der europäischen Innenminister teilgenommen, bei der neben anderen Maßnahmen der Austausch von Verbindungsoffizieren und von Bedrohungsanalysen in Europa vereinbart worden war. Derzeit gebe es noch keinen solchen Austausch zwischen den USA und den

Europäern, sagte Bremer. Er betonte allerdings, daß seine Regierung in dieser Frage „äußerst flexibel“ und zu jeder „den Europäern möglichen Form der Zusammenarbeit“ bereit sei. Aus amerikanischer Sicht habe es bei der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus „sehr gute Fortschritte“ gegeben.

## Reibungslose Koordination

In der amerikanischen Administration ist Botschafter Bremer für die Koordination der Aktivitäten aller staatlichen Stellen bei der Bekämpfung des Terrorismus verantwortlich.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Miltner, der sich am Wochenende mit Bremer zu einem Informationsaustausch getroffen hatte, zeigte sich nach dem Gespräch beeindruckt von der reibungslosen ressortübergreifenden Koordination der Terrorismusabwehr in der amerikanischen Regierung. Miltner ist auch Leiter einer Arbeitsgruppe der Fraktion, die derzeit einen Katalog von weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Terroristenbekämpfung erarbeitet.

## Rau, Geißler und das Urteil aus der CDU

UR, Bonn  
Nach dem vernichtenden Zeugnis, das das Institut für angewandte Sozialforschung (InfaS) dem Wahlkampfmanagement der SPD und der darin dem Spitzenkandidaten Johannes Rau zugeordneten Rolle ausgestellt hat (WELT v. 13./14.12.), meldete sich jetzt die nordrhein-westfälische CDU mit der These zu Wort, die Kandidatur von Rau habe ihren Sinn verloren. Doch während InfaS es einen schweren Fehler genannt hatte, Rau „aus dem Wahlkampf heraus“ zu nehmen, und damit die Wahlkampf-Konzeption aus dem Blick zu nehmen, richtet die Düsseldorf CDU den Blick auf Raus Wahlziel einer absoluten Mehrheit. Eine „eigene Mehrheit“, so eine Erklärung des CDU-Vorstandes in Düsseldorf, sei als unrealistisches Wahlziel aufgegeben worden. Für eine rot-grüne Koalition stehe Rau aber glaubwürdig nicht zur Verfügung. In diesem Punkt weicht die NRW-CDU von der Wahlkampf-Taktik des General-

sekretärs Heiner Geißler ab, der immer wieder die Gefahr einer rot-grünen Koalition beschwor.

Die Aussage der Düsseldorf CDU untermauerte am Wochenende indirekt SPD-Parteichef Willy Brandt, als er sich in einem Interview mit „Bild am Sonntag“ gegen eine rot-grüne Koalition nach dem 25. Januar aussprach. Brandt: „Wir haben klargestellt: Im Bund geht das nicht mit den Grünen; deshalb ist dann der Bundespräsident gefragt, denn der schlägt ja dem Bundesstag einen Politiker für die Wahl zum Kanzler vor.“

Und, als wollte er diesem Bekenntnis Glaubwürdigkeit verleihen, plädierte Brandt für eine Annäherung an die CDU. „Die beiden Parteien müssen enger zusammenarbeiten.“ Die Rentenreform, ein neues Steuersystem oder die Strukturreform der Bundeswehr könne „niemand alleine stemmen“.

Anders als Brandt bekräftigte Otto

Schily die Bereitschaft der Grünen zu einer Tolerierung eines SPD-Minderheitskandidaten – „für eine Weile“. Rau, so Schily in der „Süddeutschen Zeitung“, bemühe sich, krampfhaft nach Programmpunkten zu suchen, „bei denen eine Verständigung von SPD und Grünen vorerst nicht in Sicht ist“. Und: Da sei Kurt Biedenkopf schon realistisch. Der Chef der NRW-CDU hatte den Grünen – zum Ärger der eigenen Partei – attestiert, die „richtigen Fragen“ zu stellen.

Eher vieldeutig äußerte sich Brandt zu der Frage nach seinem Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden, die 1988 ansteht. Die junge Garde, für die Oskar Lafontaine steht, dränge gar nicht so energisch zum Parteivorsitz. „Außerdem wäre das zu erwartende Ergebnis für Rau sicherlich auch ein gutes Argument.“ Beobachter in Bonn fragen: Welche Perspektiven hätte Rau bei einer Erdrutsch-Niederlage?

## Aus den eigenen Reihen Druck auf Diepgen

Am Vorabend seiner London-Reise, bei der Erich Honecker Einladung zur 750-Jahr-Peter nach Ost-Berlin im Mittelpunkt der Gespräche stehen wird, sieht sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) auch in der eigenen Partei wachsendem Druck ausgesetzt, die Offerte des SED-Chefs abzulehnen. Die Junge Union – Diepgens frühere politische Heimat und einer seiner innerparteilichen Stützpunkte – sprach sich jetzt strikt gegen einen derartigen Besuch aus.

Nach einer Vorstandssitzung erklärte der JU-Vorsitzende Dieter Dombrowski: „Einerseits besteht die Gefahr, daß durch einen Besuch Diepgens in Ost-Berlin auf Einladung des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, der rechtliche Standpunkt des Westens hinsichtlich des Status der Stadt in Frage gestellt wird, andererseits hält die Junge Union eine Teilnahme Diepgens – aber auch aus politischen und moralischen Gründen zur Zeit nicht für sinnvoll.“

Angeichts der fortwährenden Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes, dessen menschenverachtende Praktiken durch die jüngsten Morde an der innerdeutschen Grenze erneut offenkundig wurden, erscheint eine Teilnahme an Feiern, die hauptsächlich der Selbstdarstellung dieses Staates dienen, als eine Verhöhnung der Opfer des Schießbefehls in der DDR. Der CDU-Nachwuchs sei durchaus für „geschäftsmäßige Verhandlungen“ mit der anderen Seite, nicht jedoch für „gemeinschaftliche Festivitäten“.

Der JU-Vorstoß ist umso bemerkenswerter, als die 6000 Berliner Mitglieder mehr als ein Drittel der CDU-Mitgliedschaft Berlins darstellen. Rund 40 Prozent von ihnen gehören dem in Deutschlandpolitischen Fragen zu Diepgen neigenden „Reform“-Flügel an. Dombrowski arbeitet zudem als Assistent für Diepgens engen politischen Freund, den „Generalsekretär“ der „Beton-Riege“ in der CDU, Peter Kittelmann (MdB).

Im Namen der mehr als 150 000 Berliner DGB-Mitglieder warnte auch DGB-Chef Michael Pagels den „Regierenden“ davor, „an den Existenzgrundlagen der Stadt herumzubausteln“.

Wir besuchen bundesweit den

### Gastronomie-Fachhandel

und/oder die Gastronomie direkt!

Wir suchen: weitere Produkte, die wir über diese Schiene verkaufen können. Wir bieten: einen qualifizierten Außendienst und großflächige Lagermöglichkeiten. Unser Standort: Großstadt in Süddeutschland.

Ihre Angebote erbitten wir unter B 7536 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## FINANZANZEIGEN

### Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheine ausgeben:

7% Kommunalschuldverschreibungen Reihe 36 JJ – 237 330 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihentafel durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Hamburg/Berlin, im Dezember 1988

Deutsche Bundesbank  
Deutsche Hypothekendarlehenbank

Hypospekbank  
Hypothekendarlehenbank

PHILIPS

### N. V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN AANDELEN PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN

Endividenden/Niederlande

Dividendenbekanntmachung

Wir geben hiermit bekannt, daß für das Geschäftsjahr 1986 auf die Stammschriften unserer Gesellschaft eine Interimdividende von hfl 0,50 je Aktie an hfl 10,- zur Ausschüttung gelangt. Die Interimdividende ist abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 145 zu den Stammschriften von & Janssen 1987 zu zahlen. Die Ausschüttung geschieht in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bei folgenden Banken:

Dresdener Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Saarbrücken.  
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin.  
Berliner Commercialbank AG, Berlin.  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank.  
Frankfurt a. M., Berlin.  
Commerzbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München.  
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München.  
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin.  
Triebhaus & Bankhaus K&G A. Düsseldorf, Frankfurt a. M., M. M. Warburg - Bankhaus, Wirtz & Co., Hamburg.  
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken.  
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Frankfurt a. M.

Die Ausschüttung der Interimdividende erfolgt in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tages-Geldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Ausschüttung in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% werden auf Grund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens von Steuern und zwei Fünftel vergütet, sofern ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „22 D“ vorgelegt wird, der über die Zentralabstimmung an die Gesellschaft geleitet wird. Formulare „22 D“ sind bei den obengenannten Banken erhältlich.

Für die Anrechnung von drei Fünftel der niederländischen Dividendensteuer auf die deutschen Steuern vom Einkommen gilt der Art. 13 in Verbindung mit Art. 20 Abs. II des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens (vgl. BGBl. 1960 II S. 1781).

Eindhoven, den 15. Dezember 1988

Der Verwaltungsrat

PHILIPS

Hotel Landhaus Höpen

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.)

Sie uns, wir informieren Sie gern.

10433 Schöneberg (Lüneburger Heide)  
Telefon 0519/10111111 - Telefax 0519/10111111

Nebentätigkeit für Handelsvertreter aller Branchen!

Suchen Sie Verkaufshilfen für uns. Sie erhalten DM 500,- Erfolgsprämie.

Zuschriften unter A 7535 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

mach mit ...

Aktum Saubere Landschaft e. V.  
Gudensberger Straße 17, 5300 Bonn

Die Kalenderedition zugunsten der DEUTSCHEN KREBSHILFE und der FRANZ-BECKENBAUER-STIFTUNG

mit Beckenbauer, Herthold, Köster, G. Knaus, Mathias und Vögler

Super-Größenformat (mit schem. Autogramm) DM 44,95  
Normalformat DM 29,95

Bezugsquelle direkt mit Verrechnungsscheck bei DEUTSCHER KREBSHILFE - 5300 Bonn

Vor- und Zuname  
Straße  
PLZ Ort

Geschäftsführender Gesellschafter als Leiter eines INSTITUTES für Innere Medizin und Naturheilverfahren gesucht.

Wir, VITA-MED, haben die Idee der sog. „ambulanten Tageskliniken für Naturheilverfahren unter ärztlicher Leitung“ erfolgreich durch ein marktgerechtes, modernes medizinisches und Marketing-Konzept in der BRD etabliert.

Im Rahmen unseres bundesweiten Expansionsprogrammes 1987 suchen wir: adäquate Geschäftspartner mit Kapitaleinsatz zum gemeinsamen Aufbau von neu zu errichtenden Instituten in Großstädten und ausgesuchten Ballungsgebieten. Unser(e) Partner(in) sollte eine starke, aktive und unternehmungslustige Persönlichkeit mit Übersicht sein, Interesse an Naturheilverfahren, Bedienung, med. Kenntnisse erwünscht, komplette Einarbeitung erfolgt über uns.

VITA-MED

Hauptverwaltung  
Dietrichstr. 15  
8000 München 40  
Tel. 0 89 / 36 50 25, Fax: 5 218 382 vico d  
Telefax: 0 89 / 3 618 056

VITA-MED

Hauptverwaltung  
Dietrichstr. 15  
8000 München 40  
Tel. 0 89 / 36 50 25, Fax: 5 218 382 vico d  
Telefax: 0 89 / 3 618 056

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

Heute Neu

### Auto Bild

### Seat

- der von VW

## Für 8695 Mark ein Super-Auto

Pfiffiges Aussehen, gute Leistung und sparsamer Verbrauch. Das Super-Auto zum Superpreis – in AUTO-BILD.

Europas größte Auto-Zeitung

WIR KÄMPFEN FÜR SIE

- Beseitigung betrieblicher Schwierigkeiten
- Subventionsberatung
- Liquiditätsverbesserungen
- Krisenmanagement
- Organisationsproblemlösungen
- Schwachstellenbeseitigung
- Vertriebsberatung
- EDV-Beratung

Erfahrene Fachleute stehen für Ihre Beratung zur Verfügung.

fides

GmbH für Wirtschaftsberatung und Verwaltung  
Kurfürstenstraße 22 · 4630 Bochum 1 · Tel. 02 34/5 85 64

Für die große Fernseh-Spendengala sind wir zu klein

Deshalb wenden wir uns auf diesem Weg an Sie. Wir – das sind 6.000 Franziskanerinnen und Franziskaner in der Dritten, der armen Welt. In Demut und ohne Aufhebens versuchen wir täglich, den Auftrag unseres Ordensgründers Franziskus zu erfüllen, in freiwilliger Armut den Notleidenden eine Schwester, ein Bruder zu sein.

In ihrem Namen bitten wir: Helfen Sie unseren franziskanischen Schwestern und Brüdern, damit sie den Armen helfen können.

An die Missionszentrale der Franziskaner e.V.  
Albertus-Magnus-Straße 39 – 5300 Bonn 2

Ich möchte mich an Ihrer Aktion „Zehn Pfennig am Tag für Menschen in Not“ beteiligen. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen.

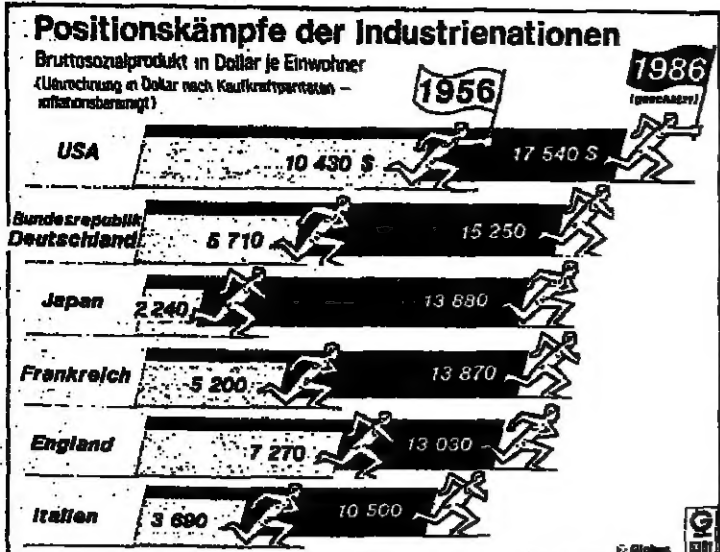
Name  
Straße  
PLZ/Ort

aber bei Millionen Armen haben wir höchste „Einschaltquoten“

Helfen Sie mit 10 Pfennig am Tag! Das sind rund 36 Mark im Jahr. Ein kleines Opfer – doch von großer Wirkung. Danke.

Missionszentrale der Franziskaner e.V.  
Aktion ZEHN PFENNIG AM TAG FÜR MENSCHEN IN NOT.





Die Amerikaner sind die Reichsten und die Japaner die Erfolgreichsten. 30 Jahre wirtschaftlicher Wettkampf der sechs größten westlichen Industrieländer können auf diese kurze Formel gebracht werden. Den größten Sprung nach vorn machten die Japaner, die ihre reale Wirtschaftskraft pro Kopf seit 1956 mehr als verdreifachten und vom letzten auf den dritten Platz vorrückten.

QUELLE: GLOBUS

## MÄRKTE & POLITIK

**Kritik:** Zu wenig offensiv verfolgt die Bundesregierung nach Ansicht der Wirtschaftsjunioren Deutschland die Privatisierung von Betrieben in öffentlicher Hand.

**Bundesbank:** Verteidigt das Präsidentenamt Otto Pöhl die Geldpolitik seines Instituts. Er glaubt nicht, daß ein Senken der Zinsen eine Stimulus für zusätzliches Wachstum sei.

**Konkurse:** Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes dürfte die Zahl der Insolventen 1986 mit etwa 19 000 genauso hoch sein wie im Vorjahr.

**BWE:** Für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) soll eine Dividende von unverändert 16 Prozent auf das Grundkapital von 2,5 Mrd. DM gezahlt werden.

**Warnung:** Claus Köhler, Direktionsmitglied der Bundesbank, hat die Schaffung von Finanzhilfen als problematisch bezeichnet. Sie seien ein Versuch, zusätzliche Geschäfte zu Lasten der

Nachbarn ins eigene Land zu ziehen.

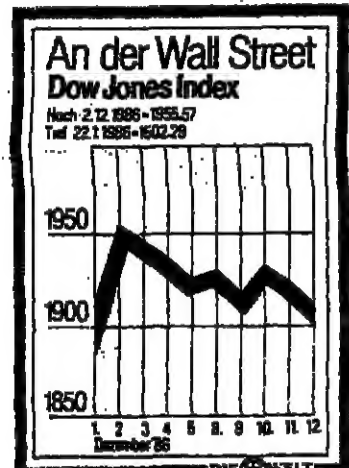
**NH:** Die Haltung der Banken im Fall der Neuen Heimat hat der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Hanns-Christian Schröder-Hohenwarth, verteidigt. Die Banken hätten Wochen gebraucht, um das Konzept des Berliner Unternehmers Horst Schliesser zu prüfen.

**Handwerk:** 102 000 Personen (Plus 2,8 Prozent) wurden im dritten Quartal in den selbständigen Unternehmen mehr beschäftigt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig wurde der Umsatz um 3,5 Mrd. DM (Plus 4,2 Prozent) gesteigert.

**Beteiligung:** An der in Konkurs gegangenen Werft Hochtief-Werke Deutsche Werft (HDW) beteiligten. Dies wurde von Ministerpräsident Uwe Barschel bestätigt.

**Langer Samstag:** Nur mäßige Zufriedenheit über den Umsatz äußert der Einzelhandel. (S. 10)

## FÜR DEN ANLEGER



**Konsequenz:** Die Leitung der New Yorker Stock Exchange hat Ivan F. Boesky den Zugang zum

Börsenhandel über elektronische Medien entzogen.

**Union Carbide:** 27 Mill. neue Aktien gibt das Unternehmen an Anleger in den USA, Kanada und anderen Ländern aus. Vier Mill. davon werden über eine internationale Emission zu je 22,50 Dollar angeboten, die anderen 23 Mill. Aktien werden in den USA und Kanada verkauft.

**Rentenmarkt:** Kurz vor dem Jahresende ist die Anlagebeurteilung aus technischen Gründen auf ein Minimum geschrumpft. (S. 10)

**England:** Auf der Suche nach einer breiteren Refinanzierungsbasis hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) den Sprung an die Themse gewagt. (S. 10)

## WELTWIRTSCHAFT

**Opec:** Die Minister der 13 Mitgliedsländer haben gestern einen freien Tag für bilaterale Unterredungen und zu Konsultationen mit den Regierungen eingelegt.

**China:** Ministerpräsident Zhao Ziyang hat sich auf ausgesprochen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik und der UdSSR auszubauen.

**Niederlande:** Der staatlichen Werft RDM hat die Regierung die Genehmigung für den Verkauf von sechs U-Booten an Saudi-Arabien gegeben.

**Neuer Markt:** Mit der Aufnahme der Flugzeugproduktion in China verspricht sich McDonnell Dou-

glas verstärkten Zugang zum chinesischen Markt.

**Portugal:** Optimistische Aussichten auf die Wirtschaftsaussichten hat Regierungschef Silva gegeben. Sein Land könne in den nächsten vier Jahren in Europa der Staat mit dem höchsten Wirtschaftswachstum sein.

**USA:** Um 0,2 Prozent stiegen im November die Erzeugerpreise im Vergleich zum Vormonat.

**Japan:** Bis etwa 1998 soll die generelle Arbeitszeit von 48 auf 40 Wochenstunden gesenkt werden. Dies hat ein Fachausschuß für Arbeitszeiten der Regierungspartei LDP empfohlen.

## NAMEN



**Daimler-Benz:** Vorstandsvorsitzender Professor Werner Breitschwerdt (Foto) hat nun - was zunächst etwas umstritten erschien - plangemäß den Vorsitz auch in den Aufsichtsräten der beiden MTU-Gesellschaften in München und Friedrichshafen übernommen. Bisher hatte diese Funktion sein Vorstandskollege Werner Niefer inne. Breitschwerdts An-

spruch auf den Vorsitz in den Aufsichtsräten bei den Beteiligungen ABG, Dornier und MTU ist in der neuen Führungsorganisation des Konzerns verankert.

**BASF:** Mit Wirkung zum 1. Januar 1987 hat der Aufsichtsrat Dietmar Werner, den Leiter des Unternehmensbereichs Faserprodukte, zum Vorstandsmitglied bestellt. Er ist seit 1984 für das Unternehmen tätig. Prof. Karl-August Wetjen wird mit Beendigung seines Vorstandsmandats am 30. Juni 1987 in den Ruhestand treten.

**Massa:** Aufsichtsratsvorsitzender Karl-Heinz Kipp hat Roland Oetker zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

## WER SAGT'S DENN?

Ein Unternehmer ist ein Mensch, der in Taten dichtet.  
Otto A. Friedrich

## Stoltenberg lehnt Kooperation in der Währungspolitik weiter ab

Im Gespräch mit US-Finanzminister Baker wurde ein Abkommen nicht getroffen

GÜNTHER BADING, Bonn  
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist in einem mehrstündigen Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen James Baker offenbar bei seiner Ablehnung einer währungspolitischen Zusammenarbeit nach dem Muster des Abkommens zwischen den USA und Japan vom Oktober geblieben. Zwar weiterten sich beide Finanzminister nach der Unterredung im Kieler Schloß vor Journalisten zu der Frage Stellung zu nehmen, ob ein solches Währungsabkommen zwischen Bonn und Washington besprochen worden sei, und ob der Termin der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 dabei eine Rolle spiele. Allerdings erklärte Stoltenberg, Abkommen seien in dem "persönlichen Treffen" nicht getroffen worden.

Im Vorfeld der in internationalen Finanzkreisen mit Spannung erwarteten Begegnung war man davon ausgegangen, daß Baker die seit Monaten andauernden Bemühungen fortsetzen werde, die Bundesrepublik Deutschland zu Binnennachfrage zu veranlassen, die die Einfuhr ame-

rikanischer Waren fördern und damit eine Entlastung des riesigen Handelsbilanzdefizits bringen würden. Baker hatte im Oktober mit seinem japanischen Kollegen Kiuchi Miyazawa eine Zusammenarbeit verabredet, in deren Rahmen Japan seine Zinsen senkte und durch Maßnahmen zur Belebung des Wirtschaftswachstums die Binnennachfrage erhöhte, um US-Produkten den Marktzugang in Japan zu erleichtern. Die USA beendeten im Gegenzug ihre Politik, den Wechselkurs des Dollars herunterzusetzen. Die USA hatten parallel zu den Gesprächen mit Japan auch Bonn immer wieder aufgefordert, die Binnennachfrage anzuregen und so den USA höhere Ausfuhr zu ermöglichen.

Gegen ein derartiges Währungsabkommen hat sich am Wochenende der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) energisch ausgesprochen. Solche "währungspolitischen Scheinlösungen" könnten die fundamentalen Handelsungleichgewichte ebenso wenig verringern wie eine japanische Selbstbeschränkung bei einzelnen Exportgütern. Graf Lambsdorff verwies im

übrigen auf die Gefahr für die Autonomie der Bundesbank durch solche Währungsabkommen. Der ehemalige Finanzminister Hans Apel (SPD) dagegen wiederholte die Auffassung seiner Partei, daß ein "internationaler Stabilitätspakt" dringend erforderlich sei. Die "Kooperationsunwilligkeit" der Bundesregierung führe angesichts der dadurch entstandenen "Achse" Tokio-Washington auch zu Spannungen und Gefahren für Europa.

In einer gemeinsamen Erklärung nach dem Gespräch in Kiel hieß es, man habe "die Verfahren für die vereinbarte verstärkte finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der großen Industrieländer" besprochen. Weitere Themen seien die Entwicklung im Währungsbereich und die internationale Schuldensituation sowie die Vorbereitung der Frühjahrstagungen von internationalen Währungsfonds (IGF) und Weltbank gewesen. US-Finanzminister Baker traf gestern seinen Kollegen Nigel Lawson in London; er wird heute in Paris von Finanzminister Edouard Balladur erwartet.

## Wall Street machte wenig Freude

Trotz guter wirtschaftlicher Nachrichten fielen die Kurse zum Wochenschluß ab

G. BRÜGGEMANN, New York  
Am Börsengeschichten in Wall Street können die Anleger in der vergangenen Woche kaum Freude gefunden haben. Die Kursentwicklung war bei eher geringen Umsätzen uneinheitlich mit eindeutig negativer Tendenz zum Wochenschluß, ohne daß sich die grundlegenden wirtschaftlichen Bedingungen geändert hätten.

Der Dow-Jones-Index der Blue Chips fand sich am Freitag mit 1912,26 Punkten nach einem Wochenverlust von 12,80 Punkten ziemlich genau dort wieder, wo er den Monat begonnen hatte. Auch die breiter angelegten Indizes der NYSE und Standard & Poors blieben mit 143,89 (minus 3,16) und 247,35 (minus 3,82) Punkten unter dem Vorwochenstand.

Dabei waren die wirtschaftlichen Nachrichten, die aus Washington nach Wall Street drangen, gar nicht so schlecht. Am Montag gab die Regierung ihre Wachstumsprognose für das kommende Jahr ab. Sie liegt mit

einer Rate von 3,2 Prozent zwar deutlich niedriger als bisher angenommen, wird aber als sehr viel realistischer und somit glaubwürdiger angesehen. Da der Wirtschaftsberater des Präsidenten, zugleich auch sinkende Zinsen für möglich hielt, ließen die Befürchtungen an Wall Street, die Zentralbank könnte die Kreditzinsen wieder anheben, deutlich nach.

Anhaltende Wirkung blieb in Äußerungen aus der Hauptstadt aber versagt. Zwar gab es zur Wochenmitte noch einmal steigende Kurse, aber dann fielen sie zwei Tage hintereinander deutlich. Auch die Meldung über die mit 0,2 Prozent nur geringe Steigerung der Produzentenpreise im November, die Anlaß hätte sein können, die permanenten Inflationsängste zu zerstreuen, wurde an Wall Street nicht mehr so recht zur Kenntnis genommen. Der etwas nachgebende Markt für Festverzinsliche trug auch nur wenig zur Festigung des Aktienmarktes bei.

Offenbar sind die Börsianer zu

stark von anderen Dingen in Anspruch genommen, zu denen weiterhin die politische Auseinandersetzung in Washington wegen der Waffengeschäfte mit Iran, aber auch umveränderte die Sorge um weitere Enthüllungen in dem keineswegs entschärften Insider-Skandal gehören. Zum Wochenschluß gesellte sich dann noch die Nachricht aus Genf hinzu, daß bei der Opec eine Einigung über Produktionsquoten möglich sei. Das führte zwar zu einer deutlichen Nachfrage und damit Kursteigerung bei Energiewerten, wurde aber allgemein als so nachteilig empfunden, daß Abgabedruck entstand.

Im übrigen spielen für die Kursbildung an Wall Street wegen des bevorstehenden Jahreswechsels zunehmend auch steuerliche Überlegungen der Anleger eine Rolle, die in diesem Jahr von besonderer Bedeutung sind, weil mit der Steuerreform, die am 1. Januar 1987 in Kraft tritt, eine Reihe von Begünstigungen für Kapitalgewinne gestrichen werden.

## AUF EIN WORT



„Die im Rundfunkurteil festgelegten Grundsätze müssen schnellstens im Sinne einheitlicher Marktbedingungen in einen Medienvertrag umgesetzt werden, damit die private Medienwirtschaft eine verlässliche Basis für Investitionen erhält.“

Manfred Haezel, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Kabelkommunikation e. V., Bonn.  
FOTO: DIE WELT

## Ein Schlips als Geschenk ist unfair

G. BRÜGGEMANN, Washington

Die schwere Aufgabe, für die richtigen Leute die richtigen Geschenke zu finden, hat so manchem die Vorweihnachtszeit verdorben. Bei Menschen, die man gern hat, kann man sich dabei zumeist auf die Eingebung verlassen, manchmal auch auf die Nachsicht der Beschenkten. Was aber ist mit den Leuten im Büro, den Kollegen, den Untergebenen, Vorgesetzten, die hin und wieder nett sind, die man oft jedoch nicht ausstehen kann?

Der beste Rat, nämlich im Büro auf Geschenke ganz zu verzichten, wird oft nicht befolgt. In Amerika haben manche Firmen ihren Mitarbeitern die Entscheidung abgenommen, indem sie den Arbeitsplatz für eine geschenkfremde Zone erklärt haben; andere haben so enge finanzielle Grenzen gesetzt, daß wirklich nur Kleinigkeiten die Hand wechseln können.

Für die übrigen aber, die die Schenkererei im Büro nicht lassen können oder wollen, ist im Laufe der Jahre ein wahres Netzwerk von Protokollvorschriften entstanden, das sich in diesen Wochen in allerlei Veröffentlichungen Gehör verschafft.

Gemeinplätze sind darunter wie der, man solle Geschenke, ob für den Boss oder für den Chef, angemessen halten, ebenso aber auch spezielle Anweisungen: Schenken Sie keine Kleidung; der Beschenkte könnte sich verpflichtet fühlen, sie zu tragen, auch wenn er sie scheußlich findet. Als besonders unfair wird es angesehen, einem Mann einen Schlips zu schenken, weil dieser wichtige Teil der Bekleidung als persönliche Visitenkarte angesehen wird.

Anders dagegen verhält es sich mit Accessoires für die Bürodamen; Seidentücher, Geldbörsen (leer) und mit Initialen versehene Schlüsselanhänger beispielsweise gelten als besonders originelle Präsenten. Vor Parfums und Modeschmuck wird von den Hüttern der Büroetikette indes gewarnt. Als ausgesprochen sinnvolle Geschenke gehen im Büro Bilderrahmen, Schreibstutensilien, Küchengeräte, Pflanzen und Blumen.

Sehr viel Aufmerksamkeit wird der Frage zugewandt, wieviel Geld denn für die Bürogeschenke aufgewendet werden sollte. Hier ist die Meinung der Experten einhellig. Im Zweifel ist

weniger mehr. Ein paar exzellente aber teure Pralinen machen mehr Eindruck, als die große, billige Schachtel aus dem Supermarkt.

Besonders penibel sind die Protokollvorschriften, die Chefs betreffen. Sie selbst haben übrigens keinerlei Anspruch auf Geschenke von ihren Mitarbeitern und legen wohl auch nur selten Wert darauf. Wer es aber trotzdem nicht lassen will, sollte nicht versuchen, den Chef zu beeindrucken. Ein negativer Eindruck beim Chef könnte allerdings vermieden werden, wenn man ihm etwas schenkt, wovon er angeblich nie genug kriegen kann, etwa eine Feinschmeckerei.

Der Chef, von dem im allgemeinen erwartet wird, daß er zu Weihnachten etwas springen läßt, sollte darauf achten, daß er jedem ungefähr das gleiche zukommen läßt. Lediglich für die Sekretärin oder den persönlichen Assistenten darf es etwas Besseres sein. Es wird aber dringend davon abgeraten, allzu persönliche Geschenke zu machen. Das könnte manchmal peinlich sein und ließe die Urteilsfähigkeit des Schenkers in einem schlechten Licht erscheinen.

## Die USA wollen erneut Ausgleichszölle erheben

Droht offene Konfrontation wegen EG-Süderweiterung?

Ha. Brüssel  
Die Agrarverhandlungen zwischen der EG-Kommission und der amerikanischen Regierung sind gestern ergebnislos abgebrochen worden. Damit hat sich die Gefahr erhöht, daß der Streit um Entschädigungen für Handelsnachteile der USA durch den EG-Befrei Spaniens und Portugals wieder in eine offene Konfrontation mündet.

Die Verhandlungen hatten am Rand der hochrangigen Konsultationen stattgefunden, zu den am Freitag unter Führung von Außenminister George Shultz eine fünfköpfige Ministerdelegation nach Brüssel gekommen war. Beide Seiten hatten sich dabei zum Ziel gesetzt, die im Gatt festgelegten Expertengespräche durch einen politischen Kompromiß zu beenden.

Elle war geboten, weil der im Sommer vereinbarte „Burgfrieden“ im Handelsstreit am Jahresende ausläuft. Der US-Handelsbeauftragte Clayton Yeutter hatte auch nach dem Besuch der amerikanischen Minister in Brüssel keinen Zweifel daran gelassen, daß die Reagan-Administration im Januar erneut Ausgleichszölle auf EG-Produkte erheben wird, wenn eine Einigung bis dahin ausbleibt.

Die USA stoßen sich daran, daß Spanien bei der Maiseinfuhr französischen Exporteuren eine Handelspräferenz einräumen muß. Dadurch würden die US-Lieferanten diskriminiert. Obwohl die EG glaubt, daß die Süderweiterung den USA mehr Vor- als Nachteile bringt, hatte sie sich zu befristeten Importgarantien bereit erklärt. Diese waren den Amerikanern jedoch nicht ausreichend.

## Nicht erreichbar

das - Der umstrittene Verkauf von U-Boot-Konstruktionsplänen durch die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG an die Regierung Südafrikas sei nicht der Auslöser für das Auseinanderfallen der HDW-Chefs Klaus Ahlers gewesen. Die Trennung habe sich vielmehr schon seit längerem „angebahnt“. Der Wahrheitsgehalt dieser Version, vom Statthalter des HDW-Mehrheitsgegners Bundesrepublik Deutschland, dem Salzgeber-Vorstandsvorsitzenden Ernst Pieper, abgesegnet, ist bedauerlicherweise nicht nachprüfbar. Pieper ist untergetaucht und für die Vertreter der Öffentlichkeit trotz intensiver Bemühungen seit längerem nicht erreichbar.

Solche Verhaltensweise, für

Pieper eher atypisch, läßt das Mißtrauen wachsen. Es könnte bedeuten, daß der Salzgeber-Chef einiges „unter der Decke halten“ will. Ganz ohne Schrammen nämlich scheint wohl auch er im Rahmen der HDW-Turbulenzen nicht geblieben zu sein. Die Mutmaßung der Arbeitnehmervertreter im HDW-Aufsichtsrat, ohne sein Wissen seien Entscheidungen wie das Südafrika-Geschäft unmöglich, dürfte der Wahrheit sehr nahe kommen.

Pieper gehört nämlich zu der Kategorie von Managern, die sich auch um Detailfragen im Konzern selbst kümmern. Außerdem sind die Ergebnisse der Aufsichtsratsitzung weitgehend identisch mit den vorab formulierten Forderungen der Arbeitnehmervertreter. Ahlers ist gegangen; der als Nachfolger favorisierte Michael Budziesz blieb außen vor. Und schließlich wurde auch auf die Berufung eines neuen Vorstandsvorsitzenden verzichtet.

## Allzu selbstgefällig

Von JOACHIM GEHLHOFF

Frappanter kann man sich die Gegensätze zwischen Wirtschaft und Politik kaum noch denken. Auf dem europäischen Stahlmarkt herrsche mal wieder, von Schleuderpreisen hoch subventionierter EG-Staatskonzerne und Dumping-Lieferungen aus Drittländern verursacht, schier das totale Chaos. So klagten deutsche Stahlproduzenten. Eine bessere Stahlpolitik, von Bonn bis Brüssel, müsse schleunigst her, um ab 1987 „Druckmittel“ für Unternehmen und Arbeitsplätze zu vermeiden.

Die Stahlpolitik der seit 1983 amtierenden Bundesregierung sei, wie auch die im Gegensatz zur hoch subventionierten Nachbarschaft seit 1984 wieder erreichte Gewinnlage der meisten deutschen Stahlunternehmen beweise, „weitestgehend als die mit dirigistischer Prägung anderer Regierungen“. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium um letzte Woche in umfangreicher Stellungnahme der Presse mit.

Wortreich wird die Vision eines endlich wieder freien Stahlmarktes als höchstes Ziel postuliert. Über die Notwendigkeit zur Neubestimmung der Stahlpolitik, um der Branche aus neuen Nöten zu helfen, findet sich kein Wort. Man ist offensichtlich mit der Politik, die man bisher betreibt, zufrieden.

Erst reagiert darauf Thyssen Konzernchef Dieter Spethmann, der bei aller erfolgreichen Diversifizierung immer noch größten privaten Stahlherstellers in der Europäischen Gemeinschaft. „Glaubt denn das Bundeswirtschaftsministerium wirklich, man könne Vollbeschäftigung erreichen, indem man eine wettbewerbsfähige Industrie von fremden Staatskassen erdrosseln läßt?“

Natürlich glaubt man das auch in Bonn nicht. Aber an zumindest zwei gravierenden Punkten der Stellungnahme wird deutlich, daß man die heraufziehende neue Stahlmisere und ihre vermeintlichen Ursachen falsch einschätzt.

Erster Punkt: Den steigenden Importdruck aus Drittländern, schreibt das Ministerium, müßte die deutsche Stahlindustrie hinnehmen. Er sei Ausdruck des wachsenden Willens vieler Länder, einen Platz im Kreis der Industrieländer einzunehmen. Diese Länder könne man nicht nur auf die Lieferung von Souvenirs, Textilien, Schuhen und Rohstoffen verweisen. „Gegen ihre Lieferungen kann nur der bestehen, der ebenso kostengünstig produziert und ebenso günstigen Preisen anbietet.“

Eine pure Selbstverständlichkeit, die deutschen Stahlproduzenten aber wie der blanke Hohn vorkommt. Denn detailliert weisen sie nach, daß aus einer Vielzahl junger aufstrebender Stahlhäuser zu Preisen geliefert wird, die zuweilen noch nicht einmal die Kapitalkosten der staatsfinanzierten neuen Hüttenwerke decken und die fast stets deutlich unter dem Inlandspreisniveau des Lieferanten liegen. Die Abwehr solcher Dumping-Praktiken, gegen die der betroffene heimische Produzent noch nicht einmal ein Klagerecht hat, wird in Bonn wie von der Brüsseler EG-Kommission nur bruchstückweise betrieben.

Zweiter Punkt: Das Ministerium gibt zu erkennen, daß Bonn das EG-Krisensystem der Produktionsquoten, das jetzt noch für die Hälfte der Walzstahlproduktpalette gilt, tunlichst nicht über 1987 hinaus verlängern möchte. Denn es berge die Gefahr der Gewöhnung zum Schanzenbau.

Und es habe andererseits zu einem in der EG höheren Stahlpreisniveau als in anderen Ländern geführt.

Mit Ingrimmen reagieren die deutschen Stahlhersteller auf diesen falschen Zynismus. Nachweislich sei von Nordamerika bis Japan das Stahlpreisniveau aller großen Industrieländer höher als in der EG auch vor dem hier seit Mitte 1986 erneut eingetretenen Preisersturz. Zu dem über lange Krisenjahre hin immer wieder nur kurzzeitig verlängerten Quotensystem habe die deutsche Industrie schon frühzeitig den Vorschlag gemacht, mit mehrjährigen Produktionsanrechten den nun dann voll wirksamen „Quotenhandel“ als Instrument des Wanderns der Stahlproduktion an die besten EG-Standorte zu nutzen.

So bahnt es sich nun endlich in Gesprächen zwischen EG-Kommission und den führenden EG-Stahlkonzernen mit dem Ziel einer Quoten-Lebensdauer bis 1990 an. Eine vernünftige, Kapital für sozialverträgliche Standortumverteilung freisetzende Lösung, von der man aber im Bundeswirtschaftsministerium nichts zu halten scheint.

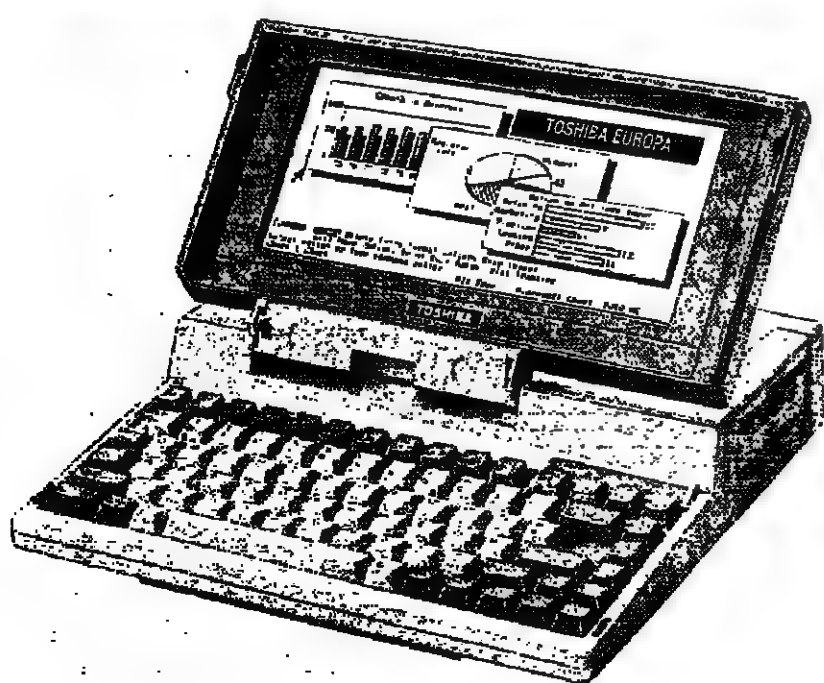
Doch offenkundig wird in der neu heraufziehenden Stahlmisere, daß Bonn keine Chancen mehr hat, in selbstgefälliger Gelassenheit auf die doch so erfolgreiche deutsche Stahlpolitik zu verweisen. Energiereiche Reaktionen werden fällig, um die Folgen der Subventionssuchen vom an sich gesunden deutschen Stahlpotential fernzuhalten.



[illegible]



# Toshiba T1100 Plus. Der Portable mit ABS, permanentem Allradantrieb und Turbolader.



Trotz kleinster Abmessungen und eines Gewichts von nur 4,5 kg leistet der neue Toshiba T1100 Plus mehr als ein Standard-PC. Mit eingebauten NiCad-Batterien ist er, unabhängig vom Netz, bis zu acht Stunden arbeitsbereit. Aber auch alle weiteren Daten machen aus diesem extrem kleinen und mobilen Computer einen Riesen: Er hat einen schnellen 16 BIT-Microprocessor 80C86 mit 7,16 MHz. Die Speicherkapazität beträgt 640 KB. Es stehen gleich zwei Diskettenlaufwerke mit je 720 KB zur Verfügung. Dazu ist der Toshiba T1100 Plus kompatibel zum IBM-PC, und wer mit ihm arbeitet, wird den kontrastreichen LCD-Bildschirm (640 x 200 Punkte) schätzen. Wenn Sie mehr über dieses rasante Gerät wissen wollen, schreiben Sie uns.

## TOSHIBA

IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

**TOSHIBA Europa (I.E.) GmbH, IPS-Division, Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss.**



## 2. Liga

## Start in die Rückrunde

In der zweiten Fußball-Liga hat die Rückrunde schon begonnen: Hannover wahrte durch ein 0:0 gegen Osnabrück den Vorsprung von acht Punkten - und hat bereits Einnahmen von drei Millionen Mark.

## DIE ERGEBNISSE

Hannover - Osnabrück	0:0
Bielefeld - Köln	3:3 (1:2)
Saarbrücken - St. Pauli	0:0
Aschaffenburg - Kassel	0:0
Freiburg - Braunschweig	2:2 (1:1)
Darmstadt - Ulm	2:1 (0:0)
Solingen - Stuttgart	2:1 (1:0)
Aschen - Wattenscheid	0:1 (0:0)
Essen - Oberhausen	3:1 (0:0)
Karlsruhe - Salzwedel	1:0 (0:0)

## DIE TABELLE

1. Hannover	20	17	1	2	55:19	35:5
2. Darmstadt	20	11	5	4	40:22	27:13
3. Osnabrück	20	11	5	4	34:30	27:13
4. Aschen	20	11	3	6	27:15	25:15
5. St. Pauli	20	9	8	3	33:29	21:17
6. Karlsruhe	20	8	4	7	27:24	22:18
7. Freiburg	20	8	6	6	30:27	22:18
8. Stuttgart	20	10	1	9	40:33	21:19
9. Saarbrücken	20	7	6	7	21:33	20:20
10. Wattenscheid	20	6	8	6	28:31	20:20
11. Essen	20	7	5	8	27:38	19:21
12. Oberhausen	20	8	8	4	29:34	19:21
13. Ulm	20	6	8	6	25:34	19:21
14. Solingen	20	8	11	1	32:40	17:22
15. Braunschweig	20	5	6	9	25:25	16:24
16. Bielefeld	20	4	8	8	26:30	16:24
17. Köln	20	4	8	8	26:30	16:24
18. Aschaffenburg	20	4	7	9	25:36	15:25
19. Kassel	20	4	10	6	20:36	14:28
20. Salzwedel	20	2	4	14	21:47	8:35

Wissenswert: 20 Uhr Köln - Aschaffenburg; - Samstag: Ulm - Essen, Kassel - Darmstadt, St. Pauli - Freiburg, Stuttgart - Hannover, Braunschweig - Aschen, - Sonntag: Salzwedel - Saarbrücken, Osnabrück - Karlsruhe, Oberhausen - Solingen, Wattenscheid - Bielefeld.

## FUSSBALL

## Weltcup an River Plate

Rekordmeister River Plate Buenos Aires krönte Argentinien's Erfolgsjahr im Fußball. Nach dem zweiten Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko holte River Plate mit einem 1:0-Finalsieg über Europapokal-Gewinner Steaua Bukarest den Weltpokal zum siebten Mal nach Argentinien. "1988 ist wirklich unser Jahr. Ich komme aus dem Feiern nicht mehr heraus", sagte River Plates Torwart Nery Pumpido nach dem Triumph, an dem als weitere Weltmeister noch Oscar Ruggeri und Hector Enrique beteiligt waren.

Das Tor des Tages vor 62 000 Zuschauern im ausverkauften Nationalstadion erzielte allerdings kein Argentinier, sondern Antonio Alzamendi aus Uruguay. In Deutschland ist sein Name bekannt, seit er bei der WM-Endrunde im ersten Gruppenspiel (1:1) das 1:0 der Uruguayer gegen das deutsche Team schoss.

Für Steaua Bukarest war das 0:1 ein neuer Rückschlag. Im laufenden Europacup-Wettbewerb schied die Mannschaft bereits gegen RSC Anderlecht aus. Immerhin aber garantiert der Weltcup-Sponsor beiden Finalisten eine Gage von umgerechnet einer Million Mark.

## SPRINGREITEN

## Triumph für Sloothaak

Die Reiter aus der Bundesrepublik Deutschland feierten beim Weltcup-Springen in London einen großen Erfolg. Franke Sloothaak (Mühlen) gewann auf Farmer mit null Fehlern und der schnellsten Zeit von 42,48 Sekunden vor dem Iren Eddie Macken auf Carrols Piquet (04:39) und seinem Chef Paul Schockemöhle.

## Anzeige

**Fit durch die Feiertage!**  
Weniger Fett, mehr komplexe Kohlenhydrate, z.B. NUDELN!  
Von Natur aus gut.....  
**3 GLOCKEN**

(Sloothaak ist bei ihm Verkaufsreiter). Schockemöhle schaffte auf seiner Stute Orchidee als dritter Reiter eine fehlerlose Runde im Stechen, hatte aber mit 50,36 Sekunden die schwächste Zeit.

Der dritte Rang reichte dem dreimaligen Europameister aber, um die Führung in der europäischen Weltcup-Wertung wieder zurückzuerobern, die er vor einer Woche in Bordeaux verloren hatte. Schockemöhle weist nun auf Platz eins 52 Punkte auf. Zweiter ist Macken (48) vor dem Franzosen Pierre Durand (40). Dann folgt schon Franke Sloothaak mit 39 Zählern.

Damit ist bereits jetzt so gut wie sicher, daß die beiden Deutschen beim Weltcup-Finale Mitte April in Paris dabei sein werden. Sloothaak kassierte für seinen Sieg knapp 13 000 Mark und ein Auto im Wert von rund 37 000 Mark.

## TENNIS / Boris Becker besiegte Schweden Jonas Svensson im Finale von Stuttgart mit 7:6, 7:6, 6:3

## Mit viel Ballgefühl zum dritten Sieg im Turnier der jungen Meister

Boris Becker hat den Hatrick geschafft. In Stuttgart gewann er zum dritten Mal das ebenso oft ausgetragene Young Masters Turnier. In seinem letzten Match des Jahres besiegte er den Schweden Jonas B. Svensson in 157 Minuten mit 7:6, 7:6, 6:3. Auch 1986 im englischen Birmingham (gegen Stefan Edberg) und im Januar dieses Jahres in Berlin (gegen Mats Wilander) hatte er im Finale des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers gegen Spieler aus dem Lande des Davis-Cup-Gewinners triumphiert.

Es war ein äußerst spannendes Match, bei dem beide Spieler gute Leistungen boten. Für Becker war es die sechste Finalteilnahme in Folge. Nach Siegen in Sydney, Tokio, Paris und beim Einladungsturnier in Atlanta/Georgia sowie der Final-Niederlage beim Masters in New York gegen Ivan Lendl übertrug er in Stuttgart alle Kontrahenten trotz der Niederlage gegen den Sowjetrussen Andrej Tschesnokow und einigen schwachen Phasen insgesamt eindeutig.

Es war ein Spiel der Publikums- und Medienbegeisterung. Becker und Jonas B. Svensson. Denn nicht nur dem Leinwand, auch dem Schweden gehörten die Herzen der etwa 7500 Fans. Und die konnten sich an einem guten Spiel begeistern. Da standen sich zwei Könner ihres Faches gegenüber, die beide mit unglaublich viel Ballgefühl ausgestattet sind.

Die Geschichte des Endspiels partners von Becker klingt fast wie ein Märchen: Es war einmal ein Mann namens Jonas Svensson. Der lebte in Schweden und sammelte in seinem Beruf als Tennis-Profi einige Weltreiselustpunkte, bis plötzlich ein zweiter Jonas Svensson auftauchte. Dieser Jonas I. bekam durch eine Verwechslung Ranglistenpunkte gutgeschrieben, die eigentlich Jonas I. errungen hatte. Das mochte sich Jonas I. verständlicherweise nicht gefallen lassen. Deshalb einigten sich die beiden, hinter Jonas noch einen Buchstaben zu setzen. Jonas A. Svensson spielt im aktuellen Weltmeisters keine Rolle mehr, Jonas B. hingegen ist auf dem Weg nach ganz oben.

Schon vor zwei Jahren sagte dieser Jonas B. Svensson: "Ich werde mal so groß wie John McEnroe." Das war ganz zu Anfang seiner Karriere, als er 18 Jahre alt war. Heute sitzt er als 20. der Weltreiselustpunkte seines amerikanischen Vorbilds, das auf Rang 12 abgerutscht ist, schon eng auf den Fersen. Svenssons Nahziel ist der 15. Platz. "Dann der zehnte, und dann..."

Gemeinsamkeiten mit Boris Becker gibt es nicht.

Beide aber stehen auf der Siegerliste in Wimbledon. Denn Jonas B. gewann 1983 das Junioren-Doppel an der Seite des Australiers Mark Kratzman. Der in Göteborg geborene Svensson lebt heute in Kungälv. Doch die Bundesrepublik Deutschland ist sein bestes Pflaster. Hier gelangen ihm in diesem Jahr einige aufsehenerregende Erfolge: In Köln, beim Cologne Cup, gewann er seinen ersten Grand Prix, in Stuttgart-Weidenhof zog er ebenso wie jetzt in der Stuttgarter Schleyer-Halle ins Finale ein. So gelangte er innerhalb eines Jahres von Rang 128 in der Welt auf Platz 28. Hinzu kam noch ein Endspiel in Wimbledon, wo er in fünf Sätzen dem Franzosen Yannick Noah unterlag.

"Deutschland liegt mir", sagt Jonas B., der außerdem beim Bundesligaklub TC Bamberg an Nummer eins spielt. Hier, so meint er, stimmen Umfeld und Organisation immer. Hinzu kommt, daß er gerade in diesem Land viele Fans hat, vor allem weibliche. Beim Turnier in Stuttgart-Weidenhof beispielsweise wurde er täglich von kreischenden Teenagern empfangen. Doch, stören, nein, stören kann mich das nicht", sagt Jonas B. Svensson. "Ist doch schön, oder?"

Auf ganz eigene Art beschrieb er in Stuttgart auch die Stärken seines Finalgegners Boris Becker. Er verdreht furchterregend die Augen, läßt die Hände einen Kreis ziehen und schlug sie mit lautem Knall zusammen und schrie "Wham". So schlägt der Aufschlag des Deutschen ein. "Much power, so much power."

## Kritik an Lendl

Ivan Lendl ist die Konzentration all dessen, was im heutigen Tennis gut und was schlecht ist. Mit diesen Worten wurde der Weltreiselustpunkte-Erste Ivan Lendl in einem fast gänzlichem Interview mit Sportfunktionären der CSSR beschrieben, das am Samstag in der bedeutendsten tschechoslowakischen Zeitung, in der "Rude Pravo", veröffentlicht wurde. Darin heißt es, die CSSR "schütze" seine sportlichen Erfolge, habe aber "große Vorbehalte, was das Verhältnis von Ivan Lendl zu seinem eigenen Land betrifft". Mit Lendl werde in den westlichen Medien "bewußt gegen die CSSR manipuliert". Lendl sei "zu sehr auf sich konzentriert und ist nicht feig, seine Erfolge mit jenen zu teilen, die ihn auf den Tennis-Olymp gebracht haben".

Der Kapitän der tschechoslowakischen Davis-Cup-Mannschaft und ehemalige Wimbledon-Sieger Jan Kodes sagte: "Lendl fühlt sich gekränkt und behauptet, er habe alles getan, was von ihm verlangt wurde. Das stimmt nicht." Lendl habe "unannehmbar" Bedingungen gestellt, unter denen er bereit sei, repräsentativ für die CSSR zu spielen. "Wir lassen uns von Lendl nicht diktieren", meinte der Vorsitzende des Tschechoslowakischen Tennisverbandes, Cyril Suk, der Vater der CSSR-Spieler Helena Sukova, "Unser Tennissport existierte vor Lendl und wird auch nach Lendl existieren."

Böse Fouls aber häufen sich immer erst in der Schlussphase eines Spiels. Wenn die Konzentration durch nachlassende Kraft geschwächt ist, wenn die psychische Stabilität durch eine drohende Niederlage oder die Heftigkeit des Publikums angekratzt ist - in solchen Phasen lassen sich Spieler zu Handlungen hinreißen, die ihnen zu Beginn eines Spiels nie unterlaufen würden.

So war es auch am Samstag in Gummerbach. Fünfzig Minuten verlief das Spiel hart, aber fair. Obwohl sich die beiden besten Abwehrkräfte der Bundesliga gegenüberstanden. Zehn Minuten vor dem Ende hatte er seinen Gegenspieler Heiner Brand (34) mit einem Kopfstoß revanchiert und Krebs dabei eine blutende Mundverletzung zugefügt. Gummerbachs Obmann Eugen Haas (70), angesichts der 13:14-Niederlage im Prestigekampf mit Essen emotional noch sehr aufgewühlt, forderte sogleich eine einseitige Strafe: "Peter Krebs soll man das Handballspielen verbieten. Er spielt seit Jahren so unfair wie kein anderer." Krebs wehrte sich: "Brand ist ein genauso harter Spieler wie ich. Nur mit dem Unterschied, er hat durch seinen Namen einen Bonus bei den Schiedsrichtern und in der Öffentlichkeit."

Die Härte im Handball und die Reaktion der Schiedsrichter darauf ist seit Jahren ein Dauerthema. Kraft, Schnelligkeit, das hohe Tempo und die Ansammlung vieler Spieler auf engstem Raum sind fast zwangsläufig Ursache für Zweikämpfe an der Grenze der Fairness.



Froh, daß dieses Jahr endlich vorbei ist - Boris Becker, ein müder Star in Stuttgart.

FOTO: MÜLLER

## Das Lächeln als Teil des Jobs, auch wenn es so verdammt schwerfällt

Auch dies gehört selbstverständlich zum Job des Tennisprofis. So sitzt er, noch in Arbeitskleidung, pinktlich vor den Mikrofonen im Keller der Stuttgarter Hanns-Martin-Schleyer-Halle. Auch wenn jetzt jeder Blick, jede Geste Müdigkeit und Abneigung andeutet.

"Warum", fragt da einer, "warum sieht man Sie in letzter Zeit so wenig lächeln?" Boris Becker dreht den Kopf, fixiert sein Gegenüber mit hochgezogenen Augenbrauen und schenkt ihm für Sekunden sein strahlendstes "Cheese"-Lächeln. Nein, die Frage amüsiert ihn nicht. Auch sie geht sichtlich auf die Nerven. Becker tauscht die Maske "Titelfoto" wieder gegen die Maske "Leere" und behauptet: "Ich lache genauso viel oder so wenig wie früher."

So ist es natürlich nicht. Der 19-Jährige lacht selten in diesen Tagen. Aber warum auch? Wer verbringt schon Fröhlichkeit, wenn er ausgegüht und unendlich müde die Tage bis zum längst verdienten Urlaub zählt? Erst recht, wenn er unmittelbar zuvor eine bittere Niederlage erlitten mußte.

Boris Becker, der 19-Jährige Tennis-Spieler, der in diesem Jahr den schon sagenhaften Triumph eines ungestümen Jungprofis nicht nur auf kaum für möglich gehaltene Weise bestätigte, sondern die Superstar-Legende sogar weiterschrieb, ist unerbittlich. Und das Turnier der weltbesten Spieler bis 21 Jahre, dieses sogenannte Weltmeisterschaftsturnier der Stuttgarter Veranstalter an alle Tennis- oder Beckerfreunde, dieses zum gesellschaftlichen Ereignis hochgelobte

Spektakel, ist dem wettkampfmüden Hauptdarsteller unendlich lästig. Doch auch dies gehört zum Job. Zwar hat diese Niederlage gegen Ivan Lendl beim Masters-Turnier in New York bei Becker Spuren hinterlassen. Das war nicht nur vergebliches Anrennen gegen einen perfekt spielenden Weltreiselustpunkte-Ersten, das war auch ein Zurückfallen in anfängliches Verhalten zu einem Zeitpunkt, als der Sprung zur Spitze schon möglich schien. Diese Erfahrung hat tiefer getroffen als jede andere Niederlage. Doch die Show muß weitergehen. Auch im Augenblick der völligen Leere bietet sich Becker keine Gelegenheit zur Ruhe.

Die Heimat wartet schon auf ihren leistungsbereiten Weltstar. Und das Geschäft will, daß er erzählt, warum er auch in diesem Jahr gerne beim Young-Masters-Turnier startet. Er könne schließlich nicht vergessen, hört man Boris Becker sagen, daß "mit diesem Wettbewerb und meinem Sieg vor zwei Jahren in Birmingham" sein großer internationaler Aufstieg begonnen habe. Auch habe er einen Titel zu verteidigen. Und so sei er in Stuttgart einfach gezwungen, "vor heimischem Publikum eine gute Leistung zu bringen. In Deutschland möchte ich meine Freunde und Fans nicht enttäuschen."

So spricht er, nimmt sich dies vielleicht auch vor - und sagt doch mit jeder Bewegung das Gegenteil. Wie er im Spiel gegen gar nicht so starke Konkurrenten beim kleinsten Fehler verzweifelt und Streit mit seinem Schlichter sucht. Wie er nach dem Training, dem Repräsentanten des englischen Hauptsponsors vorgestellt, ein

Lächeln versucht und dann mit leerem Gesicht über den Star talk hinweghört. Oder wie der Star vor 7000 Zuschauern bei der Ehrung der vier Halbfinalisten als letzter an den VIP-Boxen vorbeischießt, seine Tasche schloß fallenläßt und mit einem Stolperer den Platz betritt.

"Ich bin leer im Kopf", sagt Becker dann doch, "und ich bin echt froh, daß dieses Jahr 'rum ist."

So greift er bei diesem eher provinziellen Wettbewerb, bei dem er nicht entscheidend verlieren darf, aber eigentlich nur verlieren kann, zu jedem Strohhalm, um sich in die nötige Spannung zu versetzen. Mannschaftskamerad Eric Jelen bekommt dies im Halbfinale zu spüren. "Ich möchte nicht, daß Eric hinterher herumtütelt und fragt: Na, wer hat beim letzten Mal gewonnen?" Das reicht, um den gelegentlichen Trainings- und Doppelpartner, konzentriert, in zwei soliden Sätzen ohne Flaschen und ohne leichtsinnige Fehler klar zu bezwingen, wie Becker hinterher sagt.

Ob er sich denn nicht auch für seine Niederlage gegen den Sowjetrussen Tschesnokow vor dem deutschen Publikum habe rehabilitieren wollen? Wenn ich auf den Platz gehe, will ich gewinnen", sagt Becker, "dann spiele ich für mich. Ob da nun keiner sitzt oder zehntausend." Und schließlich war dies nicht mehr Vorurteilgeplänkel, sondern ein Halbfinalspiel: "Immer wenn ich gewinnen mußte, habe ich gewonnen - beinahe immer."

Und dabei lächelt er, trotz aller Müdigkeit. JÖRG STRATMANN

## HANDBALL / Bundesliga-Kolumne: Terminhetze der Nationalspieler - Frauen-WM: Versöhnlicher Abschuß

## Kopfstoß und Ellenbogencheck - Duell zwischen Krebs und Heiner Brand

Nach dem Abpfiff lief Essens Abwehrspezialist Peter Krebs (29) zur Tribüne. In jene Ecke, in der sich Hunderte von Zuschauern durch Fahnen, Schals und Kleidungsstücke in Rot-Weiß als Anhänger von TuSSEM Essen auszeichneten. Mit beiden Händen zerrte Krebs an seinem Trikot, deutete auf die blutverschmierte Brust und genoss sichtlich den Beifall der Fans.

Mit seiner Geste erinnerte Peter Krebs an die häßlichste Phase des Spiels zwischen dem VfL Gummerbach und TuSSEM Essen, Tabellenführer der Handball-Bundesliga. Zehn Minuten vor dem Ende hatte er seinen Gegenspieler Heiner Brand (34) mit einem Ellenbogencheck zu Boden gestreckt, kurz darauf hatte sich Brand mit einem Kopfstoß revanchiert und Krebs dabei eine blutende Mundverletzung zugefügt.

Gummerbachs Obmann Eugen Haas (70), angesichts der 13:14-Niederlage im Prestigekampf mit Essen emotional noch sehr aufgewühlt, forderte sogleich eine einseitige Strafe: "Peter Krebs soll man das Handballspielen verbieten. Er spielt seit Jahren so unfair wie kein anderer." Krebs wehrte sich: "Brand ist ein genauso harter Spieler wie ich. Nur mit dem Unterschied, er hat durch seinen Namen einen Bonus bei den Schiedsrichtern und in der Öffentlichkeit."

Die Härte im Handball und die Reaktion der Schiedsrichter darauf ist seit Jahren ein Dauerthema. Kraft, Schnelligkeit, das hohe Tempo und die Ansammlung vieler Spieler auf engstem Raum sind fast zwangsläufig Ursache für Zweikämpfe an der Grenze der Fairness.

Böse Fouls aber häufen sich immer erst in der Schlussphase eines Spiels. Wenn die Konzentration durch nachlassende Kraft geschwächt ist, wenn die psychische Stabilität durch eine drohende Niederlage oder die Heftigkeit des Publikums angekratzt ist - in solchen Phasen lassen sich Spieler zu Handlungen hinreißen, die ihnen zu Beginn eines Spiels nie unterlaufen würden.

So war es auch am Samstag in Gummerbach. Fünfzig Minuten verlief das Spiel hart, aber fair. Obwohl sich die beiden besten Abwehrkräfte der Bundesliga gegenüberstanden. Zehn Minuten vor dem Ende hatte er seinen Gegenspieler Heiner Brand (34) mit einem Ellenbogencheck zu Boden gestreckt, kurz darauf hatte sich Brand mit einem Kopfstoß revanchiert und Krebs dabei eine blutende Mundverletzung zugefügt. Gummerbachs Obmann Eugen Haas (70), angesichts der 13:14-Niederlage im Prestigekampf mit Essen emotional noch sehr aufgewühlt, forderte sogleich eine einseitige Strafe: "Peter Krebs soll man das Handballspielen verbieten. Er spielt seit Jahren so unfair wie kein anderer." Krebs wehrte sich: "Brand ist ein genauso harter Spieler wie ich. Nur mit dem Unterschied, er hat durch seinen Namen einen Bonus bei den Schiedsrichtern und in der Öffentlichkeit."

Nicht nur das Verhalten der Schiedsrichter, auch das Verhalten der Spieler zueinander sorgte für eine überwiegend angenehme Atmosphäre. Mit Gesten der Entschuldigung sorgten sie auch in kritischen Situationen immer wieder für Entspannung. Zwischendurch hatten sie Zeit für amüsante Bemerkungen,

grinsten sich an, klopfen sich gegenseitig auf die Schultern. Die Rivalität beschränkte sich auf das sportliche Ergebnis, nicht auf persönliche Antipathien. Schließlich kennen sich die meisten von ihnen aus gemeinsamen Spielen in der Nationalmannschaft, wo sie in zwei Monaten wieder alle für das gleiche Ziel kämpfen werden: um die Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988.

Nationalspieler zu sein, ist in diesen Wochen Schwerarbeit. Zwar ist am Wochenende die Hürde in der Bundesliga nach dem 13. Spielabschluß geschlossen worden, doch eine Pause gibt es nicht. Heute und morgen treten die Nationalspieler wieder zu zwei Spielen gegen Rumänien an, am Wochenende ist wieder Bundesliga. Selbst an den Weihnachtstagen wird täglich trainiert, weil auch am darauffolgenden Samstag wieder Bundesligaspiele sind. "Da werde ich dann auch Fußball spielen lassen, um die Jungs überhaupt ans Laufen zu bringen", sagt Gummerbachs Trainer Klaus Brand (45) und fügt hinzu: "Sie können sich sicherlich vorstellen, mit welcher Lust die im Moment noch zum Training kommen und was die auch in ihren Familien zu hören bekommen." Nicht nur die Lust, auch die Leistung leidet offensichtlich schon. Der TV Großwallstadt, einziger noch ernst zu nehmender Verfolger von Tabellenführer TuSSEM Essen, gewann beim Abstiegskandidaten VfL Hameln nur knapp mit 13:12. Ganz schwach dabei die Leistung von Martin Schwalb (22) und Hans-Jürgen Müller (24), die vor drei Wochen beim Karpaten-Turnier in Rumänien noch zu den überlegenen Spielern gehörten. ULLA HOLTTHOFF

## Mit Platz sieben in eine ungewisse Zukunft

R. FÜLSCHER, Amsterdam  
Die Zukunft der Handball-Nationalmannschaft der Frauen aus der Bundesrepublik Deutschland hat längst begonnen. Der starke letzte Auftritt bei den Plazierungsspielen der Weltmeisterschaft wurde zwar mit dem siebten Platz belohnt. Der Abpfiff nach dem 18:17 gegen Ungarn aber war für das Team von Bundestrainer Ekke Hoffmann zugleich Start in eine ungewisse Zukunft.

Das Personalratsult beginnt sich wie immer nach solch einem Turnier zu ändern. Ausgerechnet Rekordnationalspielerin Dagmar Stelberg, die bei der Weltmeisterschaft 33 Treffer erzielte, machte mit ihrem angekündigten Rücktritt den Anfang. Mannschaftsführerin Petra Platen und Torfrau Astrid Hühn "werden sich Gedanken machen". Aber nicht nur dies wird Probleme aufwerfen, sondern auch die permanente Suche nach sozialer Absicherung für die besten Spielerinnen in einer immer noch um Anerkennung ringenden Sportart.

Nicht zuletzt an mangelnder Unterstützung von außen ist die junge Mannschaft (Durchschnittsalter 24 Jahre) an der durchaus möglichen Olympia-Qualifikation gescheitert. Aber zu viele Spielerinnen mußten wie Abwehrchefin Sylvia Schmitt wegen Verletzungen oder aus beruflichen Gründen absagen, als daß Hoffmann in kontinuierlicher Arbeit ein WM-Team hätte zusammenschweißen können, daß auch den nervlichen Belastungen standgehalten hätte.

"Frauen-Handball ist bei uns an seine Grenzen gestoßen, die nicht zu verändern sind. Sie hinauszuschieben wäre genauso falsch, wie sich daran der Kopf zu stoßen", meinte

Hoffmann. Auch wenn er nach der "zufriedenstellenden Standortbestimmung" von einem "verhältnismäßig guten Erfolg" sprach, ist dem 42-Jährigen Trainer aus Urach nur zu genau klar, welcher Berg sich vor ihm und der DHB-Auswahl aufbaut.

"Ich weiß, daß die Arbeit schwieriger werden wird. Die Perspektive hat sich im Umkreis der Bundesliga verschlechtert, und vom Nachwuchs ist nicht viel Substanz zu erwarten", meinte Hoffmann, der erst einmal Mut und Kraft für den Neuaufbau tanken will.

Die Personaldecke, Qualität und physische Belastbarkeit der 16 Spielerinnen, von denen bis auf Sabine Kalla und Claudia Sturm alle eingesetzt wurden, hat sich bei der WM als zu dünn erwiesen. Das Leistungsgefälle in der Mannschaft ist noch zu groß, als daß der Trainer bei sieben Spielen in zehn Tagen "aus dem vollen schöpfen könnte", um Leistungskonstanz zu etablieren. Der Einbruch gegen die CSSR (13:19) kostete letztendlich den Olympia-Platz in Seoul und bedeutete zugleich den Abstieg in die B-WM 1987 in Bulgarien.

Von den Säulen Dagmar Stelberg, Astrid Hühn und Kapitän Petra Platen getragen, sprang der Funke nicht über, um aus der großen Olympia-Chance mehr zu machen. "Die werden wir so schnell nicht wiederbekommen", sagt Hoffmann. Wenn nicht 1987 in Bulgarien die Chance wahrgenommen wird, den Turniersieg und damit den einzig noch freien Platz in Seoul zu ergattern, ist die Zweitklassigkeit nach der Bronzemedaille bei der B-WM 1985 zumindest bis 1990 zementiert. (dpa)

## NACHRICHTEN

## Krisp wechselt nicht

Mönchengladbach (sid) - Thomas Krisp, der vom Fußball-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach an Borussia Dortmund ausgeliehen werden sollte, muß sich einer Kreuzbandoperation unterziehen. Die Verletzung hatte er beim UEFA-Cup-Rückspiel gegen Glasgow Rangers erlitten. Der Wechsel ist somit gesplatzt.

## Dynamo an der Spitze

Berlin (sid) - Zum sechsten Mal in Folge steht Dynamo Berlin nach der Hinserie der "DDR"-Fußball-Oberliga an der Tabellenspitze. Der Rekordmeister gewann beim FC Karl-Marx-Stadt mit 2:1.

## Sieg bei Curling-EM

Kopenhagen (sid) - Durch einen 7:3-Finalsieg über die Schweiz wurden die deutschen Damen, vertreten durch den SC Riesesee, in Kopenhagen Curling-Europameister. Es ist der zweite Titelgewinn nach 1984.

## Waldhof ohne Schlappner

Mannheim (sid) - Volker Schlappner, Sohn des Mannheimer Trainers Klaus Schlappner, gehört in der Rückrunde nicht mehr dem Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof an. Der 23-Jährige kam über eine Reservistenrolle nicht hinaus und wechselt daher zum hessischen Landesligaverein FC Olympia Lampertheim.

## Smith Weltmeister

New York (UPI) - Der 31-Jährige Amerikaner James Smith besiegte im New Yorker Madison Square Garden im Schwergewichts-WM-Kampf nach WBA-Version seinen Landsmann Tim Witherspoon durch K.o. in der ersten Runde. Smith will jetzt für eine Million US-Dollar auch gegen Mike Tyson (USA), den Weltmeister nach WBC-Version, antreten.

## Pokal an Großhadern

München (dpa) - Der TSV Großhadern holte sich in Gräfelfing zum dritten Mal hintereinander den deutschen Judo-Pokal. Die Münchener besiegten im Finale JC Rüschelsheim mit 9:4.

## Guter Einstand

Iszell (sid) - Die Eisschnelllauf-Olympiasiegerin Monika Holzer-Gawenus (München) feierte bei der Saisonöffnung in Iszell einen gelungenen Einstand mit Siegen über 500 m in 41,67 Sekunden und über 1000 m in 1:24,82 Minuten. Ehemann Fritz Gawenus wurde über 500 m (39,15) Dritter.

## Problemlos weiter

Hamburg (dpa) - Die Volleyball-Bundesligavereine Fortuna Bonn und VfB Berlin haben die zweite Runde im CEV-Pokal erreicht. Nach einem 3:1-Hinsspiel-Sieg gewannen die Bonner bei Thessaloniki (Griechenland) ungehindert mit 3:0. VfB Berlin gewann beim VBK Urinken Landas (Norwegen) ebenfalls glatt mit 3:0.

## Erfolg für Lospichl

Cappel/Marburg (sid) - Die deutsche Aichtkampfstärkerin Isabella von Lospichl vom TSV Weibheim gewann den erstmals ausgetragenen Grand Prix der Kunstturnerinnen in Cappel/Marburg. Mit 75,55 Punkten siegte sie vor Christine Wetzel aus Hittfeld (74,45 Punkte) und der Söllerin Daniela Meister (73,35).

## Zweigeteilte Liga

Bremen (sid) - Der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) hat auf seiner Tagung in Bremen die Einführung einer zweigeteilten Bundesliga beschlossen. Ab der Saison 1988/89 sollen in den beiden Gruppen Nord/West und Süd/Südwest bei den Damen und Herren jeweils zehn Vereine spielen.

## Bayern schlägt Malaysia

Kuala Lumpur (sid) - Beim ersten Spiel seiner Asien-Tournee besiegte der deutsche Fußball-Meister FC Bayern München in Kuala Lumpur die Nationalelf von Malaysia mit 3:0 (1:0). Die Treffer erzielten Matthias Augenthaler jeweils per Strafstoß. Der dritte Treffer war ein Eigentor.

## Zakspeed wechselt zu BMW

München (sid) - Nach zehnjähriger Kooperation mit Ford wird das Niederzessener Zakspeed-Team ab der Saison 1987 mit BMW zusammenarbeiten und das Junioren-Team der Bayerischen Motoren-Werke einsetzen. Dies erklärte Rennstallbesitzer Erich Zakowski.

## Meister dominierten

Moers (dpa) - Die Taubertischschneider Thorsten Weidner und Anja Fichtel dominierten in Moers bei den deutschen Juniorenmeisterschaften der Florettechier nach Belieben. Weidner sicherte sich durch einen ungeführten 10:4-Finalsieg über seinen Vereinskameraden Ulrich Schmitt den Titel, und Anja Fichtel setzte sich mit 8:4 gegen Katja Nass (Offenburg) klar durch.



## SCHWIMMEN

## Auf dem Weg zum Sieg im Europapokal

sid, Malmö

Die Männer aus der Bundesrepublik Deutschland schwimmen beim 7. Kurzbahn-Europapokal im schwedischen Malmö als Titelverteidiger auf Siegkurs. Am Freitag erreichten alle Schützlinge von Bundestrainer Manfred Thiesmann die Finals. Nach sieben von 14 Entscheidungen führte der DSV mit 116 Zählern vor Schweden (95) und der UdSSR (90).

Auch die Frauen liegen gut im Rennen und können ihren zweiten Platz vom ersten Tag (102 Punkte) verteidigen. Ausfälle blieben ebenfalls Fehlanzeige, und die Vorlauf-Leistungen lassen auf sehr gute Finalplatzierungen schließen. So etwa von der bereits 25 Jahre alten Karin Seick (Wien), die über 100 m Freistil als Drittbeste aller Vorläufe in den Endlauf einzog und in 55,93 Sekunden ihren eigenen Rekord von 55,43 nur knapp verfehlte.

Der DSV stellte zwei Vorlauf-Sieger: Frank Hoffmeister (Bochum) über 100 m Rücken in 55,78 und Bert Goebel (Dormagen) über 200 m Brust in 3:16,06. In Rekordrunde ist die 4x100-m-Freistilstaffel, die in der Besetzung Thorsten Wiegand (Dortmund), Rolf-Dieter Maltzahn (Hannover), Miloslav Rolk (Heidelberg) und André Schadt (Darmstadt) in 3:18,67 hinter Schweden (3:17,85) Vorlauf-Zweiter wurde. Der alte Rekord vom 19. Dezember 1982 steht bei 3:18,53.

Zum Auftakt des mit 16 Ländern besetzten Europapokals hatte es für den DSV durch Rolf Beab (Dormagen) über 100 m Brust, Svenja Schlicht (Hamburg) über 100 m Rücken, die 4x100-m-Lagenstaffel der Herren (3:40,48/DSV-Rekord) und die 4x100-m-Freistilstaffel der Mädchen (3:43,81/DSV-Rekord) vier Einzelerfolge gegeben.

Der 19 Jahre alte Europapokal-Neuling Thorsten Wiegand schwamm als Startmann der Freistilstaffel hervorragende 49,49 Sekunden und ist nun hinter André Schadt (49,20) und Michael Groß (49,32) der drittbeste Bundesdeutsche in dieser Disziplin. In der ewigen Welttrangliste schob er sich damit unter die ersten zwanzig (die Wettbewerbe dauerten bei Redaktionsschluss noch an).

## SKI ALPIN / Naturbursche aus Kanada, immer wieder Wasmeier und ein neues Talent im Damenteam

## Am Abend nach dem Erfolg „an der Bar vollauf beschäftigt“

sid/dpa, Val Gardena

Einer seiner Vorgänger, sein Landsmann Dave Irwin, hieß unter den Artisten des Skizirkus nur Dave Irwin. Weil er sich so verweigerte auf die Abfahrtsstrecken stürzte. Nach dem Motto: Sieg oder Krankenhaus. Genauso einer ist der junge Kanadier Rob Boyd. 20 Jahre jung und bar jeder Favoritenlast, die bekanntlich die Beine lähmt und das Denken blockiert.

Mit der Startnummer 26 stürzte sich Rob Boyd am Samstag auf die Abfahrtsstrecke Saslong im italienischen Val Gardena. Technisch bescheiden, dafür aber um so mutiger. „Boyd ist wie der Teufel gefahren und hat Kopf und Kragen riskiert“, sagt Sepp Wildgruber (Oberaudorf), der im vergangenen Jahr an gleicher Stelle Dritter und am Samstag 15. geworden war. Und Markus Wasmeier (Schliersee) staunte: „Der Bursche fährt brutal wie kein anderer.“

Dem brutalen Fahrstil des Kanadiers hatte selbst Wasmeier nichts entgegenzusetzen. Obwohl er ein fabelhaftes Rennen hingelegt hatte: Mit der Startnummer sieben war er angeregt, hatte zwei Minuten lang die kraftzehrende Abfahrtschöpfung in idealer Haltung demonstriert und die berühmte Kamelbuckel so elegant übersprungen wie kein anderer – doch am Ende gewann der Naturbursche aus Kanada.

Wasmeier, der die ideale Abfahrts- und Sprunghaltung im Sommer bei Tests im Windkanal des VW-Werks in Wolfsburg erarbeitet hatte, lag nach seinem Lauf überlegen an der Spitze und fürchtete eigentlich nur den Italiener Michael Mair, der auf seinem Hausberg und vor eigenem Publikum schließlich auch erwartungsgemäß um sieben Hundertstels Sekunden schneller war als Wasmeier. Unten im Ziel nahmen Wasmeier und Mair schon die Glückwünsche entgegen, als Rob Boyd zur allgemeinen Überraschung noch zum Sieg raste.

Pflichtlich war Wasmeier nur noch Dritter. Doch der nahm es gelassen. „Klar wäre ich lieber Zweiter geworden, aber ich bin optimal gefahren. Warum also jetzt ärgern?“ fragte Was-

meier. Dagegen war der Sieger richtig wortkarg. „Das gibt's ja gar nicht“, sagte Rob Boyd, nachdem er einige Momente gebraucht hatte, um seinen Erfolg richtig zu begreifen. Kurz darauf wurde er gesprächiger. Als Journalisten im Ziel anfragten, ob er abends zu sprechen sei, antwortete Boyd: „Das geht leider nicht, heute Abend bin ich in der Bar vollauf beschäftigt.“

Die Plätze 40, 43 und 49 waren bisher in dieser Saison seine Ausbeute. Nur im vergangenen Winter hatte er mit dem sechsten Platz im schwedischen Val Gardena. Technisch bescheiden, dafür aber um so mutiger. „Boyd ist wie der Teufel gefahren und hat Kopf und Kragen riskiert“, sagt Sepp Wildgruber (Oberaudorf), der im vergangenen Jahr an gleicher Stelle Dritter und am Samstag 15. geworden war. Und Markus Wasmeier (Schliersee) staunte: „Der Bursche fährt brutal wie kein anderer.“

Dem brutalen Fahrstil des Kanadiers hatte selbst Wasmeier nichts entgegenzusetzen. Obwohl er ein fabelhaftes Rennen hingelegt hatte: Mit der Startnummer sieben war er angeregt, hatte zwei Minuten lang die kraftzehrende Abfahrtschöpfung in idealer Haltung demonstriert und die berühmte Kamelbuckel so elegant übersprungen wie kein anderer – doch am Ende gewann der Naturbursche aus Kanada.

Wasmeier, der die ideale Abfahrts- und Sprunghaltung im Sommer bei Tests im Windkanal des VW-Werks in Wolfsburg erarbeitet hatte, lag nach seinem Lauf überlegen an der Spitze und fürchtete eigentlich nur den Italiener Michael Mair, der auf seinem Hausberg und vor eigenem Publikum schließlich auch erwartungsgemäß um sieben Hundertstels Sekunden schneller war als Wasmeier. Unten im Ziel nahmen Wasmeier und Mair schon die Glückwünsche entgegen, als Rob Boyd zur allgemeinen Überraschung noch zum Sieg raste.



## Christine Meier: „Ich mußte den inneren Schweinehund überwinden“

dpa/sid, Val d'Isère

Im französischen Val d'Isère sorgte Christine Meier für Furore im Team des Deutschen Ski-Verbandes (DSV). Die 20 Jahre alte Tegernseerin avancierte in nur wenigen Tagen zum Senkrechthaus. Nach der ersten Abfahrt rangierte sie auf Rang 14, rasch dann bei der vierten Weltcup-Abfahrt die 2154 Meter lange Strecke (615 Meter Höhenunterschied) als Siebte zu Tal und erreichte im ersten Super-Riesenslalom in Val d'Isère den neunten Rang.

Christine Meier krönte damit eine konstante Leistung und fuhr in den Weltcup-Rängen weiter nach vorn. Hinter Michaela Gerg (47 Punkte) steht sie im Gesamt-Weltcup bereits auf Position 17. „Ich kann machen, was ich will, es läuft einfach super“, meinte das quirlige und immer lustige Mädchen bescheiden nach dem erfolgreichen Erfolg.

Im letzten Winter schien ihre Karriere schon beendet. Nach einem Sturz im Abfahrtsrennen vor elf Monaten erlitt sie einen Kreuzbänderriss und einen Kniegelenkschaden. Beide Verletzungen kurierten nur langsam

aus. Nach der Zwangspause wieder den Anschluss zu finden, war für Christine Meier nicht leicht. „Ich mußte echt kämpfen, meinen inneren Schweinehund zu überwinden, bevor ich wieder die Pisten hinunterfahren konnte“, erinnert sich die Nachwuchsläuferin.

Damen-Trainer Willi Lesch zeigte sich überaus zufrieden über die Leistung der B-Kader-Fahrerin. „Für sie persönlich freue ich mich sehr. Den Namen Christine Meier wird man sich wohl in Zukunft merken müssen“, kommentierte er am Schlußtag.

In 1:27,90 Minuten lag das nur 1,53 Meter große Leichtgewicht hauchdünn vor der Inzellerin Regine Mösenlechner (1:27,91) und ließ sogar die Weltcup-Gewinnerin in dieser Disziplin, Marina Kiehl, hinter sich. Nach einem zehnten Platz am zweiten Tag fiel Marina Kiehl schließlich noch unter Form auf Rang 18 zurück.

Ein gelungenes Comeback feierte die Schlegelingerin Traudi Hächer. Nach ihrer schweren Knieoperation fuhr sie stark bandagiert am Schlußtag auf einen erfolgreichen zwölften

Platz (1:25,14). „Ich bin froh, daß es so gelaufen ist. Ich wollte unter die ersten 15, und das ist mir gelungen“, strahlte die 34-jährige Gemeindeangehörige.

Michaela Gerg, beste Fahrerin des DSV in Val d'Isère, war mit ihrer Leistung nicht zufrieden, hatte sie doch die beste Zwischenzeit vorgelegt. Im unteren Teil belastete sie aber einen Ski falsch und kam bei der Korrektur fast zum Stehen. „Da war das Rennen für mich gelaufen“, meinte sie etwas enttäuscht. Dennoch ließ sie sich nicht den Mut nehmen: „Wir wollen im Januar bei der Weltmeisterschaft in Crans Montana in Hochform sein und nicht unbedingt jetzt.“

Die Schweizer Ski-Mädchen sind dagegen bereits Spitze: Beim ersten Super-Riesenslalom von Val d'Isère konnte nur die Französin Catherine Quittet (1:23,61) einen totalen Erfolg der Schweizerinnen verhindern. Mit Maria Walliser (1:12,34), Vreni Schneider (3:12,37) und Michela Figini (4:12,33) dominierten sie und konnten sogar den Ausfall von Erika Hess verkraften.

## SKI NORDISCH

## Klauser: Gute Form bestätigt

sid, München

Vor einer Woche belegte er Platz zwei bei einem Weltcup-Skispringen auf der Großschanze in Thunder Bay, gestern bewies er, daß diese gute Platzierung kein glücklicher Zufall war: Thomas Klauser gehörte gestern auch auf der 80-m-Schanze von Lake Placid zu den Besten. Als Sechster ließ er die Olympiasieger Jens Weißflog (7.) aus der „DDR“ und Matti Nykänen (13.) aus Finnland hinter sich.

„Jetzt kann er es endlich, er bewältigte mit zweimal 108 m zwei gleichwertige Durchgänge. Schanzen, die große Weiten ermöglichen, sind seine Stärke“, kommentierte der in Europa mit dem Rest der Truppe trainierende Bundestrainer Ewald Roscher den erneuten Paukenschlag seines besten Mannes für die Vier-Schanzen-Tournee und die Nordische Ski-WM im Februar in Oberstdorf.

Im Gesamt-Weltcup liegt Klauser mit 34 Punkten jetzt Vierter hinter Vegard Opaas aus Norwegen (48), der mit dem Sieg in Lake Placid die Führung übernahm, sowie Nykänen (46) und Weißflog (43). den Siegern von Thunder Bay. Roscher glaubt auch den Grund für Klausers Comeback gefunden zu haben: „Mit 14 Jahren wurde er als Wunderkind gefeiert. Danach wuchs er um 15 Zentimeter und nahm 15 Kilogramm zu. Im Skispringen heißt das: alles neu erlernen und neu einführen.“

Viel Geduld muß der Deutsche Ski-Verband weiterhin mit seinem Skilangläufer haben. Mit fast zwei Minuten Rückstand auf den über-

Anzeige

## Mehr Geld von der NÜRNBERGER

Zusätzlich 200 Millionen DM Treue-Bonus für die Versicherten der NÜRNBERGER LEBENSVERSICHERUNG AG neben den hohen Jahresschneidungen sowie Sonder-Schuldentilgungen bei Vertragsauflauf 1987 - 1988 - 1989



NÜRNBERGER VERSICHERUNGSGESellschaft  
Postfach 210180 - 8500 Nürnberg 21

genden Gunde Svan, der vor Torgny Mogren (Schweden) sowie Wladimir Smirnow (UdSSR) in Cogne (Italien) im Weltcuprennen über 15 Kilometer (freier Stil) triumphierte und mit 50 möglichen Punkten bereits wieder souverän die Gesamtwertung anführt, landete Stefan Dotzler (München) auf Platz 46. Jochen Behle (Willingen) zwei Ränge dahinter. Doch Behle konzentriert sich auf den herkömmlichen Diagonalschritt, in dem bei der WM die Entscheidungen über 15 und 30 km fallen.

Unter „ferner liefen“ rangierten auch Karin Jäger (53.) und Birgit Kohrbruch (60.) beim 5-km-Rennen der Damen in Val di Sole, wo es nach Marianne Dahlmo in Ramsau durch Brit Petersen den zweiten Sieg für Norwegen gab. Rekordmeisterin Karin Jäger blieb der Trost, daß sie nach einjähriger Pause auch beim zweiten Saisonstart vor der deutschen Meisterin ins Ziel kam und damit seit 1981 von keiner DSV-Läuferin mehr besiegt worden ist.

## TURNEN / Lehrstunde für die Nationalriege

## Nur Andreas Aguilar hielt mit den russischen Stars mit

dpa, Offenbach

Die Meister aus der UdSSR erteilten den deutschen Turnern eine Lehrstunde, aber die Lehrlinge zeigten, daß sie schon manche Lektion intuitiv haben. Die ohne den beim DTB-Pokal in Stuttgart verletzten Dimitri Worobjew angetretenen UdSSR-Turner gewannen in Offenbach dennoch den Länderkampf gegen die Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland sicher mit 286,00:283,15 Punkten. Auch ohne Streichnoten tumelten die Gäste volles Risiko und Weltklasse am laufenden Band. Zu Publikumsbelebungen avancierten Tagessieger Waleri Ljugin mit 58,40 und Andreas Aguilar (Hannover), der mit 56,65 Punkten und dem fünften Rang einen internationalen Achtungserfolg verbuchen konnte.

Eine tapfer kämpfende deutsche Mannschaft hielt die Niederlage in Grenzen und steigerte sich am übermächtigen Gegner „zu einer tollen Leistung“, so Bundestrainer Uli Ott. Cheftrainer Vasil Kubicki setzte noch eins drauf. „So gut habe ich die Russen noch nie in einem Länderkampf gegen uns gesehen.“ In der Tat, die Sowjets tumelten nicht wesentlich schwieriger, jedoch alles ein

Quantchen eleganter, sicherer, sozusagen auf den Punkt genau, und das addiert sich eben. Tagessieger Ljugin tummelte einen Schnitt von über 9,70 Punkten und erzielte am Reck sogar eine 9,90. Der 20-jährige Moskauer dürfte mit Sicherheit zum sowjetischen WM-Aufgebot 1987 in Rotterdam zählen. Platz zwei (57,70) belegte Routinier Alexander Tournilowitsch, es folgten die beiden 18-jährigen Maxim Djomkin (56,90) und Rawil Adejew (56,70).

Dicht dahinter kam erfreulicherweise Andreas Aguilar. Der Weltklassemann an den Ringen (9,75) überlegte nach langer Zeit endlich auch mal im Mehrkampf. „Über meine 56,65 bin ich ganz happy“, freute sich der Student der Wirtschaftswissenschaften zu Recht. Aguilar tummelte überdies sehr mannschaftsdienlich, ging dreimal zuerst an das Gerät. Auch Manfred Wittner vom TV Herbolzheim, Uwe Hornung (Frankfurt) und Mike Beckmann (Gevelsberg) konnten gut mithalten, während Ralph Kern und Andreas Japok zwar alles riskierten, aber nicht ganz an die zuletzt gezeigten Erfolge anknüpfen konnten.

## ZAHLEN · ZAHLEN · ZAHLEN

## FUßBALL

DDR-Oberliga, 13. Spieltag: Erfurt - Bitterfeld 3:0, Cottbus - Brandenburg 2:0, Karl-Marx-Stadt - Dynamo Berlin 1:2, Frankfurt - Magdeburg 1:0, Dresden - Jena 1:1, Riesa - Lok Leipzig 1:3, Union Berlin - Aue 0:0. Tabellenplätze: 1. Dynamo Berlin 22, 2. Lok Leipzig 20, 3. Aue 16, 10. Erste englische Division: Aston - Manchester United 3:3, Luton - Everton 1:0, Manchester City - West Ham 3:1, Newcastle - Nottingham 3:2, Norwich - Arsenal 1:1, Queens Park - Charlton 0:0, Tottenham - Watford 2:1, Wimbledon - Sheffield 3:0. Tabellenplätze: 1. Arsenal 37 Punkte, 2. Nottingham 35, 3. Everton 32. - Weltcup in Tokio: Steaus Bukarest - River Plate Buenos Aires 1:0.

## BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Köln - Bayreuth 93:87, - Damen, 11. Spieltag: München - Porz/Hennef 92:85, Barmen - Oberhausen 81:85, Wolfenbüttel - Düsseldorf 82:78, Köln - Weiden 75:64.

## EISHOCKEY

Bundesliga, 21. Spieltag: Düsseldorf - Frankfurt 12:1, Eisbären - Schwaben 19:2, Kaufbeuren - Köln 3:4, Mannheim - Rosenheim 3:3, Riesa/See - Landshut 2:4.

## HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Leverkusen - RW Köln 5:5, Hannover - Hamburg 13:8, Gladbach - Krefeld 13:9, SW Köln - Berlin 7:8. - Gruppe Süd: Stuttgart - München 8:4, Heidelberg - Limburg 9:8, Bad Dürkheim - Mülheim 13:9, Frankenthal - Rüsselsheim 9:9, Limburg - Mülheim 9:9, München - Frankenthal 7:7, Rüsselsheim - Stuttgart 4:5, Heidelberg - Bad Dürkheim 13:9.

heim 8:10. - Damen, Gruppe Nord: Brandenburg - Braunschweig 9:4, UHC Hamburg - DHC Hannover 7:0, Berlin - HC Hannover 5:8, Klipper Hamburg - Bremen 11:3, Brandenburg - HC Hannover 10:8, Bremen - UHC Hamburg 5:8, DHC Hannover - Klipper Hamburg 6:10, Brln - Braunschweig 5:12. - Gruppe Süd: Düsseldorf - Leverkusen 8:8, Hanau - Rastfeld 3:2, Frankfurt - Krefeld 8:8, BW Köln - Frankenthal 9:2, Hanau - Krefeld 3:2, Frankfurt - Rastfeld 9:8, Leverkusen - Frankenthal 18:3, BW Köln - Düsseldorf 9:3.

Weltmeisterschaft der Frauen in Holland, Finalrunde um Platz 11: Südkorea - Österreich 31:30, um Platz neun: Holland - China 17:22, um Platz sieben: Bundesrepublik Deutschland - Ungarn 16:17, um Platz fünf: Rumänien - Jugoslawien 26:25. - Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Göttingen - Hofweier 25:23, Gummerbach - Essen 13:14, Hameln - Großwallstadt 12:13, Kiel - Schutterwald 30:14.

Ringgen, Finalkämpfe, Rückrunde, Gruppe A: Aalen - Witten 16:15, Schifferstadt - Reilingen 23:13, 3. Gruppe B: Bonn-Duisdorf - Urfelingen 24:12, Wiesental - Goldbach 23:18.

## SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Gröden: 1. Boyd (Kanada) 2:01,76, 2. Mair (Italien) 2:01,90, 3. Wasmeier (Bundesrepublik Deutschland) 2:01,97, 4. Henzler 2:02,56, 5. Müller 2:02,67, 6. Zurborg (alle Schweiz) 2:02,68, ... 18. Wildgruber 2:03,23 (Bundesrepublik Deutschland). - Stand Abfahrts-Weltcup: 1. Zurborg 70 Punkte, 2. Müller 62, 3. Wasmeier 52, ... 12. Wildgruber 17. - Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Zurborg 126, 2. Müller 125, 3. Wasmeier 124, ... 12. Wildgruber 17.

briggen 85, 2. Wasmeier 77, 3. Müller 62, ... 19. Wildgruber 17, ... 25. Renoth 12, ... 30. Eder 10, ... 39. Wörndl (alle Bundesrepublik Deutschland). - Riesenslalom in Alta Badia (Italien): 1. Prasanna 2:43,25, 2. Tomba 2:44,49, 3. Totsch (alle Italien) 2:45,54, 4. Stenmark (Schweden) 2:45,60, 5. Pieren (Schweiz) 2:45,72, 6. Ehrlicher (Italien) 2:45,90, 7. Wörndl 2:46,07, ... 8. Eder 2:46,78, ... 11. Stuffer 2:47,04, ... 14. Gerg 36, ... 15. Mösenlechner 16, ... 17. Kiehl 15, ... 27. Meier 11. - Superriesenslalom der Damen in Val d'Isère: 1. Walker (Kanada) 1:26,42, 2. Walliser (Schweiz) 1:27,14, 3. Quittet (Frankreich) 1:27,43, 4. Armstrong (USA) 1:27,80, 5. Savitjewa (Kanada) 1:27,74, 6. Pöllinger (USA) 1:27,89, 7. Meier 1:27,90, 8. Mösenlechner 1:27,91, 9. Gerg 1:28,04, 10. Kiehl (alle Bundesrepublik Deutschland). - Stand Abfahrts-Weltcup: 1. Walker 40, 2. Gerg 36, ... 15. Mösenlechner 16, ... 17. Kiehl 15, ... 27. Meier 11. - Superriesenslalom der Damen in Val d'Isère: 1. Walker 1:23,46, 2. Quittet 1:23,61, 3. Schneider 1:23,87, 4. Figini (Schweiz) 1:23,93, 5. Gerg 1:24,01, 6. Fernandez-Ochoa (Spanien) 1:24,35, ... 9. Meier 1:24,98, ... 12. Hächer (Bundesrepublik Deutschland) 1:25,14.

## VOLLEIBALL

Bundesliga, Herren: Ottobrunn - Dachau 3:2. - CEV-Pokal, 1. Runde Rückspiel: Thessaloniki - Fort Bon 0:3, Europapokal, Rückspiel: Ulrikken Landes/Norwegen - Berlin 0:3. - Europapokal: Feuerbach - Kulubu/Türkei 2:0. - Damen, Bundesliga: Leinf. - Schwerte 3:0, Vilsbiburg - Oythe 3:2.

## CEV-Pokal, 1. Runde Rückspiel: Berlin - Dames/Beigen 3:1.

JUDO  
Turnier der Damen in Fukuoka/Japan, Klasse bis 61 kg: 1. Mochido (Japan), ... 3. Schweizer (Bundesrepublik Deutschland); bis 66 kg: 1. Hartl (Österreich); bis 72 kg: 1. Berghmans (Belgien); über 72 kg: 1. Gao (China).

## BOXEN

Bundesliga: Flensburg - Leonberg 14:12, Berlin - Leverkusen 14:12, Landshut - Frankfurt 13:13.

## GALOPF

Rennen in Krefeld: 1. R. 1. Shabano (Frl. P. Simmendinger), 2. Gentleboy, 3. Ben Achmed, Toto: 18/12, 68, 28, 2W: 188, DW: 1460, 3. R. 1. Ombr (P. Gehm), 2. Rene, 3. Fernandez, Toto: 120/18, 22, 13, 2W: 1156, DW: 3632, 3. R. 1. Star Gold (Frl. M. Diedrichsen), 2. Graf Dulcor, 3. Best Boy, Toto: 96/30, 38, 28, 2W: 2212, DW: 33, 664, 4. R. 1. Schützmeister (P. Remmert), 2. Mirka, 3. Bonfire, Toto: 178/45, 22, 19, 2W: 1336, DW: 6136, 5. R. 1. Tassino (G. Ording), 2. Samson, 3. Carinus, Toto: 64/22, 30, 21, 2W: 1340, DW: 6492, 6. R. 1. Insignia (Frl. M. Blaszczyk), 2. Didica, 3. Serustus, Toto: 192/34, 21, 18, 2W: 1624, DW: 10, 824, 7. R. 1. Tachira (F. Puchta), 2. Silenos, 3. Ordo Presto, Toto: 52/22, 26, 66, 2W: 360, DW: 7448, 8. R. 1. Sir Speedy (M. Komman), 2. Amber Star, 3. Tacco, Toto: 164/4, 82, 28, 2W: 3536, DW: 30, 644.

## GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 10, 12, 15, 35, 45, Zusatzzahl: 44. - Spiel 77: 1 5 4 8 7 6. - Glücksspieler, Enddifferenz: 3, 20, 922, 9043, 26548, 189741. - Los-Nummern: 7149536, 797787, 7074183. - Preisverteilung: 1. 024892, 567811, 912668. (Ohne Gewähr).

Heute Neu  
**AUTO BILD**  
**OPEL**  
**OMEGA**  
So gut wie BMW und Mercedes?  
Der neue Star der Mittelklasse: Warum er für Mercedes und BMW ein so gefährlicher Gegner ist - in AUTO-BILD.  
Europas größte Auto-Zeitung

Unabhängige TV-Produktions-Redaktion (Reportage, Film, Spot) bietet  
**Product placement**  
ohne Brancheneinschränkung.  
Ihre Zuschrift erbitten wir unter L 6907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.  
**macef**  
In MAILAND/ITALIEN vom 13. bis 16. Februar 1987  
**Frühjahrs - MACEF 1987**  
(auf dem Gelände der internationalen Mailänder Messe)  
Ununterbrochene Öffnungszeiten von 9.00 bis 18.00 Uhr  
Die ERSTE der BEIDEN JÄHRLICHEN MACEF-VERANSTALTUNGEN, die bedeutende und umfassende internationale Fachmesse für Kristallwaren, Keramik, Silberwaren, Goldschmiedekunst, Edelsteine, Geschenk- und Haushaltsartikel.  
In beiden Macef-Veranstaltungen - nur den Fachbesuchern vorbehalten - werden Erzeugnisse und Neuheiten des Sektors auf der ganzen Welt im umfassendsten Maße ausgestellt.  
UM IHRE GESCHÄFTE ZU FÖRDERN, BESUCHEN SIE IN MAILAND DIE FRÜHJAHRS-MACEF 1987  
Über 2.400 Aussteller präsentieren mehr als 300.000 Artikel.  
Für Auskünfte, kostenlose Eintrittskarten und Hotelreservierungen wenden Sie sich bitte an:  
MANIFESTAZIONI S.r.l. - Via Caracciolo, 77 - 20155 MILANO (Italien)  
Tel. (02) 33.6339 - 31.50.17 - 24.96.941

Heute Neu  
**AUTO BILD**  
**Wer haftet bei Schäden?**  
Im Test  
**19 Waschstraßen**  
Praktisch und schnell sind sie, die rotierenden Bürsten. Doch wehe, wenn der Wagen beschädigt wird. Wie die Anlagen arbeiten, wer zahlt, wenn etwas kaputt geht, sagt AUTO-BILD.  
Europas größte Auto-Zeitung



Erstes Interview mit dem afghanischen Ex-Schah

## Ungläubige Eroberer

Mit Dreizehntausend der Zug begann - Einer kam heim aus Afghanistan. So lauten Verse in Fontanes Ballade über das "Trauerspiel" der englisch-indischen Invasion im Winter 1842. Tatsächlich erreichten knapp hundert halb erfroren und verhungert die britische Ausgangsbasis Dschellalabad.

Der heutige afghanische Staat ist ein Produkt des Mogulreiches in Nord- und Mittelindien im 18. Jahrhundert. Längst war die Zeit des großafghanischen Reiches der Ghaznawiden-Dynastie im Hochmittelalter verstrichen, als Mahmud der Große im 11. Jahrhundert auch über halb Indien herrschte. Der erste König des neuen Afghanistan, Achmed

gebärdigt der Stammeshäupter. Das Ende: siehe Fontane. England hat noch zweimal, 1878/79 und 1919/21, vergeblich versucht, das Land unter Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig jedoch bildete das britische Kaiserreich Indien seltsamerweise nun den Schutzpatron gegen Expansionsgelüste der Zaren wie darauf der Sowjets. Damit konnte jeder Emir in Kabul rechnen - bis 1947, als Indien seine Freiheit erhielt.

Für die afghanischen Souveräne stellte sich das Problem einer Modernisierung des Landes. Emir Amanullah, der wieder den Königstitel annahm, ein Reformeiferer, stürzte darüber 1929. Sein Nachfolger Mohammed Nadir Schah, auch als reformfreudig, wurde 1933 ermordet. Dessen Nachfolger Mohammed Zahir Schah regierte vier Jahrzehnte hindurch vorsichtig, ohne viel Anhang zu erwerben. 1973 wurde er von einem Vetter, dem Generalleutnant Prinz Mohammed Daud, entmacht. Im heutigen Film über Afghanistan zwischen den Großmächten gibt der Ex-Schah sein erstes Fernseh-Interview. Daud verwandelte das Land in eine Republik, mit ihm als Staatschef.

Nicht von ungefähr - 21.15 Uhr in der ARD

Schah Durani (1747-1772) kontrollierte immerhin auch wieder Nordwest- und Nordindien.

Duranis Nachfolger vermochten das Großreich nicht zu halten. Selbst der Königstitel verschwand. Dost Mohammed (1836-1863), der dem Kernland Afghanistan wieder Gestalt gab, nannte sich Emir. Er stieß 1838 mit England zusammen, das seine Macht ausdehnen wollte. Anfangs wurde Kabul vom anglo-indischen Heer genommen. Dann brach im Land mit seinem Haß auf „Ungläubige“, seinem Stolz und Kampfeifer ein Aufstand aus. Der britische Gouverneur entschloß sich zur Räumung.

Er bedang sich freien Abzug aus, den der Emir zusagte, nicht aber garantieren konnte, angesichts der Un-

taumel jubelnden Kollektivanhänger zu schaffen. Die sauberen Straßen sind leer. Privatautos gibt es nicht, nicht einmal Fahrräder sind unterwegs. Die Menschen arbeiteten oder studierten die Werke des Führers, übersetzten die Reporter ihren Betreuer. Nur einer trage die Photographie des Führers nicht: der Führer, hieß es im Film. Er war ein Beweis dafür, daß man auch aus total überwachten Staaten Reportagen mit „Bild“ bringen kann.

## KRITIK

## Schweizer Biß in Nordkorea

Dieser Film hat schockiert. 45 Minuten lang zeigten Christian Motzler und Daniel Casche vom Schweizer Fernsehen, wie 18 Millionen Nordkoreaner Kim Il Sung huldigen, im von ihm ausgerufenen Paradies für alle (Nord III). Gefilmt werden durfte nur das der Regierung genehme. Die Reporter benannten diese Behinderungen im Kommentar voll kühler Ironie und Brisanz.

Nordkorea sei „nicht weit entfernt von Orwells Visionen“ - bestrebt, den „neuen Menschen“, den im Führer-

taumel jubelnden Kollektivanhänger zu schaffen. Die sauberen Straßen sind leer. Privatautos gibt es nicht, nicht einmal Fahrräder sind unterwegs. Die Menschen arbeiteten oder studierten die Werke des Führers, übersetzten die Reporter ihren Betreuer. Nur einer trage die Photographie des Führers nicht: der Führer, hieß es im Film. Er war ein Beweis dafür, daß man auch aus total überwachten Staaten Reportagen mit „Bild“ bringen kann.

Eigentlich wollte der 1833 in Wiedensahl geborene Krämerohn, den der Vater am liebsten als Techniker gesehen hätte, ein akademischer Maler werden. Unterstützt von der Mutter studierte er die großen flämischen und niederländischen Maler, besuchte die Kunstakademien in Düsseldorf, Antwerpen und München. Doch der Mann, von dem es beachtliche Landschaften gibt (er hat 1000 Ölbilder gemalt), wurde als Schöpfer von Bil-



Eine bedeutsame Situation in Wilhelm Buschs Leben: Der Maler (Peter Ehrlich) trifft seine Liebe Johanna (Christiane Hörbiger) nach vielen Jahren wieder. Szene aus *Wer einsam ist...* (ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: TB

## Depressiver Junggeselle?

Ohne einen hochgeschätzten Tugendhaften Vorgesetzten irrt er in der Welt umher. Hat kein reines Hemde mehr, wird am Ende krumm und fälsch. Grimig, greulich, ungestalt. Bis ihn dann bei Nacht und Tag gar kein Mädchen leiden mag. Onkel heißt er günstig Falles. Aber dieses ist auch alles.

Diese Beschreibung eines Junggesellen findet man in „Tobias Knopp“. Den Auftakt dieses Kapitels kennt wohl fast jeder: „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr.“ Der Autor ist Wilhelm Busch, ein Junggeselle.

Mit vielen Großen teilt der Niedersachse das Schicksal, mißverstanden worden zu sein. „Es gibt Leute von hohem geistigem Rang, keine pädagogischen Pedanten, die das artistische Können von Busch respektieren, aber ihn oder doch seine Wirkung hassen: Er sei ein heimlicher Sadist, seine Geschichten seien nur voll von Rohheit, es komme kaum ein edler Zug in ihnen vor, die Anstößigen seien immer die Dummen, und ihr Schicksal werde von einem blutigen Hohn begleitet. Es kostet einige Mühe, solches Urteil abzuschleifen.“ Dies schrieb Theodor Heuss.

Eigentlich wollte der 1833 in Wiedensahl geborene Krämerohn, den der Vater am liebsten als Techniker gesehen hätte, ein akademischer Maler werden. Unterstützt von der Mutter studierte er die großen flämischen und niederländischen Maler, besuchte die Kunstakademien in Düsseldorf, Antwerpen und München. Doch der Mann, von dem es beachtliche Landschaften gibt (er hat 1000 Ölbilder gemalt), wurde als Schöpfer von Bil-

dergeschichten - den Vorläufern der Comic Strips - bekannt, berühmt und mehr als wohlhabend dazu.

Busch hat nie geheiratet, doch hatte er einen starken Familienstolz. Er war Ernährer und „Sozusagen-Mitzieler“ (Heuss) der Söhne seiner früh verwitweten Schwester, die ihm den Haushalt führte. Seinen Lebensabend verbrachte der Hagestolz zusammen mit der Schwester bei einem Neffen, einem Pfarrer. Ein anderer Pfarrer (und linker von hohen Graden), da Bruder seiner Mutter, hatte einen starken Einfluß auf den jungen Wilhelm: Beim Onkel hatte er die Jahre zwischen dem neunten und dem zwölften Lebensjahr verbracht und Latein gelernt.

Über Buschs Charakter haben sich viele den Kopf zerbrochen und darauf hingewiesen, wie häufig Humor und Schwermut, Ironie und Hang zu Distanz eng beieinander stehen. Man hat seine Depressionen registriert, seine Nikotinsucht. Und heute weiß man, daß er weder ein Antisemit noch ein Katholikenfresser war, sondern ein Feind jeglicher Intoleranz.

Etwas von seinen geheimen Wünschen wird deutlich in „Von mir über mich“ (1893): „Er denkt gelegentlich eine Steuer zu beantragen auf alle Ehemänner, die nicht nachweisen können, daß sie sich lediglich im Hinblick auf das Wohl des Vaterlandes vermählt haben. Wer eine hübsche und geschickte Frau hat, die ihre Dienstboten gut behandelt, zahlt das Doppelte. Den Ertrag kriegen die alten Junggesellen.“ Und etwas von seiner Sensibilität schwingt mit im Gedicht „Der Einsame“: „Wer einsam ist, der hat es gut, weil keiner da, der ihm was tut.“ HENK OHNESORGE

1. ARD	2. ARD	3. ARD
9.45 Rotgerber: Tonstudio Island-Hopping Seraus - U-Bahn auf der Skulptur 10.00 heute 10.05 Kitz Royal (5)	11.05 Ich heirate eine Familie Koch im Haus 11.50 Uppschau 12.10 Leopardenapport am Toten Meer 12.55 Presseschau/heute	15.35 Indian River Der Fluß 16.00 Abo, der Sohn der Schöner (1) englischer Jugendfilm (1966) 16.25 Die Wölfe Die Hochzeit (2) 17.10 Monocle Alpha 1 18.00 Cowboy, Sheriff, Roadster Som in gefährlicher Lage 18.30 blick 18.45 Extrakt Portrait von Maria Schell Be Herr aus besten Kreisen 19.45 Mit Jean Gabin, Madeleine Robinson, Louis de Funès, Jean Leffevre, Frank Villard 21.20 Götterdämmerung 21.30 blick 21.35 WM - Wirtschaftsmagazin Gibt im Wessy - Nebsthorsten. Boven mit Pitt. Börse 22.05 Monarch Start in den Tod 23.30 blick
15.50 Tagesschau 16.00 Die Skizze Isom (13) 16.25 Allerhand Leute 17.15 Schicksal vom grauen Stern (4) Der tödliche Auftrag 17.45 Tagesschau 17.55 Regionalprogramme 20.00 Tagesschau 20.15 Rapscall (2) Verheißung Erste Taunusstation ist Osnabrück. Doch hier hat bereits ein anderer Zirkus den attraktiven Spielplatz akkuriert. 21.15 Nicht von ungefähr Die Geschichte Afghanistans zwischen den Großmächten Film von C. Sterley und K. Uebe 22.00 Sketchup Mit Irs Berben und Diether Krebs 22.30 Tagesschau 23.00 Das Mädchen mit dem roten Haar Niederländischer Spielfilm (1981) Eine holländische Studentin wird kommunistische Widerstandskämpferin gegen deutsche Besatzung. 9.45 Tagesschau 9.50 Nachgedanken Marc Aurel: Vergänglichkeit	15.40 Enorm in Form (1) Fit durch den Winter 16.00 heute 16.04 Reisebilder aus der DDR Das Spielzeugdorf im Erzgebirge Was in Seifen (4000 Einwohner), wenige Kilometer von der tschechoslowakischen Grenze entfernt, gefertigt wird, ist begehrt. Waren. Seine die gesamte Produktion wird exportiert. 16.35 Großstadtrevue im Fernen Osten Korea: Erwachsen mit zehn 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-illustrate 17.45 Agostini mit Herz 19.00 heute 19.30 Wilhelm Busch „Wer einsam ist, der hat es gut, weil keiner da ist, der ihm was tut“ Fernsehfilm mit Peter Ehrlich, Christiane Hörbiger, Rosemarie Fendel. Regie: Hartmut Griesmayr 21.05 Die Zwergs Beobachtet von H. Schmidbauer 21.15 WDR Skizzen einer Richtung Ruin. Deutsches Holz. Klaus Zwickel (IG Metall). Bauspergebühren 21.45 heute 22.05 5 nach 18 Keine Lust auf Kinder? Anschließend: heute	19.00 Hobbythek Lackieren aus dem Morgenland 19.45 Flucht des ersten Schals Exkursionen für Hobby-Geologen 20.00 Tagesschau 20.15 Fußball-WM 1986 Argentinien - Deutschland 22.15 heute Professor Rudolf Pichlmayr, Leiter der Klinik für Transplantations-Chirurgie in Hannover

## III.

osca

**WEST**  
 20.00 Tagesschau  
 20.15 **Lindenerde**  
 Spätes Glück  
 20.45 **Kopf um Kopf**  
 Spiel mit Wissenschaft  
 21.45 **Blickpunkt Gesundheit**  
 Ganzheitsmedizin  
 22.15 **Prallbälle**  
 Maler aus NRW in Dresden  
 22.45 **Arzt in Uniform: Theodor Bruggsch**  
 Fernsehspiel  
 0.45 Nachrichten

**NORD**  
 18.30 **Tactiles Gestalten (7)**  
 Porträt mit Nadel und Faden  
 19.00 **Road um das Zwiebelmännchen**  
 Altes Porzellan aus China  
 19.15 **Naturwissenschaftliche Forenre**  
 Klimakatastrophe durch Kohlen-  
 dioxid?, Film von G. Stüling  
 20.00 Tagesschau  
 20.15 **Bräut Sie uns mit**  
 Damerkanonken  
 Telefon 040 / 56 06 04  
 21.15 **Sauz und senders (5)**  
 Mit Steffen Sulke  
 22.00 **Grund zur Aufregung**  
 Amerikanischer Spielfilm (1951)  
 Mit Loretta Young, Barry Sullivan,  
 Don Haggerty. Regie: Tay Garnett  
 23.10 Nachrichten

**HESSEN**  
 18.35 **Akwavall - Steine der Tohm**  
 Ahnen in Ost-Nigeria  
 19.20 **Hessensche**

**SÜDWEST**  
 20.00 **Trenda**  
 Abgeschlagene Lehren, Glasbau  
 Hahn, Werbung von Supermärkten,  
 Preisvergleich Lebensmittel  
 20.45 **Die Speckmache**  
 Die ersten 365 Tage  
 21.30 **Red aktuell**  
 21.45 **Magazin**  
 Schwarzer Spiegel  
 Blickpunkt **Land**  
 Entwicklungshilfe in Tansania  
 23.15 **Vier verzirg Jahre**  
 Welt im Film vom 10. 12. 1944

**SÜDWEST**  
 19.30 **Abendschau/Welt im Land**  
 19.30 **Formel Eins**  
 20.15 **Medizin kontrovers**  
 Aids stoppen - aber wie?  
 21.30 **Aktuell/Hessen**  
 21.45 **Hoch Ländschicht**  
 Verbraucherfragen  
 22.45 **Pop-Souvenirs (10)**  
 23.30 Nachrichten

**BAYERN**  
 18.45 **Rundschau**  
 19.00 **Live aus dem Altbau**  
 Jugendprogramm  
 20.45 **Aus Forschung und Lehre**  
 Von bayerischen Hochschulen  
 21.30 **Rundschau**  
 21.45 **Bayerischer Sport**  
 22.45 **Bayerische Musikszene**  
 23.00 **Magazin**  
 Die Rückkehr von Luther Gilla  
 23.30 **Rundschau**

18.10 **Bilder aus der Schweiz**  
 19.00 **heute/Studie**  
 19.30 **Folk Eve**  
 Mit Bill Ramsey, Doni Paulin  
 20.15 **Sport-Live**  
 21.15 **Zeit im Bild 2**  
 21.35 **Kulturjournal**  
 21.45 **Geliebte Brigitte**  
 Amerikanischer Spielfilm (1965)  
 Mit James Stewart, Glynn Johns  
 23.20 **Kessowitz**  
 Jim Henson, "Reise ins Labyrinth"  
 23.40 Nachrichten

**RTL**  
 Gals

18.55 **7 vor 7**  
 19.22 **Karlsruhe**  
 19.30 **Das Tal der Pappeln**  
 Die Vernichtung  
 20.15 **Spiel**  
 20.40 **Brückengart**  
 Französischer Spielfilm (1974)  
 Regie: Paul Vecchiali  
 22.00 **RTL-Spiel**  
 22.05 **Nachrichten**  
 22.15 **Papere und der Quasimod**  
 22.35 **Middische, Mode und Meist**  
 Wohl der Mit Norddeutschland  
 Wie geht's?  
 Alles über Hautkrankheiten  
 22.55 **Wetter/Horoskop/Reisepflicht**  
 23.05 **West Street Final**



## Pankraz, die Falle und das Name dropping

Nicht nur ein einzelnes Genre, sondern die literarische Vielfalt überhaupt ist uns abhanden gekommen, schrieb eine Leserin an Pankraz, nachdem dieser über die mögliche Wiederkehr des Lehrgedichts sinniert hatte. „Vergleichen Sie doch einmal die deutsche Literatur von 1912 oder von 1927 mit der gegenwärtigen. Sie werden sehen, daß sich die reich gegliederte Szene von einst in einen grauen Einheitsbrei verwandelt hat. Das betrifft sowohl die Formen als auch die Standpunkte und die Aussagen.“

Die Frau hat natürlich recht. Verglichen mit 1912 oder 1927 leben wir heute literarisch in der Wüste Sahara oder zumindest in der sarmatischen Steppe. „Expressionismus“ bzw. „Neue Sachlichkeit“ lauten die vereinheitlichenden Stichworte der Germanisten für die genannten Jahre. Aber wer sich ein wenig genauer erinnert, der wird schnell realisieren, daß die Expressionisten oder die Neuen Sachlichen jeweils nur eine einzige Fraktion in der Fülle der konkurrierenden Gruppen und Weltanschauungen darstellten. Und die Qualität der übrigen war keineswegs eine so vernachlässigende Größe.

Es ist von hohem Reiz, sich einmal ein wenig dem „Name dropping“ hinzugeben und einige von denen aufzuzählen, die damals „gleichzeitig“ Literatur machten. Parallel zu den Expressionisten betraten die „Kosmogoniker“ den Plan, die Theodor Däubler und Otto von Guericke, die Mombert und Spitteler. Es gab die „Neurotiker“ um Herbert Eulenberg, Ricarda Huch, Stucken und Vollmöller, den „Bund der Werkleute“ auf Hans Nyland und natürlich den Georgenkreis, der sich steil und fast arrogant von allem „Zeitgeist“ absetzte und den „Stern des Bundes“ bis in die dreißiger Jahre hinein leuchten ließ.

Zwischen den diversen Bündern und Werkleuten viele Einzelgänger und Formgezielter: Die Balladendichter à la Agnes Miegel, Münchhausen, Strauß und Tormey; die Ingenieurs, mit den heutigen einschlägigen Stimpereien überhaupt nicht zu vergleichenden, fertiger historischer Romane à la Emil Strauß oder Handel-Mazzetti; die Anekdoten- und Parabelschreiber à la Wilhelm Schäfer; die in allen Sätteln sich versuchenden Großschriftsteller à la Hugo von Hofmannsthal, Gerhart Hauptmann, Thomas Mann.

Und gewissermaßen als Untergrund und jenseits des Berliner Asphalt, den im selben Augenblick die Dadaisten unsicher machten, die riesige Schar der „Heimatkünstler“, deren Schaffen von der Region geprägt war, ohne daß sie dabei den allgemeinliterarischen Anspruch aufgegeben hätten: die Timm Kröger, Friedrich Griese und Helene Voigt-Diederichs in Norddeutschland; die Paul Keller und Hermann Stehr in Schlesien; die Ludwig Thoma und Lena Christ in Bayern; die Clara Viebig, Rudolf Herzog und Heinrich Zerkow in Rheinland.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß damals Brechts „Hauspostille“ direkt neben Georges „Neuem Reich“ im Schaufenster lag, Huelshofs „Bilanz“ neben Huchens „Urväterzeit“ und Hausmanns „Lampoon“, Barlachs „Armer Vet-

ter“ neben Wassermanns „Eitel Andergast“, Johsts „Thomas Paine“ neben dem „Aufstand der Fischer“ von Anna Seghers, dann kommen einem heutige Belletristik-Ausgaben tatsächlich nur noch wie grauer Einheitsbrei vor. Es gibt keine fest formierten, sich gegenseitig bekämpfenden und überbietenden Blinde oder Schulen mehr. Das weltanschauliche Spektrum ist nur noch ein winziges Segment, das etwa vom „Sozialisten“ Simmel bis zum „Kommunisten“ Rühmkorf reicht. Die ehemalige Formenvielfalt schrumpfte zusammen auf „Prosa“ einerseits, „Lyrik“ andererseits.

Wobei man unter „Prosa“ zu allermeist romanartige Autobiographien-Versuche jüngerer Leute zu verstehen hat, die nichts erlebt haben und die diese Nichtigkeit durch ein bißchen aggressive Politisierung und durch mehr oder weniger künstlerische Sprachspiele auszugleichen suchen. Dabei ist faktisch alles erlaubt, anything goes, man setzt sich keine Sprachnormen, sondern zerstört nur noch welche (was aber niemanden mehr aufregt).

Ähnlich stehen die Dinge mittlerweile bei der „Lyrik“. Auch hier ist alles erlaubt, doch offenbar auch schon alles ausprobiert. Man „will“ nichts mehr. Man zitiert frühere Formen, spielt mit ihnen herum, macht sich niedlich, und wenn man zufälligerweise einmal einen wirklich originären Einfall hat, ist man darüber so erschrocken, daß man ihn gleich wieder fahren läßt.

Allenfalls die aus der „DDR“ abgeschobenen Schriftsteller nehmen bestimmte Stil- und Sprachformen noch ernst und haben auch ein „Anliegen“. Ihr innerer Zusammenhalt ist jedoch zu schwach, die Verlockungen des westlichen Literaturbetriebs zu groß, als daß sie je in die Lage kämen, einen eigenen „Bund“ mit programmatischer Zielsetzung zu gründen. Auch die Kraft des Realismus ist beinahe ganz verschwunden. Selbst österreichische oder Schweizer „Prosa“ ist nur noch selten von solcher aus der Bundesrepublik zu unterscheiden. Und in der „Lyrik“ hat z.B. die Wiener Schule der „Konkreten Poesie“ ihr experimentelles Potential total erschöpft.

Pankraz kann hier nicht den Ursachen für die Misere nachgehen, dem Einfluß einer doktrinarischen, mit existenziellen Sanktionen drohenden Kritik etwa, dem gleichmacherischen Sog einer Industriegesellschaft, die die Regionen und den Unterschied zwischen Stadt und Land eingebogen hat und deren Angehörige durch die neuen Medien alle miteinander kurz- und kürzestens verbunden sind, der scharfen Konkurrenz, die der Belletristik durch Sachbücher und flüchtendekenden Journalismus erwuchs. Aber er ist davon überzeugt: So wie bisher wird es nicht weitergehen. Die Dichter, die Erbauer fiktiver Welten mittels Sprache – soviel der eingangs zitierten Leserin zum Trost – werden schließlich einen Ausweg aus der Mausefalle finden. Einige haben schon am Glitter.

Pankraz

## Eine Hommage für Hans Werner Henze im WDR

### Viele Lieder ohne Worte

Innerhalb seiner Reihe „Musik der Zeit“ veranstaltete der Westdeutsche Rundfunk eine „Hommage für Hans Werner Henze“ anlässlich seines 60. Geburtstages. Dabei gelangten zwei neue Werke Henzes zur Aufführung: In der Philharmonie die „Sieben Liebeslieder für Violoncello und Orchester“ vom Solisten Heinrich Schiff und dem Kölner Rundfunk-Sinfonieorchester unter der Leitung von David Shallon und „Kleine Elegien für Renaissance-Instrumente“ mit den Taverner Players aus London unter der Leitung von Andrew Parrott.

Hans Werner Henze hat einen Begriff des chilenischen Dichters Pablo Neruda, den der „Poesia in pura“, zur Erläuterung seiner Musik herangezogen. „Musica in pura“, eine unreine, befleckte Musik bezeichnet das Einbringen von Weiterführung in die Musik. Sie ist somit das Gegenteil einer puristischen autonomen Musik. Henze stand und steht damit konträr zur Avantgarde seiner Generation. Die Frage der musikalischen Organisation tritt gegenüber den inhaltlich politischen Momenten in den Hintergrund. Im Zentrum von Henzes Musik steht somit niemals ein abstrakter Inhalt, sondern der leidende, hoffende, liebende Mensch.

Die „Sieben Liebeslieder für Violoncello“ sind einerseits ein hochvirtuoses Cello-Konzert, gleichzeitig jedoch so etwas wie in Töne verwandelte Sprache. Henzes Musik ist in ihrem Engagement sprachmächtig, und dies auch in der vermeintlich reinen Instrumentalmusik. Auch die „Liebeslieder“ sind so etwas wie eine versteckte Textkomposition. Hier liegen

sieben englische Gedichte zugrunde, von elizabethanischer Zeit bis zur Moderne. Henze hat Struktur und Inhalt dieser Gedichte analysiert und in die rein musikalische Sphäre transportiert. Die Herkunft der Gedichte gibt er freilich nicht preis.

Die Lyrik der Musik soll und kann aus sich heraus allein sprechen. Die „Liebeslieder“ sind Textkompositionen, indem sie auf eine Schicht weisen, die selbst den Gedichten zugrunde liegt. Musikalisches geschieht dies in einem ausgesprochen lyrischen Tonfall gar mit Walzeranklingen und Seufzertönen. Am Ende, nach einer Kadenz des Solo-Cellos, zieht sich da der große instrumentale Aufwand auf die kammermusikalische Besetzung des Streichquartetts zurück: Reduktion auf Intimität und „Innerlichkeit“.

Eine ähnliche Reserviertheit zeigen die „Kleinen Elegien für Renaissance-Instrumente“. Diese Elegien binden Filmsequenzen ein. Entstanden sind sie aus der Filmmusik zu „Der junge Törless“ von Volker Schlöndorff 1966. Henze hat sie im vergangenen Jahr neu komponiert. Die Version für alte Instrumente kommt der elegischen Versunkenheit sehr entgegen. Es sind zwölf teilweise äußerst kurze „Szenen“, musikalische Bilder. Auch hier – wie im Cello-Konzert – überwiegt Gesanglichkeit und weiche Melodik. Die Sprachlichkeit und emotionale Eindringlichkeit der Musik Henzes erklärt sich aus der Umwandlung von durch Texte inspirierten Seelenzuständen in reine Instrumentalmusik. Auch diese ist poetisch inspiriert: „Lieder ohne Worte“.

LOTHAR MATTNER

## Hans Neuenfels gab mit Euripides' „Elektra“ seinen Einstand in der Freien Volksbühne von Berlin

### Der Schreck tobt, daß die Bühne bebt

Neue Besen kehren wenn auch nicht immer gleich gut, so doch fleißig und hoffnungsvoll. Hans Neuenfels, der zu seinem Einstand als Direktor des Theaters der Freien Volksbühne in Berlin ansetzt, verblüht den Besucher des Hauses in der Scharpenstraße mit neuem Zuschauererfolg.

Bisher hatten in dem wahrlich nicht immer glücklichen Hause auf einen Schlag mehr als 1000 Besucher Platz gefunden (wenn so viele den suchten; und das war selten). Jetzt ist der weiträumige Rang ganz verschwunden. Er ist außer Kraft gesetzt und abgedeckt.

Das Auditorium selber ist ebenfalls um rund ein Drittel seiner Sitzkapazität vermindert. Die gewaltige Bühne ist erweitert. Wo einst fünf Sitzreihen sich befanden, greift nunmehr der gefragte und enorm gewordene Spielbereich weit in den Zuschauerraum hinein.

Das Theater ist klein geworden. Der Spielraum dafür fast unübersehbar. Der neue Pankraz, Neuenfels, rechnet offenbar auf einen gewaltigen Zuschauerschub nicht. Er stellt sich mit seinen ersten zwei Stücken, Euripides' „Elektra“ und Edward Bonds „Gerettet“ (das in zwei Tagen folgen wird), auf eine sicher interessierte, aber dann doch zahlenmäßig beschränkte Zuschauergruppe ein. Zweimal Vorführungsstücke einer unerhörten Gewalt, einmal klassisch, einmal modern: daß die Aufblähung des alten Atriden-Schicksals, obgleich doch aus tiefsten Tiefen klassisch, ebenfalls sehr modern ausfällt, ist bei diesem phantastischen Regisseur außer Frage.

Was er selbst sozusagen zu einem intimen Kammertheater-Auditorium geschrumpft hat, jetzt bei Euripides' Zuerst hat man bukolische Unternehmung. Hühnerkriechen. Die weit aufgerissene Szenerie ist frei und morgendlich hell. Elektra, die mehrfach gesandene Königsstochter, ist in eine ländliche Szenerie versetzt.

Sie vegetiert in einer Hütte. Sie beklagt ihre mörderische Herkunft. Sie ist verbannt. Und gleich läßt die außerordentliche Tragödie, Elisabeth Trissenaar, geschorenen Kopfes und in dem zerrissenen Gewand einer getretenen Blauerin, den vollen Klagegesang erschallen. Sie reckt sich gegen die Ungnade der Götter. Sie beklagt ihr unerhörtes Schicksal. Frau Trissenaar steigt sofort hoch auf den Kothurn, um ihn bis zum späten En-



Das alte Atriden-Schicksal neu aufgeführt: Lola Müthel als Klytemnestra (links) und Elisabeth Trissenaar als Elektra in Hans Neuenfels' Berliner Inszenierung. FOTO: BINDER/THELE

de (Dauer des schrecklichen Spiels: mehr als dreieinhalb Stunden) nicht zu verlassen. Sie trägt den Abend. Sie allein ist dafür kräftig genug.

Neuenfels nimmt sich für den Katalog des Schreckens Zeit. Der antike Chor ist hier auf fünf Frauengestalten geschrumpft. Sie kommen in jugendstiller Gewandung einher, als seien sie von Heinrich Vogeler aus Worpsege eingekleidet. Ihr begleitender Klagegesang ist in Einzelsprecherinnen aufgeteilt, meist sprechen sie im Chor. Da wackelt dann vieles. Sprechchor, also konforme Mengende, ist eine akustische Barbarei. Die wird hier nicht immer vermieden.

Orest und Pylades – das Freundespaar, das den falschen Vater, den ständigen Mörder ihres eigentlichen Vaters rächen soll – sie sind offenkundig und deutlich schwulen Geschlechtes. Sie gehen wankelmütig an ihr Rachegebot.

Pylades soll wie ein weichherziger, grausamer Punker wirken, das tut er, wenn beide, zusammen mit Elektra, den falschen Gatten ihrer Mutter erlegt haben, nehmen sie ihn auf offener Bühne das Gebrüll auseinander. Sie schneiden mit langem Messer sein Geschlecht aus der Leiche und zeigen den Männerstumpf triumphierend der wilden Elektra vor.

Elektra schneidet sich in ihrer rasenden Rache suchtsogar einen Nierenstein, immer das scharfe Beil in der Hand, aus der Leiche und tobt damit über die Szene. Da melden sich denn auch sofort Lacher im Auditorium. Der Spaß ist so mörderisch weit getrieben, daß er wirklich nur spaßig wirkt.

Der tote Ägisth, hier erhebt er sich nach soviel deutlicher Verstärkung wieder aus der Zerkleinerung. Der Tote erscheint, wie ein schöner, nackter Body-BUILDER mit blutrot getünchten Brustwarzen. Was das bedeuten soll, bleibt, wie so vieles in dieser heftigen Inszenierung, ungeklärt und fragwürdig.

Die Bühne bebt dauernd. Der große, herrliche Dialog zwischen Elektra und ihrer sündigen Mutter ist ständig untertönt von gewaltigem Gewitterdröhnen. Lola Müthel, herrlich in Weiß und Rot gewandert, spricht ihre erste herrliche, später immer kleinmütiger werdenden Worte der mütterlichen Selbstverleumdung mit großer, heftiger Emphase.

Wenn's dann auf den Eingriff der Götter geht (an die Euripides nicht mehr glaubte; er zitiert sie nur; gläubig hört er sie nicht) – dann endlich kippt die lange, schreckliche Plage fast um in eine Offenbachidee. Die

Götter werden vom Inszenator verpackt. Sie erscheinen auf der Höhe eines entfernten Krans. Sie sind goldbestickt. Sie entledigen sich ihrer herrischen Texte wie parodistisch. Sie bringen Ordnung ins so vielfach verwüstete Revier. Ernst nehmen soll (und kann) man sie nicht.

Wo dann das Ganze? Lauter Fragen und viele denkerische Gegenwehr, während man das Schicksal der rasenden Elektra betrachtet. Bei Neuenfels endet die Szene nach so viel Greuel und Scheu fast idyllisch. Elektra hat so viel Blut von ihren Händen waschen müssen, und wir haben sie ausführlich dabei verfolgen dürfen.

Der Frauenchor in seinen netten Jugendstil-Gewändern sagt noch manches Deftige auf. Die Szene verändert sich befriedigt zurück in die bukolische Idylle, in der sie begonnen hatte. Jetzt zirpen wieder die elektronischen Zikaden. Der Vorhang schließt sich über der antiken aufgerissenen Landschaft.

Hat man einen Euripides gesehen oder gehört? Sicher! Aber doch einen eher aus der konvulsischen Phantasia eines Hans Neuenfels. Denen das gefiel, die klatschten laut. Die meisten blieben auf kopfschüttelnde Weise stumm. FRIEDRICH LUFT

## Ein Symposium der H. M. Schleyer-Stiftung über Freiheit und technischen Fortschritt in München

### Dürfen wir denn auch tun, was wir tun können?

Es soll Fragen geben, die so trivial sind, daß einzig die Emphase des Fragestellers darüber entscheidet, ob sie gehört werden. So steht es etwa mit der Frage, ob denn der Mensch alles tun darf, was er tun kann. Natürlich nicht, lautet die spontane Antwort vom „Mann auf der Straße“, der diese Straße zwar bei Rot überqueren könnte, es wohlweislich aber bleiben läßt. Sein Selbstbehaltungsinstinkt ist in diesem Falle genauso stark wie das akademische Interesse der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, die nach Tschernobyl und Sandoz einmal mehr die Frage stellt: Darf der Mensch alles tun, was er tun kann?

Das Münchner Symposium „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Aufgabe in einer freiheitlichen Kultur“ kam natürlich zu keiner prinzipiell anderen Antwort, als sie der Mann an der roten Fußgängerampel angesichts des fließenden Verkehrs geben würde. Doch rhetorische Steigerungen sind immer möglich. Beispiel: „Der Mensch entgeht seinem Schicksal nicht, wenn er mit diesem wissenschaftlich pokert“, wie sich der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß auszudrücken wußte. Wissenschaft und Technik hätten ihr Maß nicht in sich selbst, stellte er fest.

Die Teilnehmer des Symposiums „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Aufgabe in einer freiheitlichen Kultur“ kam natürlich zu keiner prinzipiell anderen Antwort, als sie der Mann an der roten Fußgängerampel angesichts des fließenden Verkehrs geben würde. Doch rhetorische Steigerungen sind immer möglich. Beispiel: „Der Mensch entgeht seinem Schicksal nicht, wenn er mit diesem wissenschaftlich pokert“, wie sich der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß auszudrücken wußte. Wissenschaft und Technik hätten ihr Maß nicht in sich selbst, stellte er fest.

Grenzen des Fortschritts könnten daher „allein nur selbstgesetzte Grenzen“ sein.

Das war freilich etwas mißverständlich: der Mensch als Maß der (ethischen) Dinge? Gemeint war jedoch, daß nur der einzelne Wissenschaftler und nicht etwa sein Fach Verantwortung tragen könne. Ethisch sinnvolles Handeln habe viel mit der „Einsicht in die Geschöpflichkeit“ des Menschen zu tun, betonte Mittelstraß.

Wo diese Einsicht fehlt, stehen nach Ansicht von Michael Stürmer Liebe, Moral und Politik „nicht im Zeichen des Fortschritts“. Als Indiz dafür wertet der Erlanger Historiker die hunderttausendfachen Abtreibungen pro Jahr – und dies in einer der reichsten Gesellschaften! Ein Blick in die Geschichte offenbare die eigentliche Versuchung des Menschen: sich Gott gleich zu machen und über Gut und Böse entscheiden zu wollen.

Die Seitenhiebe auf Rousseaus Traum vom edlen Wilden waren zu gleich Kriterien für die Beantwortung von Stürmers Referatfrage: „Wie modern ist der Mensch? Gemessen an der Elle der kulturellen Qualität, so des Historikers Fazit, ist unser zivil-

satorischer Fortschritt mit Vorsicht zu genießen.

Hermann Lübbe schätzte die europäische Gegenwartskultur optimistisch, wenn auch mit sanftem Sarkasmus, ein. In einer Zeit, in der sogar der „Plunder in den Adelsstand von Antiquitäten erhoben wird“, könne man nicht umhin, von einer Blüte der historischen Kulturwissenschaften zu sprechen. Ein erheitendes, „gleichwohl repräsentatives“ Beispiel: Der Massenabsatz neuauflager alter Kochbücher (allein die hellen Fettflecke sind echt) sei ein kulturwissenschaftlicher

„Komplementärerfolg“ zu der weltweiten Verbreitung einer amerikanischen Schnellimbibie. Ernüchterung für die kulturelle Identität Euripides sei auch das zunehmende Interesse für klassische Herkunftsbüchlein. Die Frei nach dem Motto: „Das Alte hat gegenüber dem weniger Alten den Vorzug, weniger rasch zu altern.“

Als weniger ermutigend betrachtete der Zürcher Sozialpsychologe Gerhard Schmidts die Tatsache, daß die ausschließlich konsumorientierte Einstellung gegenüber dem Staat in der Bundesrepublik geradezu Züge einer „politischen Bewegung“ angenommen habe. Institutionelle Macht

werde nur noch anerkannt, wenn sie unmittelbar vom Individuum „verwertbar“ sei. „Ohnmacht ist aber nicht das Gewand der Humanität“, mahnte Schmidts. „Humanität kleidet sich vielmehr in den technisch-naturwissenschaftlichen Fortschritt.“ Darin stimmten die meisten Tagungsteilnehmer mit dem bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Wolfgang Wild, überein.

So recht provozierend wirkte bei dieser Tagung eigentlich nur das „Wort zum Sonntag“ von Hermann Franz. Das Siemens-Vorstandsmitglied nutzte die Gunst der Stunde, um vor den 300 Teilnehmern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur ein flammendes Plädoyer für die Sonntagsarbeit zu halten. Denn nach Regensburg will Siemens nun auch in München den „vollkontinuierlichen Schichtdienst“ einführen.

Nicht nur der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stügel, sah hier eine erstrangige kulturelle Errungenschaft, „vom Profitstreben bedroht“. Getreu der anscheinend doch nicht so trivialen Einsicht, daß der Mensch nicht alles tun darf, was er tun kann.

CHRISTIAN GEYER

## „Zen 49“: Erste Schau zur Reihe „Orientierungen 1945-1955“ in Baden-Baden

### Sehnsucht nach dem neuen Menschen

Im „Dritten Reich“ als „entartet“ verurteilt, verfolgt, mit Ausstellungsverbot belegt, durften die Künstler im Nachkriegsdeutschland erst mal tief durchatmen und den vielbeschworbenen „Neuanfang“ wagen. Die neugewonnene Freiheit ließ viele Modelle und Absichten zu. Der unternehmerische Geist war, lange aufgestaut, auch hier kolossal. Künstlergruppen schossen wie Pilze aus dem Boden. Informationen über den augenblicklichen internationalen Stand der Dinge waren Mangelware.

An diese Zeit möchte ein Ausstellungszyklus erinnern, den die Kunst- und Kulturverwaltung Baden-Baden jetzt unter dem Oberbegriff „Die ersten zehn Jahre – Orientierungen 1945-1955“ begonnen hat und der im Turnus von zwei bis drei Jahren fortgesetzt werden soll. Verantwortlich dafür zeichnet der neue Leiter der Kunststelle, Joben Poetter.

Die Künstlergruppe „Zen 49“ wurde für diese erste Ausstellung ausgewählt, weil sie exemplarischen Charakter hat für die Situation des künstlerischen Neubeginns. „Zen 49“, im Juli 1949 gegründet, war eine lockere

Vereinigung von gegenstandslos arbeitenden Künstlern aus dem südwestdeutschen Raum. Auf den Namen „Zen“, von dem Maler Ruppert Geiger eingeführt, hatte man sich geeinigt, weil er, aus dem ostasiatischen Kulturkreis von Buddhismus entlehnt, für viele abstrakt malende Künstler eine geistige Grundregel bedeutete, der sich die Mitglieder bereitwillig unterordneten.

Dieser gemeinsame Nenner hielt die Gruppe immerhin fast fünf Jahre zusammen. Er versöhnte über die Abgründe des Krieges hinweg. Eine Schilderung des Erlebten, ein Blick zurück im Zorn war nicht das Klassische. Denn zuvor, 1943, hatte Willi Baumeister, impulsiver Schwabe und geistiger Mentor der Gruppe, „das Unbewußte in der Kunst“ als einzig gültigen Maßstab für die neuformierte deutsche Avantgarde postuliert und damit nur das anders formuliert, was bereits Kandinsky als „innere Notwendigkeit“ beschrieben.

Der Rückbezug auf den „Blauen Reiter“ und die Bildpoesien Klees sowie die Auswertung dieses Bildprogramms wurden zur gültigen Strategie.

ge erklärt. Insofern wurde auch die von den Nazis gerissene Lücke von den jungen Avantgarde wieder geschlossen und mit eigenen Bild-Formulierungen erweitert.

Nicht zuletzt wegen ihrer hohen Ideale („Wir wollten einen neuen Menschen schaffen“, Gerhard Fietz) fand die Gruppe bald überall im Lande Sympathien. Bemerkenswert ist auch, daß bereits kurz nach Kriegsende mit Pierre Soulages, Hans Hartung und Gérard Schneider französische Künstler zu ihr gestoßen sind. Auch diese kosmopolitische Ausstrahlung der Gruppe trug dazu bei, daß die „abstrakte Kunst“ Ende der 50er Jahre zur bestimmenden „Staatskunst“ werden konnte.

Die Kerngruppe um Baumeister, Fritz Winter und die Plastikerin Brigitte Meier-Dinnighoff, dann die rheinischen Informellen wie Emil Schumacher oder Bernard Schultze, aber auch der dem „Zen“ nahe stehende Julius Bissier geben der aus 226 Exponaten bestehenden Schau einen Erinnerungswert von vorzüglicher Güte. (Bis 12. 2. 87, Katalog 44 Mark) CHRISTIAN von KAGENECK



Gerhard Fietz: „Ohne Titel“ (Auschnitt). Aus der Baden-Badener Ausstellung. FOTO: KATALOG

## JOURNAL

### „Hommage an Berlin“ als „Geschenk an Berlin“

dpa, Frankfurt  
„Hommage an Berlin“ – Unter diesem Motto bereitet die Commerzbank als Geschenk an Berlin zur 750-Jahr-Feier der Stadt – zusammen mit der Karl-Hofer-Gesellschaft, der Berlinischen Galerie und dem Kunstamt Tiergarten – eine Wanderausstellung zeitgenössischer Berliner Kunst durch mehrere größere Städte des Bundesgebietes vor. Erste Station der Schau wird im Februar Hannover sein.

### Der Heimatbund und die Baudenkmalerei

dpa, Bonn  
Der Deutsche Heimatbund (DHB) will sich künftig stärker um den Schutz von Baudenkmalern bemühen, die vor allem Bedeutung für die Kultur und Geschichte der neueren Zeit haben. Er hat zu diesem Zweck eine Fachgruppe gegründet, der Juristen, Architekten und Denkmalpfleger angehören. Außerer Anlaß für diesen Schritt ist der entgegen allen Beteuerungen vollständige Abriß des kulturhistorisch bedeutsamen Denkmals Hotel Petersberg im Siebengebiet.

### Lorca „El Publico“ wurde uraufgeführt

dpa, Mailand  
„El Publico“, ein von Federico Garcia Lorca 1929 in Havanna geschriebenes Drama, hat im Mailänder „Teatro Studio“ seine Welturaufführung erlebt. Das surrealistische Stück, das die Theaterwelt und die homosexuelle Liebe zum Thema hat, war auf Wunsch des Autors nicht aufgeführt worden. In Mailand kam das Werk jetzt unter der Regie des Spaniers Fluis Pasqual in Originalsprache auf die Bühne und erntete großen Beifall.

### Karolingisches Kreuz wieder im Petersdom

dpa, Vatikanstadt  
Nach 436 Jahren steht im Petersdom in Rom wieder eine Kreuzigungsdarstellung, deren Original Karl der Große einst Papst Leo III. geschenkt hatte. Das ursprüngliche Christusbild wurde 1550 eingeschmolzen, nachdem eine perfekte Kopie hergestellt worden war, die nach Deutschland kam. Nach dieser Kopie ließ jetzt der Leiter des Römisch-Germanischen Museums Mainz, Konrad Weidemann, jene Reproduktion erstellen, die dem Papst als Geschenk übergeben wurde.

### Film-Auszeichnung für „Zimmer mit Aussicht“

dpa, New York  
Der britische Film „Zimmer mit Aussicht“ von James Ivory ist vom National Board of Review, einer Vereinigung amerikanischer Filmexperten, zum besten Film des Jahres 1986 gewählt worden. Woody Allen wurde für „Hannah und ihre Schwestern“ zum besten Regisseur gekürt. Beste Schauspieler wurden Kathleen Turner und Paul Newman, bester fremdsprachiger Film Franco Zeffirelli „Othello“.

### Menschheitsgeschichte im Übersee-Museum

AP, Bremen  
In Bremen wird als einziger Stadt in der Bundesrepublik eine aufsehenerregende „Evolutions-Schau“ über Ursprünge, Entwicklung und Zukunft des Menschen gezeigt. Die englische Version „The Human Story – Our Past, Our Future“, war bereits mit großem Erfolg in London und Amsterdam zu sehen.

### Bernstein und Sinatra in der Carnegie Hall

SAD, New York  
Heute wird die New Yorker Carnegie Hall mit einem Gala-Programm wiedereröffnet. Den Sommer über waren in dem 95 Jahre alten weltberühmten Konzertsaal dringende Renovierungen ausgeführt und das Interieur liebevoll restauriert worden. Frank Sinatra, Isaac Stern, Zubin Mehta und die New Yorker Philharmoniker werden musizieren. Ab 1988 wird es in der Carnegie Hall keine Sommerpause mehr geben, sie wird für die New Yorker und die Touristen das ganze Jahr über geöffnet sein.

### DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Das Grimmsche Märchen vom „Gestiefelten Kater“ hat Ludwig Tieck zu einem Dreiaakter inspiriert, der schon vor fast 150 Jahren zum ersten Mal als Buch erschien. Jetzt liegt er im Verlag der Insel wieder vor. Im dem Stück tummeln sich fast 50 Personen, vom König bis zum armen Müllersohn. Unter den Darstellern sind auch mehrere imaginäre Zuschauer, die nach dem Ende der letzten Spielszene mit dem Dichter über sein Werk diskutieren. Das ganze ist in einem alttümlichen Deutsch abgefaßt, das sich noch immer vernünftig liest. Bo. Ludwig Tieck: „Der gestiefelte Kater“, Insel, m. zahlr. Abb., 135 S., 10 Mark.







# Die Wirtschaft konnte sich trotz Rückschlägen behaupten

Von TONY HAWKINS

Nach afrikanischen Maßstäben hat sich die Wirtschaft Zimbabwes in den ersten sieben Jahren seit der Unabhängigkeit eindrucksvoll behauptet. In realen Werten wuchs die Wirtschaft mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von drei Prozent, wobei es Schwankungen gab von einer Spitze von 13 Prozent im Gefolge einer Superernte im Jahre 1981 zu einem Minus von 3,4 Prozent 1983, als die Wirtschaft schwer getroffen wurde durch das Zusammenreffen von extremer Trockenheit und Weltrezession.

Es bleibt jedoch festzustellen, daß die Wirtschaft Zimbabwes mit nahezu der doppelten Rate wuchs wie sie im übrigen Afrika südlich der Sahara mit 1,6 Prozent jährlich zu registrieren war. Das bedeutet, daß während in den meisten afrikanischen Ländern der Lebensstandard seit den 70ern real fiel, ist es Zimbabwe gelungen, den Standard auf dem Niveau des Jahres 1980 zu halten. Die Tabelle zeigt, daß in Zimbabwe-Dollars das pro-Kopf-Einkommen in 1986 etwas höher liegt als bei der Unabhängigkeit im Jahre 1980.

Wenn man jedoch berücksichtigt, daß die Währung Zimbabwes in diesem Zeitraum gegenüber dem US-Dollar um 60 Prozent abgewertet wurde, hat es einen scharfen Rückgang im Pro-Kopf-Einkommen gegeben.

Nach einem starken Wachstum in den ersten beiden Jahren nach der Unabhängigkeit flachte sich die Wachstumsrate in der Zeit 1982 bis 1984 ab und spiegelte damit die drei Jahre einer Trockenheit wider, eine Periode niedriger Preise für Primärprodukte und die weltweite Rezession.

Ergiebige Regenfälle im Jahre 1985 führten zu einer starken wirtschaftlichen Erholung, aber diese hat in der Folgezeit wieder an Tempo verloren mit einem wirtschaftlichen Realwachstum, das von sieben Prozent in 1985 zu voraussichtlich 2,5 Prozent in diesem Jahr absinken wird.

Das unterstreicht das Ausmaß, in dem die Wirtschaft seit der Unabhängigkeit des Landes von der Landwirtschaft abhängt. Obwohl der Agrarbereich nur 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, hängen schätzungsweise 70 Prozent der 8,2 Millionen Einwohner direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Der Agrarbereich ist mit 45 Prozent der größte Arbeitgeber.

Tabak ist Exportgut Nummer eins und verantwortlich für ein Fünftel

der Gesamteinnahmen in ausländischer Währung. Andere wichtige landwirtschaftliche Exportprodukte sind Baumwolle (3,5 Prozent des Exportes), Zucker, Kaffee, Mais, Fleisch und Tee.

In den Bergbau ist seit der Unabhängigkeit nur wenig investiert worden. Das Produktionsvolumen ist heute niedriger als vor zehn Jahren. Obwohl der Bergbau nur sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes beisteuert, ist er für die Wirtschaft ungeheuer wichtig als Devisenbringer. Gold und Chrom sind des Landes zweiter und drittgrößter Exportfaktor (nach Tabak) und zusammen mit Stahl, Asbest, Nickel, Kupfer, Zinn und anderen weniger bedeutenden Mineralien steuerte er im vergangenen Jahr 42 Prozent der Exporterlöse bei. Der industrielle Fertigungssektor steuert 27 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei, aber nur 12 Prozent des Exports.

Das Wachstum des Fertigungssektors wurde durch den Mangel an Fremdwährung behindert. Einer der größeren zimbabwischen Hersteller berichtete unlängst, daß in US-Dollars seine Importquoten in den letzten drei Jahren um 70 Prozent gefallen seien, was zur Verknappung bei notwendigen Erneuerungen gesunkener Output und zu einem wesentlichen Kapazitätsverlust führte. Diese Situation sei für zahlreiche Industrien gegenwärtig typisch. Im Ergebnis erwartet man heute, daß nach einem Wachstum von mehr als elf Prozent in 1985 die Industrieproduktion in diesem Jahr um nicht mehr als bis drei Prozent expandieren werde, und es ist wenig wahrscheinlich, daß es irgendeine Verbesserung im kommenden Jahr gibt.

Zimbabwe hat sich zu den Wirtschaftssanktionen des Commonwealth gegen Pretoria verpflichtet, die möglicherweise das Aufkündigen der Flugverbindungen mit Südafrika ein Boykott auf bestimmte südafrikanische Importe, vor allem Dingen, Stahl, Kohle und Früchte und Restriktionen im Handel und Tourismusförderung einschließen können.

Für sich gesehen, würden diese Maßnahmen keine größere Auswirkung auf die Wirtschaft Zimbabwes haben, aber Repressalien durch Pretoria könnten harte Konsequenzen zeitigen. Südafrika ist Zimbabwes wichtigster Handelspartner mit etwa 15 Prozent des gesamten Warenverkehrs, aber folgenswerter noch ist die Abhängigkeit Zimbabwes vom südafrikanischen Transportsystem. Rund 90 Prozent von Importen und

Exporten werden über die südafrikanischen Eisenbahnen und Häfen abgewickelt. In der Landwirtschaft ist das Schlüsselproblem die Notwendigkeit, die Maisproduktion zu reduzieren und dafür die Bereiche Baumwolle, Tabak, Ölsaaten, Weizen und Fleisch stärker zu fördern. Zimbabwe hat zwei Millionen Tonnen Mais auf Lager, genug, um die Nachfrage für die nächsten drei Jahre zu befriedigen. Die Bauern sind aufgefordert worden, ihre Maislieferungen in der laufenden Erntezeit zu halbieren.

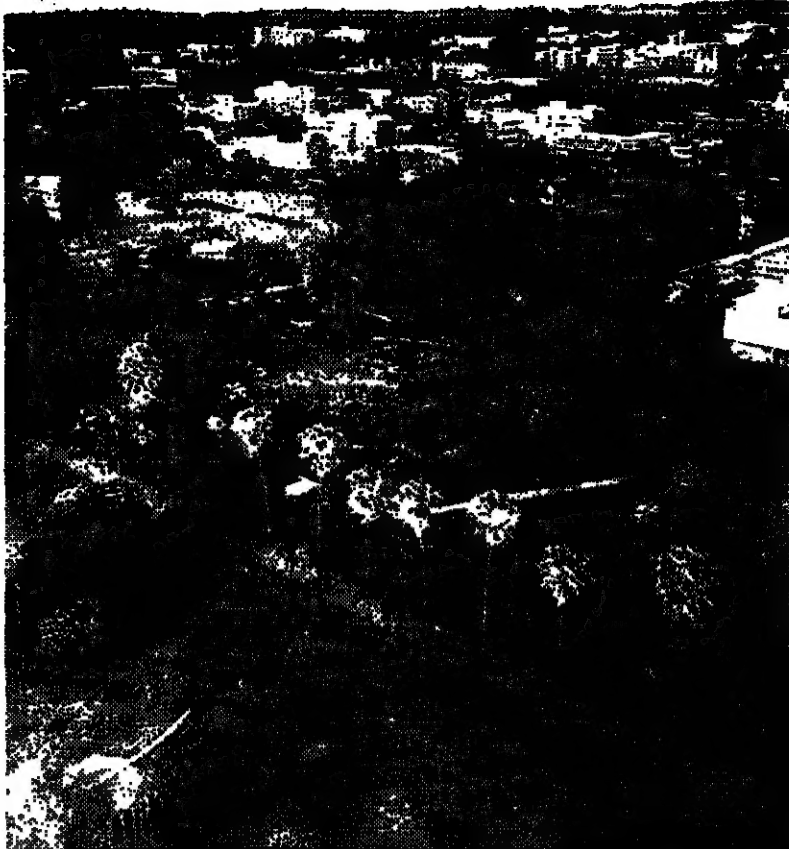
Die Probleme mit den Defiziten im Haushalt und in der Zahlungsbilanz führten zur Abwertung des Zimbabwe-Dollars um 40 Prozent und zu strengen Beschränkungen beim Import und anderen Zahlungen, aber auch zu Streichungen bei öffentlichen Ausgaben und deutlich höheren Steuern. Trotz dieser Maßnahmen bleibt das Problem ungelöst. In diesem Jahr wird mit einem voraussichtlichen Defizit von 12 Prozent gerechnet. Damit ist das ambitionierte Erziehungsprogramm der Regierung gefährdet, das 17 Prozent des Budgets auffrisst.

Demgegenüber hat sich die Zahlungsbilanz seit 1983 spürbar verbessert mit einem gegenwärtigen Rechnungsdéfizit, das von 530 Millionen Zimbabwe-Dollars auf 150 Millionen 1985 reduziert werden konnte. Dies wurde jedoch nur dadurch erreicht, weil die Importbewilligungen stark reduziert wurden und heute nur noch 60 Prozent des Spitzenwertes aus dem Jahre 1981 betragen. So hat die Verbesserung der Zahlungsbilanz nicht dazu geführt, daß das Leiden der Wirtschaft gemindert wurde.

Das hängt in der Tat mit den Wurzeln der Schwierigkeiten des Landes im Hinblick auf seine langfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zusammen. Das schnelle Wachstum der Bevölkerung – mehr als drei Prozent jährlich – und der hohe Anteil der Bevölkerung, der die Schule besucht, bedeutet, daß im Laufe der nächsten fünf Jahre 170 000 Arbeitssuchende jedes Jahr in den Arbeitsmarkt strömen werden. Gegenwärtig sind etwa nur eine Million Menschen in der lohnzahlenden Wirtschaft beschäftigt, und die Arbeitslosenrate wird auf 15 Prozent geschätzt. Berücksichtigt man den ersten nationalen Entwicklungsplan der Regierung (für die Zeit von 1986 bis 1990), einem anzunehmenden Wachstum von jährlich fünf Prozent real und einer Beschäftigungsausweitung von 30 000 Arbeitsplätzen jährlich, sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Arbeitslosenrate eskalieren und 1990 die 20-Prozent-Marke erreicht haben wird.

Ohne einen Zweifel stellt das das ernsthafteste Problem für Robert Mugabes Regierung dar, denn die 170 000 jungen Leute, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt strömen, werden Jugendliche sein mit einer vier- oder sechsjährigen Sekundarschulausbildung und hohen Erwartungen an einen guten Job und an einen Platz in der Sonne.

Als ich Ford Hare verließ, hatte ich eine neue Orientierung und neue Perspektive", sagt Mugabe. "Ich kam aus einem Land, in dem die meisten Schwarzen die europäische Herrschaft akzeptiert hatten. Die meisten von uns glaubten, daß alles, was getan werden sollte, wäre, unsere Probleme innerhalb Systems zu besetzen, aber nach Ford Hare war in meinen Auffassungen ein radikaler Wandel."



Harare, die einzige Hauptstadt mit 12 Goldplätzen, Great Zimbabwe, an seinen Ruinen richtet sich der Stolz einer Nation auf

FOTO: HNH

## „Sozialismus ist christlicher als der Kapitalismus“

Eine Missionsschule prägte den Politiker Robert Mugabe

Wenn ich ein Mann bin, dann werde ich ein Lehrer sein, wenn ich kann." Der kleine Junge, der das 1938 in der Jesuitenschule von Kutama gegenüber Lehrern und Mitschülern erklärte, war Robert Gabriel Mugabe, Sohn des Schneiders an der dortigen Mission, Gabriel Mugabe und dessen Frau Bona, beides gläubige Katholiken. Bis heute ist Mugabe Lehrer geblieben, und seine wichtigste Lektion ist die Afrikanisierung Zimbabwes, denn daß von den Europäern wenig zu erwarten war, lernte er schon in Kutama, als der britische Gouverneur Rodwell die Anfrage nach einem Krankenhaus des Father O'Hea mit der Bemerkung abfällig beschied: „Was regeln Sie sich über ein Krankenhaus auf, es gibt ja doch schon viel zu viele Eingeborene in diesem Land.“

Kutama war eine religiöse Gemeinschaft, die Mugabe verließ, um auf die schwarze Universität von Fort Hare in der südafrikanischen Kapprovinz zu gehen. Dort traf er während der 40er Jahre die Exponenten des jungen Flügels des African National Congress (ANC), darunter Nelson Mandela, Robert Sobukwe, den Zulu-Führer Gatsha Buthelezi und Oliver Tambo. Dort wurde Mugabe auch ein Anhänger des Marxismus, beeinflusst durch die Jewish Communists of South Africa und durch die Kultfigur der jungen Nationalisten Südafrikas, Mahatma Gandhi, der ja in Südafrika geboren wurde.

Als ich Ford Hare verließ, hatte ich eine neue Orientierung und neue Perspektive", sagt Mugabe. "Ich kam aus einem Land, in dem die meisten Schwarzen die europäische Herrschaft akzeptiert hatten. Die meisten von uns glaubten, daß alles, was getan werden sollte, wäre, unsere Probleme innerhalb Systems zu besetzen, aber nach Ford Hare war in meinen Auffassungen ein radikaler Wandel."

Im Herbst 1957 ging Mugabe nach Ghana und traf Kwame Nkrumah, den Führer der Nationalisten im Lande und kurz darauf Ghanas erster Präsident. Das Beispiel Ghana beflügelte Mugabe. In Ghana traf er auch seine Frau Sally Heyfron, eine Lehrerin am Sankt Mary's College in Takoradi. Nach Ghana und auch durch den Einfluß seiner Frau Sally war er entschlossen, den Weißen in Rhodesien entgegenzutreten.

Der Kampf zuerst politisch, dann militärisch, begann am 30. Juli 1960 mit dem Marsch der 7000, als die National Democratic Party (NDP) zur Demonstration aufrief, die von der Rhodesischen Polizei mit Härte beantwortet wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde Mugabe erstmals aufgeführt, als Redner in Erscheinung zu treten. „Die nationalistiche Bewegung wird nur dann Erfolg haben, wenn sie auf dem Zusammenwirken von allen Klassen der Menschen basiert“, sagte er. Der Erfolg war enorm, weil die Menge den Eindruck hatte, daß hier einer mit den Armen, Ungebildeten und den Bauern gemeinsam in den Kampf ziehen wollte. Mugabe wurde in der Folgezeit ein begehrter Redner, insbesondere faszinierte er

Die große Verbrüderung zwischen Weißen und Schwarzen hat es in Zimbabwe nach der Unabhängigkeit vor sechs Jahren nicht gegeben. Abends sind die Weißen in ihren Zirkeln, die Schwarzen in ihren. Der Kontakt beschränkt sich auf das Geschäft. Aber Ian Smith, der verhaßte weiße ehemalige Premier, bewegt sich heute völlig frei durch Harare, wenn er sich

Die Formalitäten bei der Einreise



## Die Weißen gingen, doch die Anarchie kam nicht

Zimbabwes Gratwanderung zwischen Ost und West

Harare im November, in 1500 Meter Höhe liegt die Stadt unter blauem Himmel. Es ist warm, aber nicht stickig. Die alleinstehenden Straßen werden von Bougainvillea, Hibiskussträuchern und Jacarandas gesäumt. Einträchtig gehen die schwarzen Bürger Zimbabwes ebenso wie die weißen ihren Geschäften nach. Täuscht das Bild? Es gibt unter der Oberfläche viele Vorurteile, auch Ängste, sagt Professor Hawkins von der Universität Zimbabwe. Sie kamen zuletzt zum Ausbruch bei Ausschreitungen nach dem Tod des mosambiquanischen Präsidenten Samora Machel.

Wie schwer waren sie, wie sind sie zu bewerten? In deutschen Zeitungen stand, die Botschaft der Bundesrepublik sei gestürzt worden. Das ist nicht wahr, sagt der Botschafter. Es zogen Demonstranten am Gebäude vorbei, und einige wollten die Fahne runterholen, wurden aber von eigenen Leuten gestoppt. Ein Schwarzer mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „US-Aid for Africa“ wurde vor der Botschaft verprügelt, bis andere der Gruppe ihn befreiten. Sachschäden gab es bei der Botschaft von Malawi und bei den Fluggesellschaften Air Malawi und African Airways.

Die Regierung Mugabe war offen bestürzt über die Ausschreitungen, obwohl es Leute gibt, die sagen, sie habe vorher die Stimmung mit aufgeheizt.

Der Umgang der schwarzen Staatsmacht mit den Weißen, erlebt am eigenen Beispiel, ist überaus freundlich. Die Formalitäten bei der Einreise

Es mögen übertrieben und bürokratisch erscheinen. Das Gefühl, in einem totalitären Staat zu sein, hat man nie. Auf der Fahrt von der Hauptstadt Harare Süden zu den Great Zimbabwe Ruins gibt es eine Reihe von Straßenkontrollen und sicherlich noch mehr im grenznahen Bereich, sowohl zu Mosambique als auch zu Südafrika hin. Aber kein Polizist fingert nervös an seinem Maschinengewehr, ein freundliches Wort, ein kleiner Scherz entspannt die Situation regelmäßig. Ein Gefühl von Angst will sich nicht einstellen.

Es wird empfohlen, nachts nicht durch die Stadt zu gehen. Die Kriminalitätsrate ist gestiegen, die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen, ist hoch, etwa 90 000 verließen 1988 die Schule, nur 10 000 fanden Jobs, die übrigen landen in den Städten, weil keiner mehr auf dem Feld arbeiten will. Gut ausgebildete träumen sie von einem Platz hinter einem Schreibtisch mit mehreren Telefonen. Dieses Problem wird sich noch verschärfen. Aber Vorsicht bei nächtlichen Ausflügen, das ist heute Realität in den meisten Ländern der Erde, egal wo.

Die große Verbrüderung zwischen Weißen und Schwarzen hat es in Zimbabwe nach der Unabhängigkeit vor sechs Jahren nicht gegeben. Abends sind die Weißen in ihren Zirkeln, die Schwarzen in ihren. Der Kontakt beschränkt sich auf das Geschäft. Aber Ian Smith, der verhaßte weiße ehemalige Premier, bewegt sich heute völlig frei durch Harare, wenn er sich

### Reales Wachstum der zimbabwischen Wirtschaft

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (in realen Preisen 1980)	Pro-Kopf-Einkommen (in realen Preisen 1980)	Pro-Kopf-Einkommen (in realen Preisen 1980)
1980	11,5	457	713
1981	13,0	502	728
1982	0	488	644
1983	-3,4	458	453
1984	-0,2	444	357
1985	7,0	462	291
1986	2,5	460	271

Tony Hawkins ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Harare.

# LONRHO — TEIL DER KRAFT VON ZIMBABWE

Die zahlreichen Bereiche, in denen Lonrho in Zimbabwe tätig ist, werden alle von diesem Prinzip geprägt. Ursprünglich war Lonrho lediglich ein Bergbaubetrieb, jetzt beschäftigen wir uns ebenso mit Land- und Forstwirtschaft, mit Textilien und mit Maschinenbau. Sämtliche Bereiche leisten einen wertvollen Beitrag zur Erwirtschaftung von Devisen, die Zimbabwe dringend benötigt.

### BERGBAU IN ZIMBABWE

Lonrho fördert fast ein Drittel der Goldproduktion und erwartet durch ständige Investitionen künftig einen erhöhten Anstoß.

### THE WATTLE COMPANY

9 Millionen Z-Dollar Exporterlöse aus Gerbstoff- und Kaffee-Exporten.

### LONRHO IN DER RINDERZUCHT

Auf sechs Großfarmen werden 58 000 Stück Edelvieh gehalten – zur Unterstützung der Exportbemühungen der Cold Storage Commission.

### DAVID WHITEHEAD TEXTILES LTD.

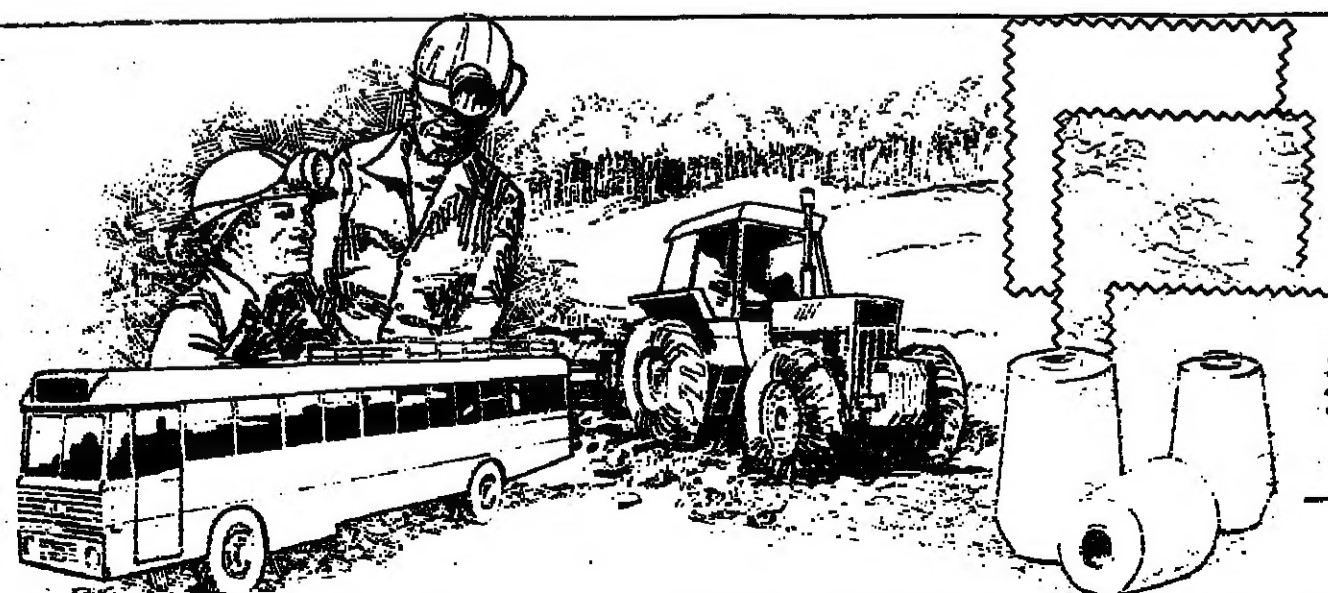
Exporte im Jahr 1984 beliefen sich auf 8,9 Millionen Z-Dollar.

### DAHMER AND COMPANY

Montage von Schwerfahrzeugen und Bussen für den Inlands- und Exportbedarf.

### CRITTAL-HOPE LIMITED

liefert Stahlfenster und -türen für Bauvorhaben in Zimbabwe und in anderen SADCC-Staaten. Unser Ziel: Durch Entwicklung und bessere Technik soll Zimbabwe auf eigenen Füßen stehen!



## LONRHO — TEIL DER KRAFT VON ZIMBABWE



Investieren in die Zukunft des Landes



## Wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden

Auch Europäer beteiligen sich an Entwicklungsprojekten

Im März 1985 nahm die Zimbabwe Development Bank ihre Tätigkeit auf, um wie es das Gesetz der Zimbabwe Development Bank Act aus dem Jahre 1983 beschreibt, heimische und fremde Ressourcen für die ökonomische Entwicklung zu mobilisieren und Entwicklungsprojekte in allen Bereichen der Wirtschaft zu finanzieren. Zum einer soll sie Kapital zur Verfügung stellen, was für die Ausweitung, die Modernisierung und die Schaffung neuer Firmen benötigt wird, ebenso soll sie Kredite zur Verfügung stellen oder garantieren und ähnliche Tätigkeiten im Finanzsektor übernehmen.

ZDB-Projekte sollen technisch machbar, wirtschaftlich sinnvoll, sozial akzeptabel und vernünftig gemacht werden. Prioritäten genießen dabei der Erwerb von ausländischen Devisen oder das Einsparen bei der Ausgabe solcher, die Entwicklung heimischer Technologien und Fertigkeiten, und ferner sollen heimische Produkte verarbeitet werden, die Kooperation soll verbessert, Arbeitsplätze geschaffen und zimbabweisches Unternehmertum und Management gefördert werden.

Für diese schwierige Aufgabe hat die ZDB mit Reiner Eich einen erfahrenen Mann als Managing Director verpflichtet. Er hat vorher im Nachbarland Sambia eine vergleichbare Institution mit aufgebaut.

An der Entwicklungsbank sind heute die Regierung Zimbabwes mit 51 Prozent, die Commonwealth Development Cooperation, die African Development Bank, die Reserve Bank of Zimbabwe, die Europäische Investitionsbank, Niederländer, Firmen und die DEG, die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern beteiligt.

Wir haben vor allen Dingen mittlere und kleine Firmen im Auge, sagt Reiner Eich der WELT, mit einem Kreditrahmen von etwa 100 000 bis 2,2 Millionen Dollar. Alles, was darunter liegt, macht eine Schwesterorganisation, die SEDCO, die sich um die Kleinunternehmen kümmert. Die Verträge für 12 Projekte sind derzeit

unterzeichnet, an einem ist die ZDB auch mit Eigenkapital beteiligt. Sie dienen vor allen Dingen der Rehabilitation der bestehenden Industrie, die zwar auf einem relativ hohen Entwicklungsstand ist, deren Maschinenpark aber dringend der Erneuerung bedarf. Alle Vorhaben sind privater Natur, die Laufzeit der gegebenen Darlehen schwanken zwischen fünf und zehn Jahren. Der Bereich der staatlichen Industrie wird von der Regierung direkt versorgt. Das Vorhaben, wo die ZDB die ZDB mit eigenem Kapital beteiligt ist, betrifft einen Steinbruch, in dem schwarzer Granit für den Export gebrochen wird. Zimbabwe ist neben Schweden, Indien und Südafrika das einzige Land, das diesen Granit anbieten kann.

Die Projekte werden regelmäßig von eigenen Leuten, die man zu diesem Zweck geschult hat, überprüft. Wichtig ist Übereinstimmung mit der Entwicklungsstrategie des Landes, die entsprechenden, staatlichen Fünfjahrespläne sind indes nicht so detailliert, daß sie die Tätigkeit der ZDB behindern könnten. Obwohl die Bank noch sehr jung ist, konnte sie bei einem Projekt schon spürbar Devisen einsparen. Aus Abfallkoks wurde Gas gewonnen, und damit eine große Bäckerei versorgt, die nun nicht mehr auf Importe angewiesen ist.

Eich bedauert, daß die ungeklärte Lage in Südafrika die Probleme mit dem Transport, aber auch Mugabes „verbale Spielerei mit dem Sozialismus“ die Investoren abschrecken. Dabei gebe es in dem Land für Unternehmer Riesenchancen. Mugabe strebt seiner Meinung nach ein Modell an, das sozialistisch sei, aber ohne direkte staatliche Verantwortung für die Firmen.

Nachdem der ursprüngliche Jahresentwicklungsplan sich als nicht realisierbar herausstellte – er sah vor, daß der private Sektor nur zu 40 Prozent an der Entwicklung des Landes beteiligt werden sollte – wird in dem neuen Fünfjahresplan dem Privatsektor eine größere Rolle zugemessen. Immerhin stellt der Privatsektor 80



Der domernde Rauch soll den Touristen beleben: Die Victoria-Fälle in Zimbabwe

Prozent der Arbeitsplätze und erwirtschaftet 90 Prozent des gesamten Steuereinkommens.

Hat man die Bedeutung des Privatsektors erkannt, will man doch diesen von ausländischer Steuerung langsam abkoppeln. Es ist erklärte Regierungspolitik, das Element auswärtiger Kontrolle zu reduzieren und die übliche Art, dem nachzukommen ist die Gründung von Joint ventures mit entweder heimischen Firmen oder mit der Regierung selbst.

Für die Investition ist Richtschnur der Foreign Investment Code, das Gesetz für ausländische Investition, der im Oktober 1982 verabschiedet wurde und der als ausländische Firma oder ausländische Investitionen jedes Vorhaben beschreibt, dessen Kapital mindestens 15 Prozent außerhalb des Landes besessen wird. Von dieser Rate an bedürfen Investoren der Erlaubnis des Foreign Investment Comity

(FIC). Das FIC muß auch gefragt werden, wenn Anteile an heimischen Firmen gekauft oder Beteiligungen übernommen werden sollen. Auch der Transfer von Beteiligungen unter ausländischen Firmen bedürfen der Genehmigung, wenn es sich um ein zimbabweisches Geschäft handelt.

Mindestens 20 Prozent von neuen Vorhaben sollen von einheimischen vorgenommen werden, und die Regierung verpflichtet sich dazu, nach einer Eingangsphase von zwei Jahren das Kapital wieder zu repatriieren abzüglich der Dividenden oder Kapitalgewinne, die in dem Zeitraum angefallen sind.

Für Unternehmen, die zu einem vermehrten Angebot an Arbeitsplätzen führen, gibt es Anreize, vor allen Dingen in der Form von Steuerbefreiungen.

## Liberaler Südafrikaner halten das Beispiel Zimbabwe für ermutigend

„Mugabe weiß, daß er zum Nutzen der Wirtschaft die Weißen in Ruhe lassen muß“

In zweites Südafrika gibt es nicht und hat es nie gegeben. Trotzdem starben Südafrikaner Weiße wie gewohnt nach Zimbabwe. Denn wenn sich Geschichte überhaupt wiederholen kann, dann ist für Südafrika Zukunft das Exempel Zimbabwe. Über sechs Jahre sind vergangen, seit hier die schwarze Mehrheit die Macht übernahm, und eines steht fest: Die Katastrophe ist nicht eingetreten.

Für Südafrikaner Rechte ist das ein schwacher Trost. Schwarze Herrschaft, Sozialismus, Niedergang und Chaos ist für sie ein Synonym. Das hat sich nach ihrer Ansicht auch in Zimbabwe erwiesen. „Der Schwarze kennt keine Demokratie“, meint J. H. van der Merwe, Abgeordneter der Konservativen Partei, die der regierenden Nationalpartei das rechte Spektrum der weißen Wählerschaft streitig macht. „Die Einheitspartei ist in Zimbabwe nur noch eine Frage der Zeit.“ Den Hinweis auf die beträchtliche Zahl weißer Rückwanderer wisch er mit einer Handbewegung vom Tisch: „Das sind Leute, die zurückkehren müssen, weil sie auf ihre Pensionen oder Grundbesitz angewiesen sind.“

Doch die Mehrheit der weißen Südafrikaner scheint weniger negativ eingestellt. „Es klappt dort doch ganz gut“, findet ein jugoslawischer Taxifahrer in Johannesburg, der vor vier Jahren nach Südafrika eingewandert ist, „weil es in Südafrika gar nicht schlimmer als in Jugoslawien sein kann“.

### Was Pretoria am meisten fürchtet

Ein liberaler Abgeordneter ist der Ansicht, daß Robert Mugabe aus den Fehlern anderer afrikanischer Herrscher gelernt habe. „Er ist intelligent und vorsichtig. Er weiß, daß es der Wirtschaft des Landes nur nützt, wenn er die Weißen in Ruhe läßt.“

Trotzdem hält der Abgeordnete von Rendburg von der PFP eine Machtübergabe an die schwarze Mehrheit nach dem Vorbild Zimbabwes in Südafrika für nicht machbar: „Weiße, Inder und Farbtige müssen in Südafrika verfassungsmäßige Minderheitsrechte, etwa im Rahmen eines föderalen Systems, erhalten. Die

Heterogenität der verschiedenen Volksgruppen ist in Südafrika viel ausgeprägter, die Wirtschaft ist höher entwickelt und reagiert deshalb empfindlicher.“ A. H. Heard, Chefredakteur der progressiven „Cape Times“, hat dagegen überhaupt keine Bedenken und hält das Beispiel Zimbabwes für uneingeschränkt ermutigend: „Von mir aus könnte hier morgen ‚One man, one vote‘ gelten.“ Die regierende Nationalpartei will Wahlrecht für alle erst dann zulassen, „wenn die Schwarzen den erforderlichen Bildungsstand erreicht haben“.

Auch in anderer Hinsicht sehen Südafrikaner Weiße in der jüngeren Geschichte Zimbabwes Parallelen zum eigenen Land.

Als 1974 der damalige Premier Ian Smith die für die Unabhängigkeit Zimbabwes kämpfenden Nationalistenführer Joshua Nkomo, Ndabingi Sithole und Robert Mugabe aus der Haft entließ, glaubte er, durch Verhandlungen mit ihnen zu einer Beilegung des Guerillakampfes gelangen zu können. Doch was kam, war eine Eskalation des Krieges. Eine ähnliche Entwicklung fürchten viele weiße Südafrikaner, wenn sie, internationalen Druck gehorchend, den inhaftierten Führer des African National Congress (ANC), Nelson Mandela, freilassen würden.

Doch andererseits fürchten sie auch ein „Muzorewa-Syndrom“. Die „interne Lösung“, mit der Ian Smith 1979 den schwarzen Bischof zum Premier wählen lassen, war in weiniger als einem Jahr gescheitert. „Eine schwarze Mehrheitsregierung darf auf keinen Fall die Kräfte außer acht lassen, die den bewaffneten Kampf betrieben haben“, lautet daraus für Südafrikaner die Lehre – und die ist noch lange nicht akzeptiert.

Allgemein akzeptiert erscheint dagegen die Erkenntnis, daß die südafrikanische Apartheidgesetzgebung, die es im weißen Rhodesien nie gegeben hat, ein verhängnisvoller Fehler war, der Südafrika auf der Suche nach einer friedlichen Übergangszeit um Jahrzehnte zurückgeworfen hat und die Probleme völlig unnötig erschwerte.

Die staatliche Respektierung allgemeiner Grundrechte, vor allem des Eigentums, muß zwangsläufig zunächst einmal zu einer weitgehenden

Zementierung des bestehenden Zustandes führen. Dem natürlichen Drang der schwarzen Mehrheit, in einer Art Nachholbedarf die Verhältnisse umzukehren und den bis dahin Diskriminierten zu Lasten der Privilegierten in eindeutiger Weise Vorteile zu verschaffen („affirmative action“), hat Robert Mugabe nur in ganz beschränktem Umfang nachgegeben, etwa im öffentlichen Dienst, wo im Rahmen der „Zimbabweanisation“ Schwarze gegenüber gleichmaßen oder gar besser qualifizierten Weißen eindeutig bevorzugt wurden und werden.

### Ein allgemeiner Fraternisierungsprozeß?

So unnatürlich und rechtswidrig die kodifizierte Apartheid ist, so wenig ausgeprägt scheint in Afrika doch der Drang, sich die Rassen-schranken hinwegzusetzen und einen allgemeinen Fraternisierungsprozeß einzuleiten. Während die rechtliche Gleichstellung von Schwarz und Weiß in Zimbabwe erfreulicherweise auffallend wenig Probleme geschaffen hat, ist – so hat sich erwiesen – die „gesellschaftliche Apartheid“ weitgehend bestehen geblieben. Schwarz und Weiß leben getrennt und ziehen es vor, unter sich zu bleiben.

Das deckt sich mit den Erfahrungen, die man in Südafrika im Rahmen des Abbaus des Apartheidsystems gesammelt hat. Nach Aufhebung des „Mixed Marriages Act“ ist es nur in wenigen Fällen zu gemischtrassigen Eheschließungen gekommen.

Vor der Unabhängigkeit 1980 standen in Zimbabwe rund 200 000 Weiße mehr als sieben Millionen Schwarzen gegenüber. Von 1981 bis 1985 sind unter dem Strich jährlich 10 000 emigriert. Die heute verbliebenen werden auf 100 000 geschätzt.

Als die Weißen Anfang Dezember 1986 vor die Wahl gestellt wurden, sich zwischen zimbabweischer und britischer Staatsangehörigkeit zu entscheiden, soll das Ergebnis prozentual 50 zu 50 gewesen sein. In Südafrika sind es 28 Millionen Schwarze, vier Millionen Weiße, 2,5 Millionen Farbtige und nicht einmal eine Million Asiaten.

ACHIM REMDE



**Daß Sie bei uns vergleichsweise selten an Grenzen stoßen, liegt nicht nur an unserer weltweiten Präsenz.**

In Simbabwe stehen wir Ihnen für Ihre Geschäfte mit der uns assoziierten Merchant Bank of Central Africa Ltd. in Harare zur Verfügung. Sie hilft Ihnen beim Eintritt in den Markt und bietet Ihnen mit uns alle notwendigen Finanzierungen. Sprechen Sie mit Ihrem Kundenbetreuer.

**Dresdner Bank**  
In Berlin: BHI

## Großmacht in Sachen blauer Dunst

Mit Tabakanbau werden die meisten Devisen verdient, Bundesrepublik auf Rang zwei

In weicher deutscher Zigarette Tabak aus Zimbabwe verarbeitet wird, ist ein Geheimnis, das wie Roger G. Bridges von der Zimbabwe Leaf Tobacco Company Ltd. weiß, „von den Herstellern sorgfältig gehütet wird“.

Aber die Bundesrepublik – darüber gibt die Statistik klare Auskunft – ist mit 9146,9 Tonnen im Jahre 1985 nach Großbritannien der zweitgrößte Abnehmer von Flue-Cured-Tabak (Virginia), und am Weltmarkt hält Zimbabwe (1985) von 634 000 Tonnen 14,2 Prozent, rangiert damit nach Brasilien und USA auf Platz drei vor Indien und China.

Für Zimbabwe ist Tabak das landwirtschaftliche Produkt Nummer eins, angebaut wird überwiegend Flue-Cured in geringem Umfang Burley.

Mit dem Tabak verdient das Land 25 Prozent seiner gesamten Exporteinnahmen. In 50 Länder wird exportiert, die Hälfte der Ware jedoch in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Geliefert werden 98 Prozent der eigenen Produktion, die von 1500 Farmern in freien Auktionen aufkauft werden. Der Tabak wird unbearbeitet versandt, was allerdings nicht heißt, daß er vorher nicht be-

handelt wurde. Die Feuchtigkeit wird entzogen und auf einen stabilen Wert von 12,5 Prozent gebracht.

Die Mittelrippen des Blattes werden herausgenommen, zerkleinert und ebenfalls verkauft. Der Tabak wird schon in Zimbabwe zum erstenmal gemischt. Die großen Einkäufer wie Reemtsma oder Rothmühle in der Bundesrepublik verschneiden ihn dann mit Produkten anderer Länder.

Angebaute wird in einer Höhe von 1100 bis 1500 Meter, überwiegend im Norden des Landes. Der Ertrag liegt Jahr für Jahr ziemlich stabil bei 120 000 Tonnen Flue Cured, 2000 Tonnen Burley und 25 Tonnen Orienttabak.

Auf den Flächen, die höher als 1500 Meter liegen, wird ein gelbfarbener Orient-Tabak angebaut, der nach Nordafrika verkauft wird. Auf den westlichen Märkten ist er nicht abzusetzen. Hier besteht nach wie vor der Trend zum sogenannten American Blend, doch wie Bridge sagt, nicht mehr zur Leichtzigarette, sondern zur Zigarette, „die man auch schmecken kann“. Die Forschungen, insbesondere im Hinblick auf die Filter hat es ermöglicht, Geschmack zu liefern ohne übermäßigen Nikotin- und Teergehalt“, sagt der Experte und verweist

darauf, daß vor etwa zehn Jahren der Trend zur Leichtzigarette eben dadurch ausgelöst wurde, daß man weniger Nikotin und Teer konsumieren wollte.

Aus dem Tabakexport verdient Zimbabwe jährlich 360 Millionen Zimbabwe-Dollar. Das Geschäft wird indes im Lande gemacht, und nicht etwa, wie von den indonesischen Tabaken bekannt, in Bremen. Der Grund liegt – so Bridge – in der größeren Menge, die sein Land auf den Markt bringe. Die Kunden stellten sich schon im Februar ein, um Preis und Qualität bei den ersten Auktionen zu fixieren. Bestellt wurde dann im April nach Mustern, die die Käufer ihren Klienten mitbringen.

Das Problem der Erschöpfung des Bodens habe man eigentlich ganz gut im Griff. Der Anbau rotiere im Dreijahresrhythmus. Außer Tabak werde dann Mais und eine Grasart angebaut.

Die Tabakanbauer von Burley-Gewächsen haben in der ACTA, der Air-Cured Tobacco Association, ihre Interessenorganisation, die sich mit Unterorganisationen sowohl um eine Verbesserung des Marketing als auch der Forschungstätigkeit bemüht.

Ho.

## Wo einst König Shaka Zulu residierte

Bulawayo, heute mit knapp 300 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des modernen Zimbabwe, war für kurze Zeit Hauptstadt des afrikanischen Großreiches der Zulu. Dies geschah unter der Herrschaft des legendären Königs Shaka Zulu (1787-1828), dessen Machtbereich weite Teile des heutigen Zimbabwe, Sambia, Malawi und der Republik Südafrika umfaßte.

Shaka war der älteste Sohn eines Zulukönigs. Er war allerdings unehelich und zog in seiner Jugend zusammen mit seiner Mutter durch das südliche Afrika, immer auf der Flucht vor seinem Vater, der mehrmals versuchte, seinen Sohn durch gedungene Mörder umbringen zu lassen.

Der etwa 20jährige Shaka landete schließlich im Kral eines afrikanischen Fürsten im Gebiet des heutigen Transvaal, wo er Offizier in der Armee des Königs wurde. Hier fiel das militärische Talent des Jünglings auf. Er entwickelte eine neue, wirkungsvolle Kampftechnik, bei der vor allem eine neu entwickelte Waffe, ein kurzer Speer in Form eines Schwertes, eine Rolle spielte. Shaka scharte etwa 50 gleichaltrige Gefährten um sich, die er in hertem Drill mit der neuen Technik vertraut machte.

Afrikanische Stammeskriege, die bisher nach einem strengen Ritual mit Drohgebärden ohne großes Blut-

vergießen verliefen, arteten nun, wo Shaka und seine Gefährten eintraten, zu wahren Gemetzel aus. Die neue Taktik war auf dem Schlachtfeld so überlegen, daß der Gegner mehrere hundert Leute verlor, während die Angreifer fast ungeschoren davongingen.

1816 starb der alte Zulukönig. Shaka zögerte keinen Augenblick und bestieg den Thron, wobei er seine zahlreichen Halbbrüder zwang, ihm zu huldigen. Sein Programm hieß: Krieg, immer und überall. Zahlreiche benachbarte Stämme wurden besiegt und, wenn sie sich wehrten, bis zum letzten Mann niedergemacht. Shaka verlieh den Unterworfenen eine neue Identität und erzwang so eine einheitliche Zulu-Nation. Hauptstadt des riesigen Gebietes wurde Bulawayo.

Shakas ständige Kriege verheerten ganze Landstriche. Einige Gebiete wurden entvölkert, weil einzelne Stämme in panischer Angst vor dem Eroberer es vorzogen, nach Mozambique (damals noch portugiesisch) oder in die britische Kap-Kolonie zu fliehen.

Shaka errichtete ein wahres Schreckensregiment. Als ein Mordanschlag gegen ihn fehlschlug, ordnete er die öffentliche Hinrichtung von 50 Mitgliedern seiner Leibwache an, durch die besonders grausame Prä-

lung. Beim Tod seiner Mutter ließ der Herrscher rund um das riesige Mausoleum 150 000 Menschen aller Altersstufen lebendig begraben.

Der Despot verlor jedes Augenmaß und erklärte schließlich auch der Kap-Kolonie den Krieg. Diese Entscheidung wurde ihm zum Verhängnis. Mitten in den Vorbereitungen zu dem Feldzug wurde Shaka unweit seiner Hauptstadt von seinen Halbbrüdern ermordet.

Das Leben des Herrschers hat der Amerikaner Joshua Sinclair in dem Buch „Shaka Zulu“ (Bastei Verlag, Bergisch Gladbach, 620 S., 9,80 Mark) geschildert. Er stütze sich dabei auf Quellen, die nie schriftlich niedergelegt wurden, sondern mündlich weitergegeben wurden. Sinclair lebte ein halbes Jahr lang unter den Eingeborenen und erfuhr so viele Einzelheiten von der Geschichte der Zulus. Sein Buch ist spannend und vor allem sehr informativ.

Mit dem Tode Shaka Zulus zerbröckelte auch die Macht des von ihm geschaffenen Reiches. In den folgenden Jahrzehnten besiegten die Buren, die immer weiter nach Norden vorzudringen, die Zulus. Den letzten Aufstand dieses einst so kriegerischen Volkes schlugen die Briten 1879 nieder. Der letzte Zulu-König, ein Verwandter des legendären Shaka, wurde deportiert.

KLAUS BODEN



# Die Weißen gingen, doch das Land versank nicht in der Anarchie

Fortsetzung von Seite 1

nen Pflichten nachkommt, die ihm das Mandat im Parlament auferlegt. Seine Farm bewirtschaftet er, ohne daß ihn einer stört. Sein Justizminister hat heute ein Ressort in der Regierung des einstigen Gegners Mugabe, und der Chef des ehemaligen rhodesischen Geheimdienstes arbeitet heute mit den Schwarzen, die er verfolgt ließ, zusammen im Geheimdienst. Die ehemalige rhodesische Armee wurde mit den Widerstandskämpfern Mugabes und Nkomos zu einer neuen Armee verschmolzen; ein ungeheurer Vorgang. „Nürnberg Prozesse“, so sagen Gesprächspartner, „hat es hier nicht gegeben.“

Die Weißen, 100 000 an der Zahl, ein Drittel der Zahl, die vor 1980 siedelten, leben hier gut, wenn auch sicherlich nicht mehr so gut wie früher. Eine deutliche Rückkehr weißer Siedler hat es in jüngster Vergangenheit nicht gegeben. Entsprechende Berichte werden von keinem, den man darauf anspricht, bestätigt. Zurück kamen nur die, die auf ihren Besitz in Zimbabwe angewiesen waren, um zu überleben. Das ausländische Kapital, auch das, was vielleicht einmal Zimbabwe verließ, kehrt nicht zurück. Die Regierung Mugabe gibt nicht die verlangten Zusagen, verweist vielmehr auf entsprechende Vorschriften in der Verfassung. Die Verfassung aber kann Mugabes Partei, die ZANU, mit ihrer Mehrheit fast nach Belieben ändern.

Das Kapital bleibt aber auch aus wegen der Situation in der gesamten Region. Das Nachbarland Mosambik ist unruhig. Südafrika ist unruhig. Durch diese beiden Länder jedoch gehen die wirtschaftlichen Lebensstränge, sei es zum Hafen Beira in Mosambik oder nach Durban in Südafrika.

Dabei ist Zimbabwe ein reiches Land, reich an Mineralien, von Chrom über Asbest bis hin zum Gold. Reich an landwirtschaftlichen Möglichkeiten, Tabak ist hier der wichtigste Devisenbringer. Das Land könnte die Gemüsekammer des Kontinents sein, die Struktur ist noch da.

Natürlich hat das nicht unbedingt etwas mit Mugabes Verdiensten zu tun. Das Erbe, das er übernommen konnte, war eine funktionsfähige In-

dustrie, deren Maschinenpark heute rasch veraltet. Aber trotz des Weggangs vieler Weißen ist Zimbabwe nicht in der Anarchie versunken, mußte nicht den bitteren Weg des Nachbarlands Mosambik gehen. Das ist Mugabes Verdienst.

Aber wie verläßt sich Mugabe? Geht er den marxistischen Weg zuende? Auf diese Frage bekommt man nirgendwo eine schlüssige Antwort; auch von ihm selbst nicht. Mal redet er so, mal redet er so. Vielleicht liegt es daran, sagt ein Gesprächspartner, daß verschiedene Leute seine Reden schreiben und die nicht inhaltlich aufeinander abgestimmt werden. Richtig ist, daß Mugabe einen Einparteiensystem anstrebt, was mehr ist, als nur ein demokratischer Schönheitsfehler. Aber, sagt er, das Einparteiensystem ist die Staatsform Afrikas, was nicht ganz stimmt.

Es gibt funktionierende Mehrparteiendemoskrien, wie ein Blick über die Grenze in Botswana zeigt, aber nur sehr wenige. Zudem hat Mugabe Probleme, die Stammesgegensätze zwischen den Shonas und den Matshelbes zu überbrücken. Das Mehrheitswahlrecht zeigt deutlich, wo die Grenze verläuft. In einer Einheitspartei, meint Mugabe, könnte er diese Gegensätze besser überbrücken. Es gibt Kontakte zwischen beiden Stämmen in den sogenannten Unity-Talks. Aber sie haben einen bitteren Rückschlag erlitten, als in diesen Tagen Politiker der ZANU im Matshelbegebiet umgebracht wurden.

Mugabe meint, den Einparteiensystem zu benötigen. Er wird die Verfassung dahingehend ändern, dann werden auch die jetzt 20 weißen Mandate entweder entfallen oder auf fünf reduziert.

Wird es ein Einparteiensystem sein? Mugabe bezeichnet sich selbst stets eindeutig als Marxist-Leninist. Mal fügt er hinzu, es sei eine besondere afrikanische Form, mal pocht er auf die reine Lehre. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sein Marxismus-Leninismus idealistische Züge hat. Keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Gerechtigkeit und soziale Gleichheit für alle, lautet sein Plädoyer.

Mugabe redet auch davon, den staatlichen Anteil an der Wirtschaft auszuweiten. Und doch wurden bis-

lang nur die Firmen in staatliche Regie übernommen, die die Weißen, als sie das Land verließen, aufgegeben haben. Er hat indes die Export- und Importmöglichkeiten wichtiger Bereiche, vor allem der Bergwerksindustrie, in staatliche Regie übernommen, mit der Folge, daß Import-Lizenzen auf dem schwarzen Markt gehandelt werden. Aber wenn er die Privatwirtschaft lahmlegt, kann er sich keine Träume finanzieren. Das weiß er und so handelt er, und keiner bezweifelt dies auch ernsthaft.

Mugabe ist auch kein Vasall der Sowjetunion. Die Russen haben während des Bürgerkrieges auf den Matshelbes Nkomo gesetzt. Auf Mugabe setzten die Chinesen und vor allem die Nordkoreaner. Das hat er nicht vergessen. Es dauerte lange, bis die Sowjets im vergangenen Jahr eine Botschaft in Harare eröffnen durften. Bevor Mugabe nach Moskau ging, war er in Washington, in Bonn und in anderen Städten des Westens. Und doch hat sich der sowjetische Einfluß in der letzten Zeit verstärkt. Delegationen führen nach Moskau, über deren Auftrag nichts bekannt wurde.

Gleitet Mugabe nun ab in östliches Fahrwasser? Diese Betrachtung wäre zu einfach. Die Kubaner hatten angeboten, die Sicherheit während der Konferenz der Blockfreien zu garantieren. Mugabe lehnte ab. Sein Geheimdienst setzt auf die Zusammenarbeit mit mehreren Diensten in der Welt, darunter auch den Deutschen und den Südafrikanern, mit letzteren wohlweislich unter Ministerbene.

Aber hat Mugabe nicht laut gegen Südafrika gewettert, Boykott-Maßnahmen verlangt und selbst angekündigt? Das ist richtig. Aber er sprach überwiegend davon, daß die Staaten-gemeinschaft Sanktionen verhängen sollte, von Sanktionen seines Landes hat er nur einmal gesprochen, das war beim Commonwealth-Treffen in London. Er wollte, sagte er, bis Ende des Jahres die Flugverbindungen mit Südafrika kappen. Er habe sich zu weit aus dem Fenster herausgelehnt, sagen heute viele, und nach seinen letzten Äußerungen zu urteilen, bemüht er sich, wieder zurück ins Zimmer der Realitäten zu kommen. Nach dem Commonwealth-Treffen schloß er mit Südafrika ein Handelsabkommen ab. H.-H. HOLZAMER

## „Sozialismus ist christlicher als der Kapitalismus“

Fortsetzung von Seite 1

mit seinen Erzählungen über Ghana. In der NDP übernahm Mugabe dann die Aufgabe, den Flügel der Jugendlichen zu organisieren und forderte sie auf, nach ihren „kulturellen Wurzeln“ zu suchen. Daneben organisierte er die Jugendlichen als semimilitante Gruppe, die alsbald einige der Parteiaktivitäten beeinflusste und kontrollierte.

In der Folgezeit weichte sich die Haltung der Weißen langsam auf. Ende 1960 erließen die Schwarzen in dem Abgeordnetenparlament 15 Sitze, ein Zugeständnis, das von Nkomo, Mugabes Weggefährten und Widersacher akzeptiert wurde. Damals sprach Mugabe bitter über die Verhandlungsführung Nkomos, die er als „Ausverkauf“ brandmarkte, eine Kritik, die in den Jahren nichts an ihrer Schärfe verlor. Und die Feindschaft zwischen beiden ging so weit, daß der eine versuchte, den anderen ins Abseits zu stellen. Interne Zwistigkeiten waren dem Kampf um die Unabhängigkeit häufig zurück. Zwischen den Parteien des Jahres 1964 der Zanu und der Zapu kam es zu offenen Kämpfen. Diese unterstützte die Weißen in Salisbury in der Überzeugung, daß die Afrikaner einfach nicht imstande wären, das Land zu regieren. Zu einer politischen Erziehung, die schließlich den Grundstock zum Erfolg legte, kam es erstaunlicherweise erst, als immer mehr Anhänger Mugabes und Nkomos ins Gefängnis geworfen wurden.

Am 11. November 1965, als der damalige weiße Premier Ian Smith einseitig die Unabhängigkeit Rhodesiens von Großbritannien verkündete, begann der militärische Kampf. Im April 1966 ermordeten 14 ZANU-Guerrillas den Farmer Hendrik Viljoen und seine Frau. Obwohl diese ersten 14 innerhalb weniger Tage alle getötet wurden, war dies der Beginn des Krieges. Mugabe war in dieser Zeit in Haft und bestand bei der Universität von London nach 18 Monaten Kursteilnahme das Examen in Rechtswissenschaft, das normalerweise drei bis vier Jahre dauerte.

Militärisch war zunächst nicht viel gegen die Sicherheitskräfte von Ian Smith auszurichten. Das änderte sich erst, als die Portugiesen Mosambik aufgaben, und Samora Machel an die Macht kam. Interessanterweise ent-

stand die Freundschaft zwischen beiden Männern nicht spontan. Machel zweifelte an Mugabes Fähigkeit, die ZANU zu führen und hielt wenig von den Streitigkeiten der zimbabweischen Nationalisten. Doch schon bald nach ihrem Kennenlernen schlug das Mißtrauen in Sympathie um. Machel, der Kriegspräsident, dessen Schule der Bürgerkrieg der Freimao war, und Mugabe, der akademische Revolutionär, der seine Erziehung aus Büchern im Gefängnis empfing, erkannten sich gegenseitig als starke Führer.

Mit Machel's Hilfe bekam Mugabe auch die kämpfenden Einheiten in den Griff. Über die Häfen Mosambiques kamen russische Waffen für Nkomos Zapu. Mugabe stützte sich auf die Chinesen. Aus dieser Zeit stammt auch das Mißtrauen Mugabes gegenüber den Russen, das erst in den letzten Jahren abgebaut werden konnte. In Mabuya und seinem Büro in der Avenida Lenin verwandelte sich Mugabe in den militärischen Kommandanten, der nun als Chef, dem portugiesischen Wort angepasst wurde und nicht als Comrade, als Genosse, den Titel, den er heute als Premierminister bevorzugt.

Es dauerte bis zum 31. August 1977, bis Mugabe offiziell Präsident der ZANU, sowohl der Partei als auch der Armee war. Nun, als der starke Mann, sprach er sich auch öffentlich gegen jede Kompromisse mit den Weißen aus. Die Einigungsbestrebungen der Briten unter David Owen und Amerikaner unter Andrew Young tat er als „imperialistische Manöver“ ab, die nur darauf gerichtet seien, unsere Kriegsanstrengungen zu neutralisieren. Und wieder war Nkomo der Mann, der darauf beharrte, daß Verhandlungen zu einer Regelung führen würde. Er konnte sich gegen Mugabe jedoch, der bewaffnete Kampf predigte, nicht durchsetzen.

Und doch wurde am 17. April 1980 Zimbabwe auf dem Verhandlungsweg geboren. Nkomo bekam das Innenministerium, die Weißen zwei Ministerien und 20 garantierte Plätze im Parlament. Der Gewinner der Wahl war Mugabe und er wurde Zimbabwes erster Präsident.

Die verwandten Zitate stammen aus dem Buch „Mugabe“ von David Smith, Collin Simpson und Ian Davis. Erschienen im Verlage Pioneer Head, Harare. ERWIN SIEWERT

## AUF EINEN BLICK

Zimbabwe liegt im südlichen Zentralafrika zwischen dem Limpopo und dem Sambesi mit Grenzen zu Sambia im Norden und Nordwesten, Südafrika im Süden, Mosambik im Osten und Nordosten und Botswana im Südwesten. Das Land liegt nördlich des südlichen Wendekreises und ist Teil des südafrikanischen Plateaus.

**Größe** Zimbabwe ist 390 245 Quadratkilometer groß und damit dreimal so groß wie England oder fast so groß wie Kolumbien. Bevölkerung: 8,5 Millionen Schwarze, 100 000 Weiße. Das ganze Land liegt höher als 300 Meter über dem Meeresspiegel, vier Fünftel sogar über 600 Meter. Im Norden des östlichen Berglandes liegt der höchste Berg Zimbabwes, der Inyangani mit 2592 Metern über dem Meeresspiegel.

**Hinweise für Touristen:** Tägliche Flüge verbinden die Hauptstadt Harare mit Europa. Innerhalb des Landes gibt es ein dichtes Netz, das von Air Zimbabwe und auch von Chartergesellschaften bedient wird.

**Infrastruktur** Die Eisenbahn folgt der Linie des Plateaus, auf dem heute die wichtigsten Städte zu finden sind, Harare, Bulawayo, Gweru, Mutema, Kwekwe, Kadoma und Masvingo. Diese Gebiete sind die entwickeltesten, obwohl in den letzten Jahren stärkeres Gewicht auf entlegene Teile, insbesondere das Lowveld, gelegt wurde. Die Eisenbahn Zimbabwes hat Anschluß an das Bahnnetz Südafrikas und versorgt auch das benachbarte Botswana.

na mit. Von Bulawayo aus führt ein Schienenstrang über Hwange nach Norden und schließt an das sambiaische Bahnnetz an.

**Klima** Zimbabwe hat ein äußerst angenehmes Klima. Es ist warm, ohne schwül zu sein. Im Jahresdurchschnitt scheint die Sonne täglich vier bis zehn Stunden. Die Tage sind sonnig, die Nächte klar und kühl.

**Präsident:** Rev. Can. Ananias Robert Mugabe

**Regierungschef:** Prime Minister Robert Mugabe

**Regierungspartei:** Zimbabwes African National Union-Patriotic Front (ZANU-PF)

**Wichtige Anschriften** In der Bundesrepublik

Botschaft der Republik Zimbabwe, Viktoriastr. 28, 5300 Bonn 2, Tel. 0228-356071/72

Fremdenverkehrsbüro, Am Hauptbahnhof 10, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069-235381

**In Zimbabwe** Botschaft der Bundesrepublik

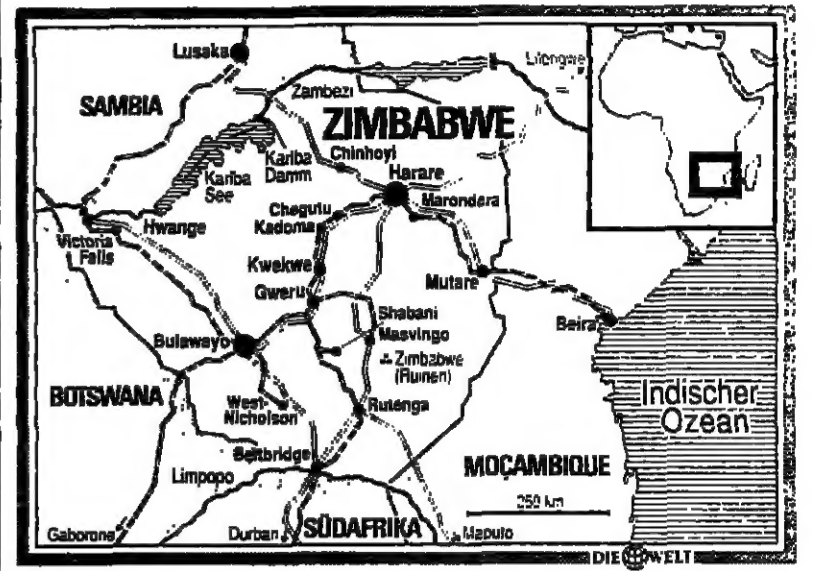
Deutschland, P.O. Box 216814, Samora Machel Avenue, Harare, Tel. 00263-702368/69

Zimbabwe Tourist Development Cooperation, P.O. Box 8052, Cecilhouse 95 Stanley Avenue, Harare, Tel. 706511 (Büro im Ambassador-Hotel)

Industrial Development Cooperation of Zimbabwe, P.O. Box 8531, Harare

Associated Chamber of Commerce of Zimbabwe, P.O. Box 1934, Harare

Zimbabwe Tobacco Association, P.O. Box 1781, Harare



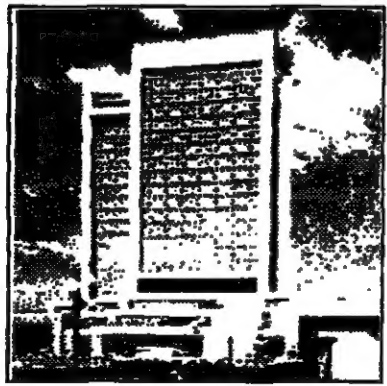
## BESUCHEN SIE DAS HARARE SHERATON



## DAS TOR ZUM PARADIES FÜR AFRIKAS TIERLEBEN

Das Harare Sheraton in Zimbabwe ist das neueste und modernste internationale Hotel an der Tüschwelle Afrikas unberührter Natur.

Zimbabwe, ein Land voller Kontraste mit herrlichem Klima und freundlicher Bevölkerung. Beobachten Sie Elefanten, Giraffen, Löwen, Antilopen und viele andere Tiere, ein ausgezeichnetes Ziel für ein unvergeßliches Urlaubserlebnis.



Kostenlose Zimmerbestellung in Europa:  
Paris: 05-353535  
London: 0800-353535  
Frankfurt: 0130-3535

In den USA: 800-325-3535

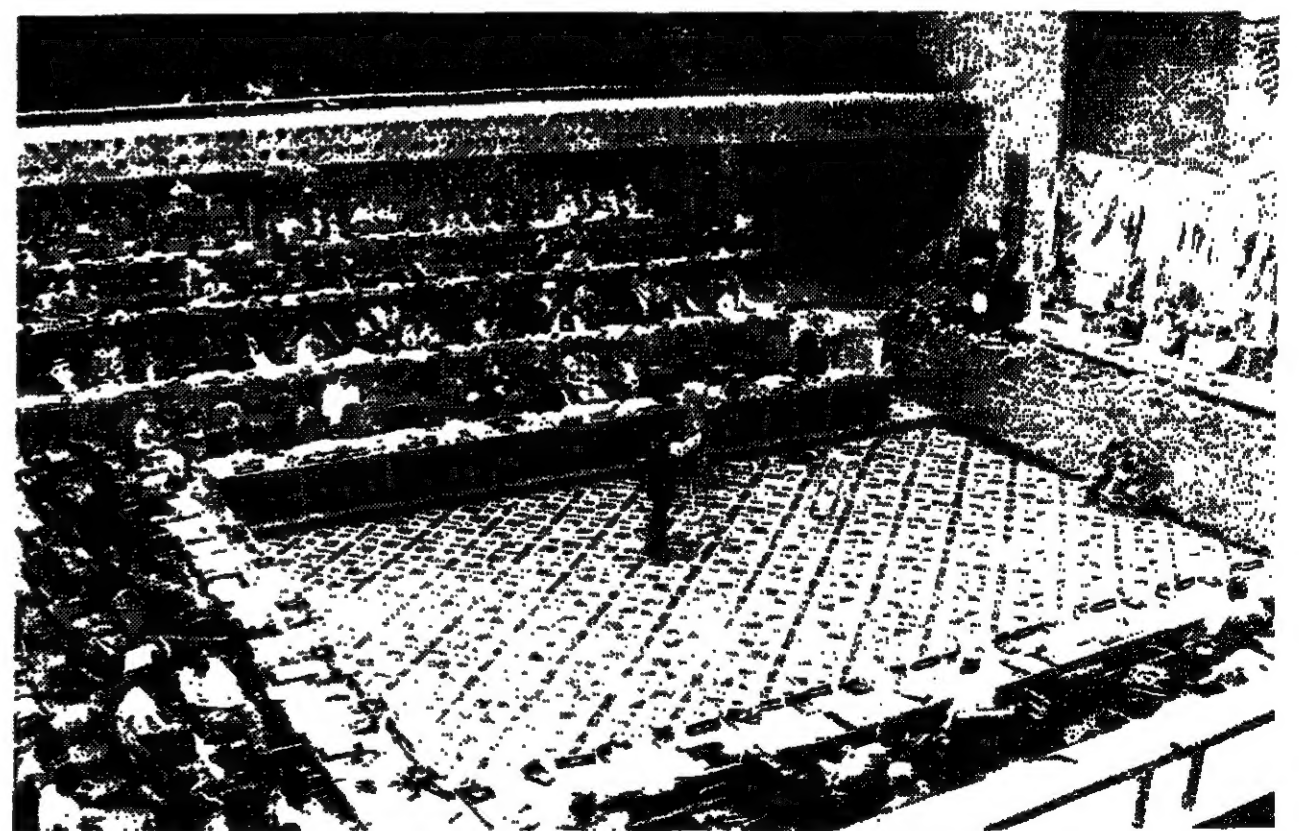
ADWITE SH 002

**Harare Sheraton Hotel**  
The hospitality people of

P.O. Box 3033, Harare, Zimbabwe  
Tel. +263 0 729771, FS 2 621 sherha zw  
Bestellungen: Tel. +263 0 728728, FS 2 622 sheres zw

ODER über Ihr Reisebüro, jedes beliebige Sheraton Hotel oder Sheraton Worldwide Reservations

## Willkommen im internationalen Konferenzzentrum Harare



Sitzung der Konferenz der Blockfreien im Hauptsaal, August/September 1986.

Das Internationale Konferenzzentrum Harare (HARARE INTERNATIONAL CONFERENCE CENTRE - HICC) ist vorzüglich ausgestattet und bietet sämtliche Voraussetzungen für Tagungen jeder Größenordnung - von kleinen Sitzungen bis zu internationalen Gipfeltreffen. Unter anderem sind vorhanden:

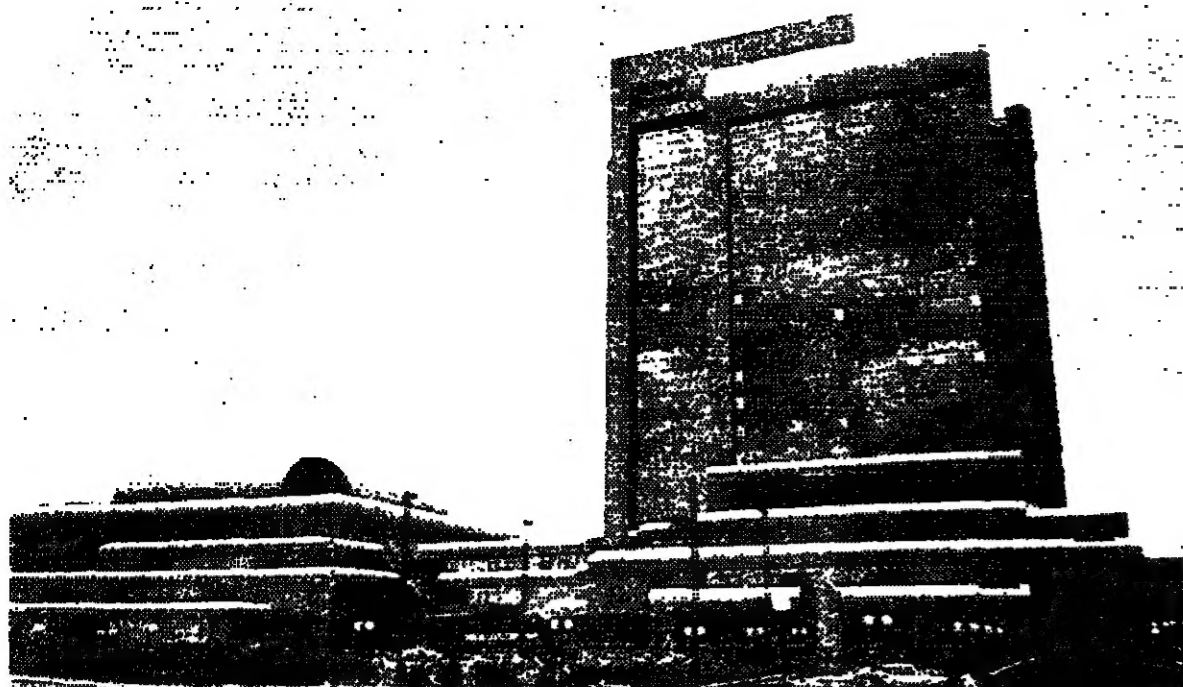
- ein Mehrzwecksaal mit einem Fassungsvermögen bis zu 4500 Teilnehmern;
- drei Sitzungssäle im Erdgeschoß, je mit einem Fassungsvermögen bis zu 316 Delegierten;
- 1 Sitzungssaal für 200 Delegierte;
- 1 Sitzungssaal für 96 Delegierte;
- 1 Sitzungssaal für 45 Delegierte;
- 1 Interview-Raum für 60 Teilnehmer;
- Parkbereich des Hauptsalles mit einem Fassungsvermögen bis zu 418 Delegierten;
- moderne Simultanübersetzungsanlage, Tonaufnahme, audiovisuelle und technische Einrichtungen;
- Pressezentrum mit Presseräumen, Kojen und einer Presse-Bar;
- vorzüglich eingerichtete Büroräume mit Schreibmaschinen;
- Erste-Hilfe-Zentrum;
- Wachdienst um die Uhr, internes TV-System, internes Radio- und Lautsprechersystem im gesamten Konferenzzentrum;
- gelerntes Personal für Konferenzorganisation und alle verwandten Dienstleistungen;
- Ausstellungsräumlichkeiten;
- Postamt, Bank und Reisebüro;
- sechs Snack-Bars überall im Konferenzzentrum;
- VIP-Salon mit getrenntem Eingang.

Mit diesen Einrichtungen ist das Internationale Konferenzzentrum Harare mehr als ein einfacher Tagungsort. Es ist ein komplettes Konferenzangebot, das jedem Bedarf gerecht wird.

Bitte wenden Sie sich an:

**THE MARKETING OFFICER**  
Harare International Conference Centre  
Private Bag 7752, Causeway  
Harare, Zimbabwe  
Tel. 00 263 / 0 73 37 41, FS 26 93 concen zw





Supermodern ist das neue Kongresszentrum in Harare, nur Gäste fehlen

FOTO: H.H.

## Idealer Platz für Seminare und Kongresse

Im neuen Zentrum HICC der Hauptstadt können 4500 Teilnehmer gleichzeitig tagen

Kleine Hauptstadt der Welt hat wie Harare zwölf Golfplätze in ihren Grenzen. Und wer eine Stadt mit vergleichbar gutem Klima finden will, der muß lange suchen. Es ist ein idealer Platz für Seminare und Kongresse, und mit dem neuen Konferenzzentrum, unmittelbar neben dem ebenfalls nageleichen Sheraton gelegen, hat die Stadt auch alles, was man braucht, um Kongressstadt zu sein.

In dem von den Jugoslawen gebauten Haus haben 4500 Leute gleichzeitig Platz, und unabhängige Gutachter bescheinigen ihm, auf modernstem kommunikationstechnischen Stand zu sein.

### Bis 1987 ausgebucht

Neben dem Sheraton bieten eine Reihe von internationalen Häusern Unterkunft mit Zimmerpreisen unter 80 Zimbabwe-Dollar, also weniger als 40 US-Dollar.

Daß das neue Konferenzzentrum die in es gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht, konnte es unter Beweis stellen, als hier das Treffen der Blockfreien veranstaltet wurde. Cleopas Madzudo, der während des Blockfreien Gipfels für das Harare International Conference Center (HICC) als Marketing-Officer tätig war, blickte voller Zuversicht in die Zukunft. Seinen Voraussagen nach wird Zimbabwe in den nächsten fünf Jahren 3,5 bis vier Prozent der auf 20 000 geschätzten größeren Konferenzen in der Welt gewonnen haben; der Anteil Afrikas liegt heute bei fünf Prozent. Auch sei das Konferenzzentrum bis Oktober 1987 ausgebucht.

Aber in der Folgezeit stand die moderne Anlage weitgehend leer. Das Problem ist das internationale Marketing. Die Sheraton-Gruppe war bereit, international auf das Kongresszentrum aufmerksam zu machen, aber die Regierung in Harare wollte das viel lieber in eigener Regie unternehmen.

Die Sache ist noch nicht ausgestanden, obwohl nun viel dafür spricht, daß die Tourismusbehörden diese Aufgabe übernehmen werden. Doch bis das läuft, tagt die Langeweile an einem der interessantesten Kongressplätze der Welt.

Nach 339 598 Touristen im Jahre 1984 stieg diese Zahl im Jahre 1985 um 12 Prozent auf 380 000 Besucher. Für 1986 wurden 438 000 Besucher erwartet. Sie brachten 50 Millionen Zimbabwe-Dollar im Jahre 1985 in die Kassen. Die Wachstumsrate 1986/87 wird mit fünf Prozent angegeben und soll bis 1988 auf zehn Prozent

jährlich steigen. Aus der Bundesrepublik wurden bis Ende September über 5000 Reisende registriert. Organisierte Reisegruppen aus Deutschland werden erstmals in der Bilanz von 1986 auftauchen und die Zahl der ausländischen Besucher, die jetzt bei etwa 400 000 liegt, nur unwesentlich erhöhen.

### Programm fand Beifall

Eine Gruppe der TUI schwebte erstmals am 15. November auf einer einwöchigen Zusatzreise zu Kenia aus Nairobi kommend in Harare ein, mit einem Programm, das im Jahre 1987 zweimal wiederholt werden soll.

Die Aufmerksamkeit auf Zimbabwe mir am Sonntag morgen natürlich nicht weiter, und die an sich verlockende Aussicht, in einem der fünf Hotels an den Fällen zu übernachten, erst am Montag zurückzukommen, war leider auch kein Angebot. Die Entscheidung war schnell getroffen, boten doch in der Wartehalle Autovermieter ihre Fahrzeuge an.

Was lockte, waren die Great Zimbabwe Ruins, Zeugnisse aus dem frühen Mittelalter einer afrikanischen Hochkultur in Zimbabwe, heute nur Great Zimbabwe genannt, die Ruinen läßt man weg. Auf der A 4, der Hauptstraße zum südafrikanischen Grenzpunkt Beitbridge, ging es in schneller Fahrt die etwa 340 Kilome-

# Great Zimbabwe soll die Nation einen

Zwischen Mittelalter im Süden und dem donnernden Rauch an der Grenze zu Sambia: Was Touristen erwartet

Es sollte ein Ausflug zu den Viktoriafällen werden, den Mosi-oa-Tunya, dem donnernden Rauch, wie sie in der Landessprache heißen. 545 Millionen Liter des Sambesi stürzen pro Minute in die Tiefe, hüllen die Umgebung in Gischtklappen, die sich tanzend oft bis zu einer Höhe von 500 Metern in den Himmel erheben.

Am Samstag hatte ich noch bei Air Zimbabwe angerufen, und mir wurde die Buchung für den Flug bestätigt, die ich schon vor der Abreise in Frankfurt vorgenommen hatte.

„Seien Sie um 6.45 Uhr morgen früh pünktlich da, die Maschine fliegt eine Stunde später.“ Sie flog ohne mich, denn meinen Rückflug von den Viktoriafällen nach Harare wollte die Fluglinie nicht garantieren, da die Maschine stark überbucht sei. Den Grund dafür entnahm ich der Montagszeitung. Der dänische Außenminister samt Gefolge war aus Botswana gekommen und wollte von den Viktoriafällen aus nach Harare fliegen. Für ihn mußte natürlich Platz gemacht werden, da eine Ersatzmaschine nicht vorhanden war.

Das ist eine Episode, die beleuchtet aber das zentrale Problem in der touristischen Entwicklung des Landes; die ungenügende Ausstattung der staatlichen Fluglinie mit modernem Gerät.

Die Nöte von Air Zimbabwe halfen mir am Sonntag morgen natürlich nicht weiter, und die an sich verlockende Aussicht, in einem der fünf Hotels an den Fällen zu übernachten, erst am Montag zurückzukommen, war leider auch kein Angebot. Die Entscheidung war schnell getroffen, boten doch in der Wartehalle Autovermieter ihre Fahrzeuge an.

Was lockte, waren die Great Zimbabwe Ruins, Zeugnisse aus dem frühen Mittelalter einer afrikanischen Hochkultur in Zimbabwe, heute nur Great Zimbabwe genannt, die Ruinen läßt man weg. Auf der A 4, der Hauptstraße zum südafrikanischen Grenzpunkt Beitbridge, ging es in schneller Fahrt die etwa 340 Kilome-

ter gen Süden. Nach drei Stunden erreichte ich das im Bungalowstil angelegte Sund-Hotel, das denen ans Herz zu legen ist, die die Tour nicht an einem Tag bewältigen wollen. Zu Fuß oder auch mit dem Wagen ist man von dort in wenigen Minuten am Eingang des nationalen Monuments und wird zunächst von dem Berg begrüßt, dessen Spitze von einem 30 Meter hohen Granitkliff gebildet wird.

Bevor man jedoch losläßt, den Berg zu stürmen, verweilt man zunächst am Eingangsschild, um die durchaus politische Dimension zu erfahren, die Great Zimbabwe für die Regierung in Harare hat. Die Einigkeit des Volkes der Schona, so ist dort zu lesen, habe zur Errichtung der Anlage geführt, die Zwietracht der Stämme zu ihrem Verfall. Damit wird einmal Great

Fragmenten. Man kalkuliert, daß alleine der äußere Wall, der aus circa einer Million Granitsteinen gemauert wurde, rund 15 000 Tonnen wiegt. Erkennbar ist, daß während des Baus sich die Techniken ständig verfeinerten.

Über Jahre hindurch ging der Streit, wie alt die Anlage von Great Zimbabwe ist und wer sie gebaut hat. Moderne Radiokarbondatentechnologie ermittle, daß eine erste Besiedlung in der Zeit 1130 vor Christi nachgewiesen werden kann, daß Great Zimbabwe aber erst später, im 13. Jahrhundert, mächtig war und die Anlagen auf dem Berg und im Tal etwa in die Zeit zwischen 1300 und 1340 zu datieren sind.

Streitig ist die Frage nach wie vor, wer Great Zimbabwe gebaut hat. Ob es Schonas waren, wie die Regierung

Bewegung, der Nachweis, daß die Schwarzen zu großer Leistung fähig wären. Sie nahen sogar das Wort Zimbabwe, das von dem Schona-Wort „Dzimba-Dza Mabwe“ (Steinhäuser) kommt, für das Land.

Das von dem deutschen Forscher Carl Mauch erstmals beschriebene Monument ist eindeutig schwarzafrikanischen Ursprungs. Man fand auch in anderen Ländern, wie in Uganda oder Benin, vergleichbare Anlagen. Die bedeutendste, größte und am besten erhaltene ist indes die von Great Zimbabwe.

Der Weg aus dem Tal durch Granitfelsen hindurch zur Spitze des Berges ist weniger beschwerlich als es zunächst den Anschein hat. Vorhandene Felsblöcke werden hier mit Mauern zu Festungsanlagen verbunden, daher fehlt die Symmetrie des Tales.

Über eine Vielzahl von umschlossenen Plätzen und engen Passagen kann man die Anhöhe durchstreifen, wobei man nirgendwo den Eindruck hat, an einem Mittelpunkt angelangt zu sein. Der Grund dürfte darin liegen, daß das Zentrum des Reiches, der Königspalast, im Tal war, währenddessen der Berg Fluchtburg war, die ihre Gliederung militärischer Überlegung verdankt. Von dem Kliff hat man einen weiten Blick über den Lake Kyle. Dieser See lohnt einen Besuch, vor allen Dingen aber der Tierpark, wobei zu beachten ist, daß die Zufahrt zum Tierpark von der Nordseite her erfolgt, das bedeutet, man muß von Great Zimbabwe zurück über Masvingo.

Organisierte Reisegruppen aus Deutschland werden erstmals in der Bilanz von 1986 auftauchen und die Zahl der ausländischen Besucher, die jetzt bei etwa 400 000 liegt, nur unwesentlich erhöhen. Eine Gruppe der TUI schwebte erstmals am 15. November auf einer einwöchigen Zusatzreise zu Kenia aus Nairobi kommend in Harare ein, und ein neben mir sitzender Ehepaar vermutete in Zimbabwe ein südafrikanisches Homeland.

H.-H. HOLZAMER



Die Landschaft am Lake Kyle erlebt jeder Besucher, Löwen nur wer Glück hat

FOTO: H.H.

Zimbabwe für das Volk reklamiert, das mit Mugabe den Premier stellt, und zum anderen wird an die Minderheiten, vor allem Nkomos Matabele, appelliert, nicht durch Zwietracht das Aufbauwerk zu gefährden.

Eine zweite Empfehlung gilt dem Erwerb von beschreibendem und erklärendem Material, denn Great Zimbabwe besteht nicht nur aus dem Berg, sondern auch aus dem großen Einschluß und einer weiteren Anlage im Tal.

Der große Einschluß besteht aus einer ovalen Anlage mit einem Umfang von etwa 250 Metern, genannt der Königliche Palast. Sie besteht aus einer gut erhaltenen äußeren Mauer, etwa acht bis neun Meter hoch, einem innen parallel dazu verlaufenden Wall, etwa über die Hälfte der Länge, und einem kleineren Einschluß sowie mehreren Türmen, Treppen und

es will, oder die Ne-Manwa-Dynastie, die der Forscher Peter Garlake als kleine Gruppe in der Schona-Gesellschaft bezeichnet. Als die ersten Weißen in die Gegend kamen - Portugiesen und dann Engländer - berichtete diese, daß die Fertigkeiten der Stein-, Holz- und Metallbearbeitung und zur Konstruktion bei den gegenwärtigen Bewohnern nicht mehr festzustellen seien und schlossen daraus, daß jedenfalls keine Schwarzen dafür verantwortlich wären.

Die Schwächen dieser Argumentation liegen auf der Hand. Es sollte damit demonstriert werden, daß die Monumente den Segen fremder Herrschaft bewiesen und somit der - sogar biblische - Vorläufer wären für die segenspendende Besiedlung durch die Weißen. Und doch bleibt Great Zimbabwe zentraler Identifikationspunkt für die nationalistische



### GROUP OF COMPANIES

P. O. Box 10 77 27 - Telex 2 44 136  
2800 BREMEN 1

Consulting, Financing, Service for:  
- Telecommunication,  
- Hospital and Scientific Equipment,  
- Professional Audio and Video.

Please contact our associated  
Companies

Achelis (Zimbabwe) (Private)  
Limited  
Audex (Pvt.) Ltd.

35, Sam. Machel Av., Box 1270  
Harare;  
Tel. 79 25 19, Telex 2032

WE DON'T JUST TALK ABOUT  
INVESTMENT AND SERVICE  
IN ZIMBABWE:

WE'VE GOT IT

## ZIMBABWE INTERNATIONAL TRADE FAIR

SIMBABWEs dynamische, aus vielen Gruppen bestehende Handelsausstellung verkörpert jeden der mannigfaltigen Industrie- und Technologie-sektoren der Landes. Regelmäßig heisst die Messe zahlreiche regionale und ausländische Aussteller willkommen und ist auf dem besten Weg, zu einem der einflussreichsten Handelsereignisse in Zentralafrika zu werden.



1.-9. Mai 1987

### Zimbabwe's Best Seller

Industriezweige. Dienstleistungsbereiche, Regionen, Städte. Freizeit. Geldanlage und vieles andere mehr sind die Themen der WELT-Reports, die laufend in der WELT erscheinen. Für Firmen und Institutionen im Umfeld der jeweiligen Themen bieten diese Reports exzellente Werbemöglichkeiten. Interessieren Sie nähere Informationen?

Bitte:

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36  
Tel. (0 40) 3 47-41 11, -43 83, -1, Telex: 2 17 001 777 asd

# Porträt einer Partnerschaft

„Wir betrachten die Firma H. J. Heinz als wichtigen Partner und als Beispiel für andere ausländische Investoren. Es freut uns sehr, daß Heinz nach Zimbabwe gekommen ist und zur Entwicklung des Landes die richtige Einstellung hat. Das leistet einen Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards der breiten Masse unseres Volkes.“

Hon. Robert G. Mugabe  
Ministerpräsident  
Republik Zimbabwe

„Wir haben in Zimbabwe nur die besten Erfahrungen gemacht. In der Firma Olivine Industries Ltd. sind wir Partner der Regierung und erzeugen Öl, Margarine und Seife. Wir sind mit unserer Investition außerordentlich zufrieden und sind glücklich, daß die Regierung uns immer konstruktiv und hilfsbereit unterstützt hat.“

Dr. Anthony J. F. O'Reilly  
Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer  
H. J. Heinz Company

„Seit dem Anfang dieser Partnerschaft im Jahre 1982 wurde die Kapazität von Olivine mit Investitionen von mehr als 10 Millionen Zimbabwe-Dollar mehr als verdoppelt. Ausführen sind um das Zehnfache gestiegen und fortlaufende Ausbildungsprogramme für das Personal sind in allen Bereichen intensiviert worden.“



Est. 1931

Zentrale und Fabrik: P. O. Box 797, Harare, Zimbabwe  
Telefon 00 2 63 0 79 63 31, Kabel „Olivine“, FS 23 11



an affiliate of  
H. J. HEINZ COMPANY